

Niedersachsen kann mehr. Fortschritt und Geborgenheit.

Regierungsprogramm der CDU in Niedersachsen
für die Landtagswahlperiode 2003 bis 2008,
beschlossen auf dem Landesparteitag der CDU
in Niedersachsen am 23. November 2002
in Oldenburg

Besser. *CDU* 

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
A. Einleitung: Niedersachsen kann mehr	6
B. Für ein wirtschaftlich starkes Niedersachsen	9
I. Den Aufbruch gestalten	9
II. Arbeitsplätze schaffen	13
III. Neue Impulse dem Mittelstand, Handwerk und Handel geben	17
IV. Mehr Freiheit für Bürger und Unternehmer zulassen – Bürokratie abbauen	20
V. Bauwirtschaft stärken	22
VI. In die Zukunft investieren: Forschungs- und Investitionsland Niedersachsen	24
VII. Das Land der 1 000 Reiseziele nutzen	26
VIII. Ernährungswirtschaft sichern	27
IX. Mobilitätswirtschaft nutzen und die Infrastruktur verbessern	28
X. Medienland Niedersachsen ausbauen	29
C. Für ein bürgerfreundliches Niedersachsen	32
I. Effizienz und Bürgernähe ermöglichen	32
II. Solide Finanzen schaffen	32
III. Strukturen effizienter gestalten	37
IV. Die Kommunen stärken	39
V. Europa verwirklichen	41

D. Für bessere Bildungsmöglichkeiten	44
I. Bildung als Schlüssel für die Zukunft einsetzen	44
II. Das Qualitätsprogramm für unser Schulwesen durchsetzen: die 15 Säulen einer zukunftsfähigen Bildungspolitik	45
III. Für eine konsequente Hochschulreformpolitik eintreten	56
IV. Erwachsenenbildung fördern	59
V. Politische Bildung unterstützen	60
E. Für ein lebenswertes und soziales Niedersachsen	61
I. Politik für die Menschen gestalten	61
II. Einer aktiven älteren Generation Chancen eröffnen	62
III. Verantwortung für die junge Generation übernehmen	63
IV. Die Familie bewahren und stärken	64
V. Gleiche Rechte und Chancen für Frauen schaffen	67
VI. Verantwortung für Kranke und Behinderte übernehmen	68
VII. Bürgerschaftliches Engagement fördern	72
VIII. Heimatvertriebene und Aussiedler beachten	73
IX. Integration fördern und fordern	76
X. Rückenwind dem Sport geben	77
XI. Kulturpolitik ausbauen	79
XII. Christliche Werte stärken – Religionsgemeinschaften achten	80

F. Für Umwelt-, Tier- und Naturschutz	82
I. Lebendige Natur – saubere Umwelt bewahren	82
II. Das Prinzip Nachhaltigkeit durchsetzen	82
III. Naturschutz weiterentwickeln	83
IV. Energieversorgung und Klimaschutz sichern	84
V. Tierschutz verbessern	86
G. Für eine Stärkung des ländlichen Raums	87
I. Ländlichen Raum stärken	87
II. Die Landwirtschaft als einen wichtigen Arbeitgeber erhalten	88
III. Landwirtschaft und Naturschutz verbinden	91
IV. Verbraucher schützen	92
V. Die Europäische Union nutzen	92

H. Für ein sicheres Niedersachsen	94
I. Freiheit und Sicherheit schaffen	94
II. Mehr Polizei vor Ort einsetzen	95
III. Befugnisse für die Polizei erweitern – ein neues Gesetz für Sicherheit und Ordnung	97
IV. Auch Bagatelldelikte sind Straftaten	98
V. Kinder- und Jugendkriminalität abbauen	98
VI. Organisierte Kriminalität bekämpfen	99
VII. Drogenmissbrauch nicht tolerieren	100
VIII. Opferschutz konsequent verwirklichen	101
IX. Sichere Haftanstalten ausbauen	102
X. Die Gerichte entlasten	103
XI. Extremismus bekämpfen	103
XII. Den Verfassungsschutz verstärken	104
XIII. Korruption bekämpfen	104
XIV. Computerkriminalität angehen	105
XV. Bevölkerung schützen	105
Nachwort	107
Schlagwortverzeichnis	108
Impressum	111

Vorwort

„Ich stehe für ein wirtschaftsfreundliches Klima, Impulse für Wachstum und Beschäftigung, Bescheidenheit, eine konstruktive Rolle Niedersachsens im Bundesrat für die notwendigen Veränderungen, die unser Land braucht, das Recht auf Sicherheit und Qualität an unseren Schulen.

Darauf gebe ich Ihnen mein Wort. Wir brauchen wieder Verlässlichkeit in der Politik.“

Herzliche Grüße

Ihr

Christian Wulff

A. Einleitung: Niedersachsen kann mehr.

Wir haben ein klares Ziel:

Ein modernes, wirtschaftlich starkes und sozial ausgewogenes Niedersachsen, das selbstbewusst zu seinen Traditionen steht. Ein Land, in dem die Menschen überall wieder gute Perspektiven haben. In den Städten genauso wie im ländlichen Raum.

Um dieses Ziel zu erreichen, brauchen wir eine Landesregierung, die sich der Realität stellt. So wie sie ist:

Schulden von über 40 Milliarden Euro, Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau, eine Pleitewelle nie da gewesenen Ausmaßes, massiver Unterrichtsausfall an den Schulen, geringste Polizeipräsenz. So sieht es aus.

Es ist klar: Niedersachsen braucht den Wechsel.

13 Jahre SPD-Landesregierung – und unser Land ist keinen Schritt weitergekommen. Stattdessen sind wir im Wettbewerb mit anderen Bundesländern zurückgefallen. Traurig, wie die SPD-Regierung ihre Hilflosigkeit offen bekundet. Politischer Gestaltungsspielraum? Fehlanzeige. Niedersachsen ist ein Sanierungsfall. Die SPD kann es nicht. Regieren geht anders.

Höchste Zeit also für einen Politikwechsel. Für neue Weichenstellungen. Die CDU ist bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Unsere Wachstumsstrategie für Niedersachsen.

Wir werden den Bürgerinnen und Bürgern sagen, wie es ist. Wir machen keine Versprechungen, die wir nicht halten können. Wir konzentrieren uns auf die Dinge, die wichtig sind.

Wir werden unsere politische Kraft dafür einsetzen:

■ Wachstum zu stärken, bestehende Arbeits- und Ausbildungsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Niedersachsen soll das wachstumsstärkste Bundesland Deutschlands werden, indem diejenigen Unterstützung finden, die etwas tun und diejenigen, die der Hilfe bedürfen.

■ Die Bildung in unserem Land so zu stärken, dass wir zu den erfolgreichen Ländern gehören. In Zukunft soll jeder mit einem Schulabschluss und gut vorbereitet ins Leben starten.

■ Den Menschen mehr Sicherheit und Ordnung zu geben. Die Abwehr von Gefährdungen und die Belange der Opfer müssen im Mittelpunkt stehen.

■ Den Kommunen wieder Luft zum Atmen zu verschaffen. Aufgaben dürfen nur auf die kommunale Ebene abgegeben werden, wenn die Finanzierung dauerhaft gewährleistet ist.

Wir sind überzeugt: Niedersachsen kann mehr!

Die Kommunalwahl im Herbst 2001 hat es wieder mal bewiesen: Wir sind die Niedersachsen-Partei! Keine andere politische Partei stellt so viele Mandatsträger. Keine andere Partei ist vor Ort so stark verwurzelt wie die CDU. Wir spüren und erkennen die Sorgen und Nöte der Menschen in Niedersachsen. Das christliche Menschenbild ist unser Leitbild. Der beliebig verfügbare Mensch ist nicht unser Ideal für die Gesellschaft der Zukunft. Unser christliches Menschenbild geht von der Vorstellung aus, dass jeder Mensch ein einzigartiges, freies, verantwortliches und geliebtes Geschöpf Gottes ist. Die Schwachen zu stützen, sich für Gerechtigkeit und Frieden einzusetzen sowie die Schöpfung zu bewahren sind für Christen und Nichtchristen attraktive Werte. Sie sind elementar für den Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Auf Grundlage dieser Werte werden wir mit unserer Politik Solidarität und Selbstverantwortung verknüpfen.

Wir rufen die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung auf, um uns allen neue Chancen zu eröffnen. Es gibt eine Kraft, die es kann. Die Christlich Demokratische Union hat in der Geschichte Niedersachsens, Deutschlands und Europas gezeigt, dass sie die Partei mit der besseren Regierungskompetenz ist. Und sie zeigt es auch jetzt vor allem mit ihren zahlreichen Landräten, Bürgermeistern und kommunalen Mandatsträgern vor Ort, dass politisch Verantwortliche in Niedersachsen auch richtig regieren können. Die CDU ist die politische Kraft, die Niedersachsen wieder nach vorne bringt.

Christian Wulff ist der bessere Ministerpräsident für Niedersachsen. Mit ihm haben die Menschen endlich wieder einen Ministerpräsidenten, auf den sie sich verlassen können. Er ist kompetent und konsequent. Mit ihm und seiner

**Wir brauchen neuen Schwung
für unser Land.**

**Christian Wulff ist der
bessere Ministerpräsident.**

Mannschaft wird Niedersachsen eine starke Regierung erhalten, die Gradlinigkeit und Gründlichkeit zu ihren Handlungsmaximen macht. Darauf kommt es an. Gerade in Zeiten eines rasanten Wandels in Wirtschaft, Technologie und Wissenschaft, globaler ökonomischer und ökologischer Herausforderungen. Wir brauchen eine Politik, die verlässlich und glaubwürdig ist. Nicht beliebig und sprunghaft. Wir wollen, dass es in Niedersachsen wieder aufwärts geht.

Darum geht es am 2. Februar 2003.

B. Für ein wirtschaftlich starkes Niedersachsen

Eine erfolgreiche Wirtschaft ist kein reiner Selbstzweck. Erst eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik schafft die Grundlage für Erfolge in anderen Politikbereichen. Sie sichert durch höhere Steuereinnahmen die öffentlichen Finanzen und schafft damit den Handlungsspielraum für eine qualitativ hochwertige Bildungs-, Sozial- und Innenpolitik.

Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Selbstverantwortung und Solidarität sind unsere Leitlinien. Für uns gilt: Sozial ist, was Arbeit schafft. Die schlechten Wirtschafts- und Arbeitsmarktdaten in Niedersachsen belegen: Es ist an der Zeit, endlich etwas zu tun, endlich wieder zu gestalten, statt den Mangel in unserem Land zu verwalten.

In der Wirtschaftspolitik ist ein Wechsel dringend notwendig. Dreizehn Jahre SPD-Landesregierungen haben die Perspektiven für Wirtschaft und Arbeit in Niedersachsen auf den Nullpunkt gebracht. Unser Ruf als Wirtschaftsstandort ist nahezu ruiniert. Die SPD-Landesregierung taucht vor den Problemen ab. Sie hat keine geeigneten Antworten auf die Herausforderungen. Ebenso wenig verfügt sie über Konzepte, mit denen sie sich für die nächste Legislaturperiode qualifizieren könnte.

Wir als CDU geben neue und mutige Antworten auf die Veränderungen in Niedersachsen. Daraus leiten wir die Verantwortung für unser Land ab. Wir werden die Menschen in eine bessere Zukunft führen.

I. Den Aufbruch gestalten

Niedersachsen gehört zu den wachstumsschwächsten Bundesländern. Ohne ausreichendes Wachstum werden wir die gewaltigen Probleme auf dem Arbeitsmarkt nicht in den Griff bekommen. Deswegen braucht unser Land wieder eine Wachstumsstrategie! Nur so können wir eine solide Grundlage für die öffentlichen Haushalte schaffen und soziale Sicherheit garantieren. Nur so können wir exzellente Bildungspolitik gestalten und die Bürgerinnen und Bürger vor Kriminalität besser und nachhaltig schützen.

**Die soziale Marktwirtschaft ist
unser Leitbild.**

**Niedersachsen braucht
einen wirtschaftspolitischen
Neuanfang.**

Wir brauchen wirtschaftliches Wachstum, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Eine Wirtschaftspolitik, die Wachstum fördert, nutzt die Beschäftigungschancen der Zukunft.

■ Deswegen wollen wir die Internationalisierung der Wirtschaft zum Vorteil unseres Landes nutzen. Dafür werden wir die Innovationskraft in Wirtschaft und Forschung optimal fördern und ausbauen. So schaffen wir neue und zukunftssichere Arbeitsplätze.

■ Deswegen wollen wir gezielt den Dienstleistungssektor stärken. Hier sind erheblich mehr Arbeitsplätze möglich. Die Landesregierung lässt diese Potenziale ungenutzt.

Sozial ist, was Arbeit schafft.

Das Ziel „Arbeit für Alle“ ist auch in Niedersachsen erreichbar, wenn konsequent alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden.

Wirtschaftspolitik und Arbeitsmarktpolitik sind zwei Seiten derselben Medaille.

Das Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik umfasst viel mehr, als Arbeitslose sozial abzusichern. Wir werden auch alles dafür tun, die arbeitslosen Menschen wieder in den regulären Wirtschaftsprozess einzugliedern, damit sie für sich selbst sorgen können. Weil Arbeitslosigkeit in erster Linie ein wirtschaftspolitisches Problem ist, werden wir in der CDU-Landesregierung die Bereiche Wirtschaft und Arbeit in einem Ressort zusammenfassen.

Stärken gewinnen – im Wettbewerb

Wir wollen den Wirtschaftsstandort Niedersachsen leistungsfähiger machen, um uns im globalen Wettbewerb besser zu behaupten. Die SPD-Landesregierung denkt in alten Mustern. Sie hat immer noch nicht erkannt, dass die internationale Wirtschaftspolitik längst neue Wege verfolgt. Das Land Niedersachsen steht heute in einem scharfem Wettbewerb mit anderen Standorten: Mit ihnen konkurrieren wir um Investitionen und Humankapital. In Deutschland, Europa – und in der ganzen Welt.

**Wirtschaftsstandort
Niedersachsen stärken.**

Nur die attraktivsten Standorte werden Kapital, hoch qualifizierte Arbeit und Unternehmen mit hoher und wachsender Wertschöpfung an sich binden können.

„Erfolgreiche Wirtschaftspolitik“ muss daher mehr sein als klassische Wirtschaftsförderung – sie muss „erfolgreiche Standortpolitik“ sein. Dies ist eine Aufgabe für alle Ressorts. Denn es geht darum, unser Land attraktiv zu gestalten.

Nur: Menschen und Unternehmen können sich heute leicht an fast jedem Ort der Welt engagieren und entfalten. Darum müssen wir in Niedersachsen besonders gut sein. Wir brauchen attraktive Städte und Landkreise: sicher, sauber und mit einem anziehenden kulturellen Angebot. Mit erstklassigen Bildungs- und Ausbildungsangeboten und einer funktionierenden, gut ausgebauten Infrastruktur. Dies sind die Fundamente, auf denen eine moderne Wirtschaftspolitik aufbauen muss. Diese Fundamente werden wir nachhaltig verbessern.

**Niedersachsen als
Dreh- und Angelpunkt.**

Die geopolitische Lage unseres Landes als Export- und Investitionsland ist einzigartig. Durch die Wiedervereinigung und die EU-Osterweiterung wird Niedersachsen aus einer Randlage ins Zentrum Europas gerückt, als eine Drehscheibe des Nord-Süd- wie auch des West-Ostverkehrs. Wie sich vor allem das ländlich-strukturierte Niedersachsen entwickelt, hängt ganz entscheidend von der Verkehrsanbindung ab. Für die CDU in Niedersachsen hat deshalb der zielgerichtete Ausbau der Infrastruktur oberste Priorität. Er ist für die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes ausschlaggebend.

Niedersachsen muss wieder ein Ort werden, der über die Landesgrenzen hinaus ein positives Klima für Unternehmen ausstrahlt. Standortentscheidungen müssen für und nicht gegen Niedersachsen getroffen werden. Deswegen setzen wir auf eine betont wirtschaftsfreundliche Politik, die Balance und Dynamik vereint. Auf diese Weise erhält unser Land wieder Wirtschaftskraft.

Dazu gehört auch, dass wir die Stärken Niedersachsens als Industrie-, Technologie- und Dienstleistungsstandort kontinuierlich ausbauen. Wir werden es nach Kräften unterstützen, geeignete Gewerbeflächen für neue Ansiedlungen bereitzustellen.

Den Motor für die Zukunft starten

Wir werden „Brücken in die Zukunft bauen“. Einer unserer Pfeiler wird der „Zukunftsfonds“ sein, mit dem wir neue Technologien und Gründerzentren fördern. Wir wollen, dass Niedersachsen zu einem Standort wird, den Branchen aus schnell wachsenden „Zukunftsmärkten“ bevorzugen. Dies gilt vor allem für Medizintechnik, -produkte und medizinische Dienstleistungen. Wir werden Niedersachsen zum „Gesundheitsland Nr. 1“ machen.

Regionale Aufbaupläne wollen wir für jede einzelne Region entwickeln. Zu diesem Zweck werden wir Einrichtungen wie regionale Entwicklungsagenturen und Wirtschaftsförderungsgesellschaften unterstützen.

Die kleinen und mittleren Betriebe sind der Motor der niedersächsischen Wirtschaft, weil sie neue Arbeitsplätze schaffen. Wir werden nicht nur die „neuen Großen“, sondern vor allem auch die „bestehenden Kleinen“ stärker unterstützen. Besondere Beachtung verdienen dabei Initiativen zur Stärkung kleiner und mittlerer Unternehmen über den Weg der Kooperationen, bei denen jeder einzelne Betrieb in einer „Allianz der Partner“ das einbringt, was er am besten kann. So entstehen Netzwerke, die die Flexibilität des Mittelstandes mit der Kapazität und Schlagkraft von Großunternehmen verbinden. Unsere mittelständischen Betriebe leiden unter einem dramatischen Mangel an Eigenkapital. Dem dürfen wir nicht länger zusehen. Mit neuen Fördermitteln und deutlich verbesserten, gerade privaten Finanzierungsmöglichkeiten werden wir diese Situation grundlegend verbessern. So werden wir uns durch Bundesratsinitiativen dafür einsetzen, die Anreize zu verbessern.

**Weniger Bürokratie,
mehr Wachstum.**

Die Betriebe brauchen wieder Luft zum Atmen. Deswegen werden wir Bürger und Unternehmen von unnötiger Bürokratie entlasten und den Vorschriftenschwungel kräftig durchforsten. Die CDU-Landesregierung wird ein Drittel aller niedersächsischen Verwaltungsvorschriften binnen einer Legislaturperiode abschaffen. Auch werden wir die statistischen Erhebungen von Landesbehörden in den Unternehmen auf das absolut erforderliche Mindestmaß zurückführen.

Die niedersächsischen Unternehmen müssen wieder handlungsfähig werden. Deshalb machen wir Politik für die

Wirtschaft, nicht gegen sie; Politik für die Menschen, für Arbeit, für Wohlstand und Sicherheit. Existenzgründer brauchen Ermutigung und kein Wirrwarr an bürokratischen Auflagen.

Unser Ziel ist klar: Existenzgründerinnen und Existenzgründer in Niedersachsen sollen so schnell zur unternehmerischen Selbstständigkeit kommen wie in keinem anderen Bundesland.

Unser Land braucht einen neuen Aufbruch. Niedersachsen soll zum wirtschaftsfreundlichsten Bundesland werden – zu einer der modernsten und wachstumsstärksten Regionen Europas.

**Niedersachsen zum
wirtschaftsfreundlichsten
Bundesland machen.**

II. Arbeitsplätze schaffen

Die beste Quelle für mehr Steuereinnahmen sind mehr Jobs. Fast 400.000 Menschen in Niedersachsen suchen Arbeit – das ist die zentrale politische Herausforderung unserer Zeit. In kaum einem anderen westdeutschen Bundesland stehen den Menschen weniger Arbeitsplätze zur Verfügung, fast nirgendwo sind die Schwierigkeiten für Arbeitslose größer, in den Erwerbsprozess zurückzugelangen.

Arbeit bedeutet mehr als Erwerbschancen. Arbeit bedeutet Selbstwertgefühl und Sozialkontakte, Sinnerfüllung und Lebensperspektive. Wenn arbeitswillige Menschen keinen Job finden, dann ist dies eine große soziale Ungerechtigkeit. Deswegen definieren wir als CDU in Niedersachsen diese soziale Frage neu: Sozial ist, was Arbeit schafft.

Neue Ideen braucht das Land

In unserer Sozialen Marktwirtschaft sind die Tarifpartner über die Formulierung der Lohnabschlüsse maßgeblich für die Beschäftigungslage verantwortlich. Wichtig aber ist, dass auch der Bundesgesetzgeber sich seiner Verantwortung für die hohen Sozialabgaben bewusst ist. Auch der arbeitsrechtliche Rahmen muss so gestaltet sein, dass mehr Arbeit zu mehr Arbeitsplätzen führt. Damit Arbeitnehmer mehr Geld in der Tasche haben.

Die CDU-Landesregierung wird sich über den Bundesrat dafür einsetzen, dass es bessere Rahmenbedingungen gibt – für mehr Arbeitsplätze in Deutschland. Dazu gehört, beschäftigungsfeindliche Gesetze abzuschaffen, wie z. B. die Neuregelung des so genannten 325-Euro-Jobs-Gesetzes und das Scheinselbstständigengesetz.

Die CDU-Landesregierung unterstützt innovative Arbeitszeitmodelle auf betrieblicher Ebene. Wir werden erfolgreiche Modelle bewerben und uns bemühen, diese ganz oder teilweise auch auf andere Bereiche der niedersächsischen Wirtschaft zu übertragen.

**Bekämpfung der
Jugendarbeitslosigkeit.**

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit macht der neue Ministerpräsident Christian Wulff zu seiner Sache. Im August 2002 betrug die Jugendarbeitslosigkeit in Niedersachsen 9,6%. Ein trauriges Ergebnis für die SPD-Landesregierung und die Zukunftschancen der jungen Generation. Damit ist Jugendarbeitslosigkeit nämlich um ein Drittel höher als in den süddeutschen Flächenländern.

Jeder zehnte Jugendliche verlässt bei uns die allgemein bildenden Schulen ohne Abschluss. Dies werden wir ändern. Aufgabe der Schule ist die Vermittlung von Allgemeinbildung und Grundlagenwissen. Wir werden nicht hinnehmen, dass viele Schüler die Schule ohne elementare Fähigkeiten wie Lesen, Schreiben und Rechnen verlassen. Zugleich müssen Fremdsprachen an unseren Schulen sehr viel intensiver unterrichtet werden. Denn Niedersachsen ist ein weltoffenes und modernes Land.

Die Qualität unseres Bildungssystems muss viel besser werden, unser Ausbildungsangebot differenzierter. Jeder wird mit seinen Fähigkeiten gebraucht. Und jeder ist zur individuellen Leistung fähig. Fordern und fördern – darum geht es.

Unsere Chancen, Zukunftsmärkte zu gestalten, sind abhängig vom Angebot an Spitzenkräften. Kapital und Investitionen wandern immer dorthin, wo die entsprechenden Fachkräfte sind. Hier leidet unser Land an akutem Mangel – trotz hoher Arbeitslosigkeit. In diesem Bereich hat die SPD-Landesregierung, wie z. B. mit der Schließung des Fachbereichs für Informatik in Hildesheim, die Weichen in die falsche Richtung gestellt.

Unsere Hochschulen müssen wieder zur internationalen Spitze gehören. Sie brauchen viel mehr Eigenverantwortung. Und weniger starre Strukturen. Wir werden ihnen Flexibilität und einen größeren Gestaltungsspielraum geben. Damit sie ein eigenständiges Profil gewinnen und im Wettbewerb die Nase vorn haben.

Stark gefragt: Dienstleistungen

Dienstleistungen sind der Schlüssel für mehr Beschäftigung. Vor allem in Branchen mit starkem Bezug zu Forschung und Entwicklung, Information, Kommunikation und Unternehmensberatung. Hier gibt es viel ungenutztes Potenzial an Arbeitsplätzen. Ein Potenzial, das für die stärkere Position niedersächsischer Unternehmen auf den Weltmärkten unverzichtbar ist.

Erhebliche Beschäftigungsmöglichkeiten haben wir auch bei Dienstleistungen in Privathaushalten, Handel, Gastronomie und im Gesundheitswesen. Das Problem: Es gibt zwar genügend Nachfrage nach Arbeit, aber eben nicht zu dem Preis, zu dem viele Tätigkeiten angeboten werden.

Gleichzeitig verhärtet sich die Situation am Arbeitsmarkt in Niedersachsen zusehends. Der Graben zwischen denen, die sofort einen neuen Job finden und den Arbeitskräften, die sehr geringe Vermittlungschancen haben, wird immer größer. Darum werden wir das Einrichten von Niedriglohnjobs mit Kombilöhnen und bedarfsabhängigen Zuschüssen unterstützen.

Für eine neue Arbeitsmarktpolitik

Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe müssen zusammengelegt werden, auch zur Absenkung der Finanzlast der Kommunen. Langzeitarbeitslosigkeit lässt sich wirksamer vor Ort und aus einer Hand bekämpfen. Zu diesem Zweck müssen die Finanzbeziehungen zugunsten der Kommunen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden grundlegend angepasst werden.

Arbeitsmarktpolitik wird am besten und wirksamsten vor Ort gemacht – davon sind wir überzeugt. Bestes Beispiel sind die Städte und Landkreise in Niedersachsen, in denen die CDU Verantwortung trägt. In zahlreichen Modellprojekten haben sie mit großem Erfolg Langzeitarbeitslose, Sozialhilfeempfänger

**Zusammenlegen von
Arbeits- und Sozialhilfe.**

und jugendliche Arbeitslose vermittelt. Diese Erfahrungen werden wir nutzen und ein Modell entwickeln, das auf alle Städte und Landkreise übertragbar ist.

Die CDU-Landesregierung wird auf Bundesebene beantragen, dass verschiedenste Initiativen auf kommunaler Ebene erprobt werden können. Wir werden einen landesweiten Best-Practice-Wettbewerb starten: die besten Lösungen zur Vermittlung von Langzeitarbeitslosen werden gesucht. Beispiele, die auch anderswo Schule machen können und uns alle weiterbringen.

Initiativen, die Arbeitsmarktpolitik vor Ort koordinieren, werden wir fördern. In den Koordinierungskreisen sollen Vertreter aus Wirtschaft, Kammern und Gewerkschaften mit Arbeitsloseninitiativen, Arbeitsämtern und Serviceagenturen zusammenwirken. Ihre Aufgabe: Hürden zu beseitigen, die neue Arbeitsplätze verhindern.

Fair geht vor

Wir wollen einen fairen Sozialstaat. Wir lassen niemanden im Stich. Niemand soll notleiden, der unserer solidarischen Hilfe bedarf.

Aber der Bürger muss vor Überforderung geschützt sein – das Gemeinwesen vor Ausbeutung. Wir wissen: Unsere Sozialsysteme sind nur dann dauerhaft finanzierbar, wenn das Prinzip von Leistung und Gegenleistung wieder gestärkt wird. Wer arbeiten kann und Arbeit verweigert, kann nicht die volle Solidarität der Beitrags- und Steuerzahler erwarten.

**Soziale Verantwortung
und persönliche Freiheit.**

Wir wollen die Sozialhilfe effizient einsetzen. Das Offensivgesetz der hessischen Landesregierung werden wir im Bundesrat unterstützen, damit soziale Leistungen für erwerbsfähige Hilfesuchende an Arbeit und Qualifizierung gebunden werden.

Wir werden mit den Sozialhilfeträgern verbindliche Instrumente zur Erfolgskontrolle vereinbaren – landesweit. Auf diese Weise werden wir Missbrauch verhindern können. Wir werden die Verwaltung der Sozialhilfe optimieren. Kosten und Leistungen müssen landesweit transparent sein, um den wirtschaftlichen Einsatz der Mittel zu sichern. Dadurch entlasten wir die Kommunen von wachsenden Sozialhilfekosten.

Und schaffen Spielraum für das Wesentliche: für kommunale Investitionen, für neue Arbeitsplätze, für Bildung und Sicherheit.

III. Neue Impulse dem Mittelstand, Handwerk und Handel geben

Handwerk und Mittelstand sind der Motor der niedersächsischen Wirtschaft. Persönlich haftende Unternehmer verkörpern die Idealform unserer Wirtschaftsordnung. Sie stehen für Ideen und Innovationen, Risiko und Leistungswillen. Vor allem in kleinen und mittleren Unternehmen werden diese Tugenden gelebt. Deswegen hat ihre fortgesetzte steuerliche Benachteiligung gegenüber Kapitalgesellschaften durch die rot-grüne Bundesregierung fatale Folgen: Konzerne in Deutschland zahlen keine Steuern mehr. Die gesamte Steuerlast der Unternehmen wird allein von Handwerk und Mittelstand getragen. Die SPD-Landesregierung ist mitverantwortlich für diese falschen Weichenstellungen. Wir werden auf Landesebene die Position eines Mittelstandslotsen in der Staatskanzlei schaffen, der als Ansprechpartner die Interessen des Mittelstandes in enger Zusammenarbeit mit einem neu zu schaffenden Mittelstandsbeirat in die Regierungspolitik einbringt.

**Wir setzen uns ein
für den Mittelstand.**

Die zweite Stufe der Steuerreform sollte vor allem den Mittelstand entlasten. Nun ist sie verschoben – und die Investitionskraft der Unternehmen weiterhin geschwächt. Zusätzlich beschneidet die schikanöse Gesetzgebung des Bundes den Spielraum der Betriebe. Mit der Folge, dass die Arbeitskosten weiter steigen. Die SPD-Landesregierung hat jedes beschäftigungsfeindliche Gesetz von Rot-Grün unterstützt. Nie zuvor sind so viele niedersächsische Unternehmen in Konkurs gegangen.

In keinem westdeutschen Flächenland gibt es weniger Existenzgründungen als in Niedersachsen. In allen Bundesländern ist die Zahl der Selbstständigen seit 1991 gestiegen – nur nicht bei uns. Hier ist die absolute Zahl sogar gesunken! Die Quote der Selbstständigen pro Erwerbstätigen betrug bereits im Jahr 2000 nur noch 8,6 %. In Bayern oder Hessen lag sie dagegen bei über 10 %. Wir brauchen aber Selbstständige und Existenzgründer. Um neue Märkte zu erobern, um die Wirtschaft dynamisch zu halten, ja um „Arbeit“ überhaupt zu

ermöglichen. Die SPD-Landesregierung hat hier versagt. Auf ganzer Linie.

Eine CDU-Landesregierung wird die Perspektiven für mittelständische Unternehmen grundlegend verbessern. Wir werden Mittelstand und Handwerk nach Kräften unterstützen, damit Arbeitsplätze erhalten und geschaffen werden können – und die öffentlichen Finanzen gesunden.

Die Kreditversorgung für Handwerk und Mittelstand wird immer schwieriger. Längst geht es nicht mehr darum, zu welchen Konditionen Kapital vergeben wird. Die Frage ist vielmehr, ob Mittelstand und Handwerk überhaupt noch Kapital erhalten.

Besonders betroffen ist das Kreditgeschäft in der Fläche. Bezeichnend sind hier die Beschlüsse des Baseler Ausschusses zum Thema Eigenkapital. Sie beenden einen Prozess, der sich schon seit geraumer Zeit vollzieht: der Rückzug der Kreditwirtschaft aus dem Mittelstand. Er betrifft vor allem die Finanzierung von Existenzgründungen.

Ein Programm, das weiterbringt

Die wichtigen Eckpunkte unserer Politik für Handwerk und Mittelstand lauten:

■ Wir werden den „Förderwirrwarr“ in Niedersachsen sofort beenden. Nach 13 Jahren SPD-Regierung bearbeiten 16 verschiedene Stellen 68 verschiedene Förderprogramme. Wir werden die bestehenden Instrumente in einer Investitionsbank, die ihren Namen verdient, bündeln und vereinfachen. Vertreter aus Mittelstand, Handwerk, Handel und Gewerbe werden wir dabei einbinden. Die Hilfen erfolgen in Zukunft flexibler, zielgenauer und unbürokratischer.

■ Wir wollen die Versorgung mit Eigenkapital von Mittelstand und Handwerk verbessern. Die Eigenkapitaldecke des größten Teils unserer mittelständischen Unternehmen liegt deutlich unter 5 %. Wir werden Beteiligungskapital mobilisieren und so helfen, die Herausforderungen von „Basel II“ für den Mittelstand zu meistern.

■ Wir werden eine Gründungs-Offensive starten, von der Schule über die Hochschule und Berufsausbildung bis hin zur Existenzgründung. In keinem anderen Bundesland soll ein

**Mehr Eigenkapital für
Mittelstand und Handwerk.**

Existenzgründer schneller zu seiner unternehmerischen Selbstständigkeit kommen als in Niedersachsen.

■ Wir werden die Wettbewerbsfähigkeit der niedersächsischen Unternehmen verbessern. Dafür werden wir Genehmigungsverfahren vereinfachen und beschleunigen, mit komplizierten Strukturen aufräumen und landesspezifische Hindernisse abbauen.

■ Wir werden dafür sorgen, dass die öffentliche Hand eine vorbildliche Zahlungsmoral praktiziert. Es ist nicht akzeptabel, dass durch die öffentliche Hand bzw. Betriebe im öffentlichen Besitz Zahlungsziele überschritten werden. Viele Unternehmen in Handwerk und Mittelstand geraten dadurch in Liquiditätsschwierigkeiten oder sogar in die Pleite.

■ Wir werden staatliche Aufgaben privatisieren, um mehr öffentliche Aufträge für mittelständische Unternehmen zu erwirken. Die Ausschreibungsverfahren für Handwerk und Mittelstand werden wir drastisch vereinfachen und entbürokratisieren.

■ Investitionsvorhaben des Landes werden künftig kleinteilig ausgeschrieben und vergeben, um Mittelstand und Handwerk besser zu unterstützen.

Wir haben einen entscheidenden Standortvorteil in Deutschland: unser duales System der beruflichen Qualifizierung. Wir wissen: Die Qualität dieses Systems hängt davon ab, ob es auch in Zukunft genügend Ausbildungsplätze gibt. Darum werden wir unsere Realschulen und Hauptschulen stärken. Mit begabungsgerechter und leistungsorientierter Bildungspolitik werden wir die Ausbildung der jungen Generation verbessern. Zugleich werden wir die Ein- und Aufstiegsmöglichkeiten für Gesellen und Meister so verbessern, dass das Handwerk im Wettbewerb um den Nachwuchs mit anderen Bildungsangeboten konkurrenzfähig bleibt.

Unternehmensnachfolge erleichtern!

Der Generationswechsel in Handwerk, Handel und Gewerbe stellt eine besondere Herausforderung dar – in Deutschland für über 70.000 Betriebe jährlich. In jedem dritten Unternehmen ist die Nachfolge nicht geregelt. Die Folge: Der Betrieb wird aufgegeben. Die Mitarbeiter verlieren ihren Arbeitsplatz.

Wir wollen die Unternehmensnachfolge erleichtern. Sie ist so zu gestalten, dass der Betrieb wettbewerbsfähig bleibt. Dies erfordert meistens eine sehr individuelle und aufwändige Beratung. Es geht um existenzielle Fragen. Nicht nur für den Unternehmer, sondern auch für seine Mitarbeiter.

■ Die CDU Landesregierung wird solche Beratungen unterstützen und Hilfestellung leisten.

■ Wir wollen Unternehmensnachfolgen durch eine Senkung der Erbschaftssteuer fördern, wenn die Betriebe mindestens 10 Jahre fortgeführt werden.

■ Wir wollen Mitarbeitern in Unternehmen helfen, rechtzeitig Kapital anzusparen, um den Betrieb erwerben zu können. Deswegen sollen sie es leichter haben, sich am Unternehmen zu beteiligen. Zu diesem Zweck werden wir die Zuwendungen des Unternehmens, die frei von Steuern und Sozialabgaben sind, für die Mitarbeiter verdoppeln. Wir wollen die Grenzen des 3. Vermögensbildungsgesetzes kräftig aufstocken und zusätzlich einen steuer- und sozialabgabenfreien Freibetrag von 1.500 € jährlich je Mitarbeiter einrichten. Auf diese Weise tragen wir dazu bei, Firmenanteile zu erwerben und Unternehmensschließungen zu verhindern.

IV. Mehr Freiheit für Bürger und Unternehmen zulassen – Bürokratie abbauen!

Unser Land braucht mehr wirtschaftliche Dynamik. Wir setzen auf mehr Freiheit für den Einzelnen statt auf Vorschriften und Gängelung. Deswegen wollen wir Bürger und Unternehmen von unnötiger Bürokratie entlasten. Wir setzen uns klare und überprüfbare Ziele, um den Vorschriftenschwengel zu lichten und Initiative und Engagement des Einzelnen zu fördern.

- Die CDU-Landesregierung wird ein Drittel der niedersächsischen Verwaltungsvorschriften binnen einer Legislaturperiode abschaffen und die verbleibenden so weit wie möglich vereinfachen.
- Wir werden alle Rechtsverordnungen des Landes daraufhin überprüfen, ob sie noch sinnvoll und notwendig sind.
- Wir werden die statistischen Erhebungen von Landesbehörden in den Unternehmen auf das absolut erforderliche Mindestmaß zurückführen.
- Wir werden Planungs- und Genehmigungsverfahren soweit wie möglich vereinfachen und beschleunigen.
- Wir werden die Ministerien, die Landesbehörden und die Mittelinstanz neu strukturieren, um schnellere Entscheidungen zu erwirken.
- Damit die Ministerien als Dienstleister für die Unternehmen zügig und zielgenau arbeiten können, wird speziell für Handwerk und Mittelstand eine zentrale Anlaufstation eingerichtet. Sie wird den Unternehmen als „Servicestelle“ zur Verfügung stehen.
- Die SPD-Landesregierung hat weder Kraft noch Mut, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung auf das Notwendige zu reduzieren, denn Niedersachsen leistet sich mittlerweile die teuerste Verwaltung aller westdeutschen Flächenländer. Wir werden die Landesverwaltung durchgreifend modernisieren.
- Wir wollen bestehende Förderinstrumente spürbar vereinfachen. Bisher gibt es ein undurchschaubares Dickicht an Förderprogrammen. Diese Programme werden wir überarbeiten und soweit wie möglich zusammenfassen. Damit Förderungen zielgenauer und schneller erfolgen.
- Mehr Transparenz, weniger Bürokratie – von diesen wirtschaftsfreundlichen Grundsätzen lassen wir uns leiten.
- Gesetze, Verordnungen, Erlasse und Richtlinien des Landes werden im Regelfall nur noch befristet gültig sein. Sie müssen gegebenenfalls erneut in Kraft gesetzt werden. Wird keine Frist gesetzt, ist dies zu begründen.

**Wir brauchen mehr
wirtschaftliche Dynamik.**

V. Bauwirtschaft stärken

Unsere Bauwirtschaft hat erheblichen Einfluss auf die wirtschaftliche Lage Niedersachsens insgesamt. Sie bietet zahlreichen Arbeitnehmern berufliche Perspektiven. Darum werden wir die Bauwirtschaft stärken. Seit Jahren befindet sie sich im freien Fall. Und die Landesregierung vernachlässigt sie sträflich. Insbesondere die Funktion der Bauwirtschaft als Multiplikator für die Gesamtwirtschaft wird schlicht ignoriert. In den dreizehn Jahren SPD-Landesregierung wurden die Finanzmittel für Landesstraßen halbiert, der Ausbau des niedersächsischen Fernstraßennetzes für abgeschlossen erklärt. In der Wohnungsbaupolitik ist Niedersachsen Schlusslicht. Viele Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen sind in katastrophalem Zustand, weil das Land nicht mehr investiert.

**Die Bauwirtschaft ist
eine Schlüsselwirtschaft.**

Die SPD hat die kommunalen Finanzen ruiniert. Die Kommunen scheiden als Investoren zunehmend aus. Die öffentlichen, kommunalen Bauinvestitionen befinden sich auf dem niedrigsten Stand seit 50 Jahren, obwohl sie dringend notwendig sind. Die Kommunen können die erforderlichen Bauaufträge nicht erteilen. Die Ursachen sind neben fehlenden Einnahmen und der rot-grünen Reform der Unternehmenssteuer die steigenden Sozialhilfeausgaben sowie die ständige Übertragung neuer Aufgaben und damit Ausgaben ohne die dafür erforderlichen zusätzlichen Finanzmittel.

Notwendige Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur, in Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen bleiben aus. Mit der Folge, dass es Handwerk und Bauwirtschaft an Aufträgen mangelt und viele Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren. Der Wirtschaftsstandort Niedersachsen büßt enorm an Attraktivität ein. Diese Abwärtsspirale werden wir stoppen.

Unsere Bauvorhaben

So machen wir das: Wir kämpfen auf Bundesebene für die Senkung der Gewerbesteuerumlage, um den Kommunen wieder eine solide finanzielle Basis zu sichern. Besonders notleidende Kommunen erhalten kurzfristig erhöhte Zuwendungen. Außerdem wollen wir die Baubranche direkt beleben durch:

- höhere Mittel für Städtebauförderung und Dorferneuerung,
- eine Initiative, die die förderfähige Privat-Rente unbürokratisch auch auf den Wohnungsbau ausdehnt,
- Erhalt der Eigenheimförderung und eine Anhebung der Wohnbauförderung für Familien mit Kindern. Unser langfristiges Ziel ist, in Niedersachsen die Eigenheimquote an mindestens 50 Prozent heranzuführen. Wir wollen, dass genug preisgünstiges Bauland bereitgestellt wird. Rechtliche wie bürokratische Hemmnisse und Erschwernisse werden wir beseitigen.

Die niedersächsische Bauwirtschaft muss schnell wieder auf Wachstumskurs gebracht werden. Es darf keine weiteren Verzögerungen bei dringend notwendigen Projekten geben. Für deren Finanzierung bedarf es neuer Wege: Verstärkt muss privates Kapital gewonnen werden. Privatwirtschaftliche Lösungen sind kostengünstiger. Vor allem, wenn der größte Teil aller Arbeiten, d. h. Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb von Anfang an in private Hände gegeben wird.

Wir werden die Wettbewerbsbedingungen unserer Bauwirtschaft verbessern. Dazu gehört, dass wir in Anlehnung an das erfolgreiche „Gifhorner Modell“ konsequent gegen Schwarzarbeit vorgehen. Legale Arbeit darf nicht länger durch „schwarze Schafe“ verdrängt werden. Dies hinterlässt nicht nur erhebliche Einnahmeausfälle in unserem Steuer- und Sozialversicherungssystem. Tarifregelungen, gesetzlicher Mindestlohn und soziale Standards geraten zur Farce, wenn sie nicht wirksam kontrolliert werden.

Das beste Mittel gegen Schwarzarbeit ist die Senkung von Steuern und Lohnnebenkosten. Deswegen beantragen wir auf Bundesebene, einen Niedriglohnsektor mit abgesenkten Sozialabgaben einzurichten. Die Niederländer haben bereits bewiesen, wie erfolgreich dieses Modell funktioniert! Auch wollen wir die steuerliche Absetzbarkeit von Personalkostenbestandteilen bei der Handwerkerrechnung einführen.

Zusätzlich sind wir für die Wiedereinführung des Straftatbestands bei Schwarzarbeit.

**Wir wollen die
Eigenheimzulage erhalten.**

Schwarzarbeit verhindern.

VI. In die Zukunft investieren: Forschungs- und Investitionsland Niedersachsen

Wir wollen Niedersachsen zu einem dynamischen, führenden Standort für Wissenschaft und Forschung ausbauen. So werden wir unser Land wettbewerbsfähig erhalten.

Niedersachsen wird unter der CDU-Landesregierung wieder durch Innovationen Zeichen setzen. Wir wollen:

- das Forschungsland Niedersachsen stärken,
- zukunftsfähige Spitzenforschung frühzeitig erkennen und gezielt fördern,
- die Ansiedlung von wirtschaftsnahen Forschungszentren vorantreiben,
- Netzwerke und Technologietransfers ausbauen.

Das Land der Forscher und Denker

Wirtschaftliche Spitzenleistungen gibt es immer dort, wo auch die Wissenschaft in einem forschungsfreundlichem Klima floriert. Netzwerke müssen dabei gefördert und etabliert werden. Wirtschaft, Wissenschaft und Politik müssen in enger Vernetzung zusammenarbeiten. Es geht darum, in privaten und öffentlichen Aktivitäten gemeinsame Schwerpunkte zu setzen und Synergien zu nutzen.

Deshalb startet die CDU-Landesregierung die „Offensive 2003: Forschung und Innovation für Niedersachsen“.

Wir brauchen neue Fördermöglichkeiten. Hierfür werden wir einen neuen „Zukunftsfonds“ schaffen. Aus Veräußerungen von Liegenschaften und Sachwerten werden wir den Gesamterlös von ca. 500 Mio. Euro in diesen Fonds einspeisen. Zusätzlich setzen wir die jährlichen Erträge ein, die wir aus den Landesbeteiligungen an VW und der Salzgitter AG erhalten. Die Erträge aus der Salzgitter AG sollen dabei für Maßnahmen zur Bewältigung des Strukturwandels im Raum Salzgitter zur Verfügung stehen. Darüber hinaus werden wir verstärkt Risikokapital einwerben.

Wir werden die Forschung an den Hochschulen in Niedersachsen intensivieren. Wir werden regionale „Leuchttürme“

**Eine Forschungsoffensive
für Zukunftstechnologien.**

schaffen – indem wir Spitzenforschung fördern.

Wir realisieren dies sowohl mit Mitteln aus dem Zukunftsfonds, mit der Ankurbelung von Drittmitteln als auch mit Anreizen für die Spitzenforscher durch so genannte „weiche“ Standortfaktoren.

Wir werden Innovationen fördern und begleiten. Diese schlummern in Niedersachsen in vielfältigen Bereichen: Biotechnologie, Medizintechnik, Umwelttechnologien, Verkehrstechnik – um nur ein paar Beispiele von vielen zu nennen. Dringend notwendig ist es hier, Forschung für Zukunftstechnologien frühzeitig zu erkennen und gezielt zu fördern. So müssen wir auch unseren Rückstand im Bereich der Wasserstofftechnologie mit Brennstoffzelltechnik, den wir im Vergleich zu den süddeutschen Ländern haben, konsequent aufholen. Marktfähige Forschungsprodukte werden in einem wirkungsvollen Marketingprogramm national und international als niedersächsische Produkte vertreten. Hier werden wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen.

So kann Niedersachsen zum Magneten werden: für forschungsnahe Investoren und Existenzgründer.

Das Land der Existenzgründer

Das Gründerklima in Niedersachsen ist dunkel und trübe – und zwar mehr als anderswo. Der Ländervergleich der Gewerbeanmeldungen im Jahr 2001 bringt es an den Tag: Niedersachsen liegt mit 62 Gewerbeanmeldungen pro 10.000 Einwohner gerade noch vor Sachsen-Anhalt – an vorletzter Stelle aller Bundesländer! Um endlich zu einer Verbesserung des Gründerklimas, insbesondere im forschungsnahen Innovationsbereich zu kommen, werden wir einen handfesten Katalog an Maßnahmen durchsetzen. Wir werden:

- Unternehmensgründungen fördern,
- neue Fördermöglichkeiten etablieren,
- Kommunen ermuntern, geeignete Gewerbeflächen für forschungsnahe Unternehmensgründungen kostengünstig anzubieten,
- Beratung und Unterstützung für Existenzgründungen weiter verbessern.

**Wir fördern Biotechnologie,
Medizintechnik, Umwelttech-
nologien, Verkehrstechnik.**

Existenzgründer stärken.

Dafür werden wir den derzeitigen Förderwirrwarr in den niedersächsischen Förderprogrammen für Unternehmensgründer beseitigen und neu strukturieren.

Durch Bündelung und Straffung werden sie effizienter und zielgenauer eingesetzt. Wir werden mit einer effektiver arbeitenden Investitionsbank häufig auftretende Probleme des Mittelstandes lösen. Vor allem bei Neugründungen sind dies mangelhafte Sicherheiten und Eigenkapitalausstattung.

Die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen wächst weltweit jährlich um fast 10 %, in Deutschland sogar noch stärker. Das allgemein gestiegene Gesundheitsbewusstsein und neue Ansprüche der Menschen an Lebensqualität und Wellness – wir in Niedersachsen können diesen Trend zu unserem Vorteil ausbauen.

VII. Das Land der 1 000 Reiseziele nutzen

Niedersachsen ist ein attraktives Ferienland. In seiner regionalen und kulturellen Vielfalt hat es viel zu bieten – auf dem Land genau wie in der Stadt. Ob Nordsee, Weserbergland, Harz oder Lüneburger Heide – Niedersachsen macht Lust auf Reisen!

In der Politik der CDU-Landesregierung wird der Tourismus als eigenständiger wichtiger Wirtschaftsfaktor einen deutlich höheren Stellenwert erhalten als bisher. Denn Tourismuspolitik ist Politik für den Mittelstand und für neue Arbeitsplätze.

Der Tourismus ist einer der größten Arbeitgeber in unserem Land.

Niedersachsen hat hier im Vergleich mit anderen Bundesländern viel aufzuholen. Die SPD-Landesregierung stellt seit Jahren zu wenig Fördermittel zur Verfügung. Zudem werden sie häufig falsch eingesetzt, etwa ausschließlich für den Bau von Luxus-Hotels: Investitionen werden erst ab einer Summe von 2 Millionen Euro unterstützt. Das ist mittelstandsfeindlich und geht an den Erfordernissen der Tourismuswirtschaft vorbei.

**Wir setzen auf einen
modernen Tourismus.**

Die CDU steht für eine moderne und erfolgsorientierte Tourismuspolitik. Wir werden eine landesweite schlagkräftige Organisation ins Leben rufen und klare Schwerpunkte setzen: Qualitätssteigerung und Service, modernes Marketing und Nutzung der vielseitigen Tourismusprofile unserer Regionen. Dafür werden wir alle Kräfte bündeln. Eine CDU-Landesregierung wird sich in

der Kultusministerkonferenz für die Schaffung einer familienfreundlichen und wirtschaftsfördernden Ferienstruktur einsetzen. Dies wollen wir durch eine Entzerrung der Ferientermine ab dem Jahr 2005 erreichen. Um eine Zusammenballung der Termine im Juli/August zu vermeiden, soll die Bandbreite der Sommerferien über alle Länder hinweg mindestens 80 Tage betragen.

Wir sind überzeugt, dass die Tourismuswirtschaft noch viel mehr Arbeitsplätze in Niedersachsen schaffen kann.

Wir wollen Niedersachsen zum „Gesundheitsland Nr. 1“ machen. Unsere zahlreichen Kurorte und Heilbäder sind ein riesiges Kapital für Niedersachsen.

In enger Abstimmung mit den Kommunen vor Ort wollen wir ihre Wirtschaftlichkeit verbessern. Dort, wo dies möglich ist, werden wir Staatsbäder kommunalisieren bzw. Einrichtungen privatisieren.

Neue Formen des Tourismus werden wir unterstützen. Sportarten wie Radwandern, Wassersport und Klettern werden wir fördern, ebenso wie ihre umweltverträgliche Gestaltung. Pferdesport und Reittourismus werden wir zu einem neuen Themenschwerpunkt im Tourismus ausbauen.

Den von der SPD-Landesregierung verfügten Stopp des Radwegebaus an Landesstraßen werden wir aufheben.

Für uns gilt: Naturschutz und Tourismus müssen in verträglicher Weise miteinander verbunden werden. Umwelt und Natur sind ein hohes Gut. Der für uns so wichtige Tourismus profitiert von einer gesunden Umwelt.

Das gilt auch für die beliebten Freizeit- und Erlebnisparks. Strukturpolitisch sind sie für uns sehr bedeutsam.

Niedersachsen ist auch als Standort für Kongresse und Messen attraktiv. Diese Qualität unseres Landes werden wir weiter fördern und die Besucher für unser Land gewinnen. Die EXPO war dafür ein wichtiger Baustein. Sie hätte aber stärker und nachhaltig genutzt werden müssen.

Messeland Niedersachsen.

VIII. Ernährungswirtschaft sichern

Niedersachsen ist stark geprägt von der Landwirtschaft. Die Ernährungswirtschaft hat in der Gesamtwirtschaft Niedersachsens einen hohen Stellenwert. Sie erwirtschaftet einen Umsatz von jährlich fast 20 Mrd. Euro. Das entspricht einem Anteil von 18 % am Gesamtumsatz des verarbeitenden

Gewerbes. Das niedersächsische Ernährungsgewerbe ist ausgesprochen mittelständisch geprägt: In ca. 830 Betrieben sind insgesamt 80.000 Personen beschäftigt.

Ortsnahe Produktion ist angewandter Verbraucherschutz. Deshalb stärken wir bei dem immer schärfer werdenden Wettbewerb innerhalb des EU-Binnenmarktes die heimische Ernährungswirtschaft, damit die Verarbeitung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und die nachfolgende Wertschöpfung bei uns im Land gehalten wird. Dies erhält Arbeitsplätze in den nachgelagerten Wirtschaftsbereichen.

Wir wollen vor allem eine Stärkung der Kooperation zwischen niedersächsischen Unternehmen entlang der gesamten Wertschöpfungskette, so u. a. in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Technologietransfer, Qualitätssicherung und -verbesserung sowie Aus- und Weiterbildung.

Wir wollen die Ernährungsindustrie bei ihren Bemühungen, den Exportanteil zu steigern, nachhaltig unterstützen. Hier sind Wachstumschancen, die wir nutzen müssen, zumal der Auslandsumsatz des niedersächsischen Ernährungsgewerbes mit 14 % durchaus noch ausbaufähig ist.

IX. Mobilitätswirtschaft nutzen und die Infrastruktur verbessern

Wer in der Welt ein Mobilitätsproblem hat, findet in Niedersachsen die Kompetenz für Automobilbau, für Schiffbau, für Flugzeugbau, für Schienenfahrzeuge und für die Magnet-schwebetechnik.

Für eine positive wirtschaftliche Entwicklung im Wettbewerb der Standorte ist der Ausbau der Infrastruktur entscheidend. Gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen ist eine gute und moderne Infrastruktur die Grundvoraussetzung, um die Potenziale der Regionen ausschöpfen zu können. Die CDU wird daher das Ziel einer funktionierenden und modernen Verkehrsinfrastruktur, die dem Mobilitätsbedürfnis der Menschen gerecht wird, in den Vordergrund ihrer Politik stellen.

Von 1990 bis 1994 haben SPD und Grüne sich damit gebrüstet, keine neuen Verkehrswege in den bis heute aktuellen Bundesverkehrswegeplan angemeldet zu haben. Diese gravierenden Versäumnisse müssen endlich zugunsten Niedersachsens aufgeholt und der Anteil Niedersachsens am Bundesbauvolumen deutlich erhöht werden. Zusätzlich wird

**Infrastruktur ist die
Lebensader für die Region.**

das Land durch das eigenständige Landesstraßenbauprogramm die ländlichen Räume besser vernetzen und an die Zentren anschließen. Ferner werden wir durch Umschichtungen der Mittel nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz den vernachlässigten kommunalen Straßenbau finanziell stärken. Niedersachsen braucht wieder ein abgestimmtes Verkehrskonzept für Straße, Schiene, Luft und Wasser. Wir setzen uns ein für den Bau des Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven für Containerverkehre, für die Nutzung der Entwicklungspotenziale der niedersächsischen Seehäfen und die Erreichbarkeit der niedersächsischen Binnenhäfen für Europaschiffe. Zudem wehren wir uns gegen eine weitere Ausdünnung der Verkehrsversorgung durch die Deutsche Bahn AG. Wir werden den Wettbewerb im Bereich der Schiene fördern.

Wir setzen beim Ausbau der Infrastruktur auf die neuesten Technologien. So wollen wir in Abstimmung mit unseren Nachbarn und dem Bund die Transrapidstrecke Amsterdam – Berlin wieder auf die Tagesordnung bringen.

Diese Technologie wurde vom Niedersachsen Hermann Kemper erfunden, in Niedersachsen erforscht und zur Anwendungsreife gebracht. Jetzt muss die Transrapid-Technologie auch zum neuen Symbol für die niedersächsische Spitzenstellung werden.

Wir wollen den Transrapid.

X. Medienland Niedersachsen ausbauen

Medienpolitik ist heute mehr denn je Wirtschafts- und Standortpolitik. Die rasant steigenden Nutzungszahlen des Internet und der Online-Dienste haben eine enorme gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung ausgelöst. Konvergenz, d. h. die gleichzeitige Nutzung von Hörfunk-, Fernseh- und Onlineangeboten durch ein Endgerät, ist der Schlüssel für eine Zukunft mit mehr Arbeitsplätzen und technologischen Innovationen.

Niedersachsen war zur Zeit der CDU-Landesregierung ein erfolgreicher Medienstandort: In dieser Zeit entstand das erste Landesmediengesetz, erfolgte die Zulassung von Radio ffN und RTL Television, die Gründung des Mobilfunkunternehmens E-Plus mit Impulsen für die Medienvielfalt und mit der Schaffung von Arbeitsplätzen in Niedersachsen.

Heute ist Niedersachsen als Medienstandort weit zurückgefallen. Den tiefgreifenden Umbrüchen in der Medien- und Kommunikationslandschaft hat die SPD-Landesregierung in Niedersachsen nicht entschieden und rechtzeitig entgegenge wirkt.

Die duale Rundfunkordnung verbürgt freiheitlich-demokratische Vielfalt auf der einen und kommerzielle Unternehmensfreiheit auf der anderen Seite.

Die CDU in Niedersachsen steht weiterhin ausdrücklich zum dualen System sowie zur Bestands- und Entwicklungsgarantie eines leistungsfähigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der auch in Zukunft seine originäre Aufgabe der Grundversorgung umfassend erfüllen können muss.

Der gesellschaftliche Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist in seinem Kern ein Kulturauftrag. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sorgt mit seinen Hörfunk- und Fernsehangeboten für eine Programmvietfalt, die unter rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht refinanzierbar wäre. Die CDU in Niedersachsen spricht sich deshalb für die Beibehaltung der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch Gebühren aus.

Wir setzen uns aber auch für eine Medienlandschaft ein, die den privatrechtlichen Medienunternehmen exzellente Entwicklungsmöglichkeiten und Wettbewerbschancen eröffnet.

Die CDU-Landesregierung wird deshalb die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine landesweite Offensive für den Medienstandort Niedersachsen schaffen, damit Unternehmen marktfähige, qualitätsvolle Produkte entwickeln, die wirtschaftlich Erfolg haben und neue Arbeitsplätze entstehen lassen.

Filmwirtschaft, die Ansiedlung von Studios und die Auswahl journalistischen Nachwuchses muss in Niedersachsen stärker als bisher gefördert werden. Die Nordmedia muss ihre Verantwortung wahrnehmen und die Entwicklung auf diesen Gebieten entschieden vorantreiben.

Wir wollen aber auch eine öffentliche Debatte über sinkende moralische Standards, zunehmende Pornografie und gewaltverherrlichende Sendungen bei öffentlich-rechtlichen und bei privaten Anbietern. Selbstkontrolle, die Wahrnehmung

**Wir wollen eine Offensive
für den Medienstandort
Niedersachsen.**

publizistischer Verantwortung, die konsequente Ahndung festgestellter Verstöße sind erforderlich. Hier hat der Jugendmedienschutzstaatsvertrag erste wichtige Weichen gestellt.

Die niedersächsischen Zeitungsverlage leisten mit ihren Publikationen einen wichtigen Beitrag zur politischen und kulturellen Meinungsbildung und stellen einen wichtigen Wirtschaftsfaktor in den einzelnen Regionen in Niedersachsen dar. Deshalb setzen wir uns für eine zukunftsfähige, wirtschaftlich Erfolg versprechende Zeitschriften- und Zeitungslandschaft in Niedersachsen ein.

Wirtschaftspolitik muss man richtig machen.

Wir setzen auf die Vielfalt Niedersachsens. Die unterschiedlichen Wirtschaftsprofile in den einzelnen Regionen unseres Bundeslandes sind unsere Stärke. Dies gilt vor allem für unsere ländlichen Räume. Jede Landschaft hat ihr eigenes Profil! Deshalb werden wir regionale Aufbaupläne entwickeln. Durch Wirtschaftsförderungsgesellschaften und spezielle Entwicklungsagenturen werden wir die Ressourcen und Handlungsspielräume vor Ort stärken.

C. Für ein bürgerfreundliches Niedersachsen

I. Effizienz und Bürgernähe ermöglichen

**Unser Prinzip:
Vertrauen statt Vorschriften.**

Solide Finanzen und eine effiziente, bürgernahe Verwaltung sind die Grundvoraussetzungen für einen modernen, erfolgreichen Staat. Der Bürger hat Anspruch auf den sorgfältigen Umgang mit seinem Geld. Die Verwaltung ist zum Wohl des Bürgers da – nicht umgekehrt. Deshalb heißt unser Prinzip: Vertrauen statt Vorschriften. Und Kontrolle nur da, wo sie nötig ist. Dies ist unser Bild vom mündigen Bürger.

Unser Ziel ist es, den Niedersachsen eigene Gestaltungsspielräume zu eröffnen. Dazu werden wir die kommunale Ebene stärken und ihre Selbstverwaltung unterstützen. Dafür brauchen die Kommunen einen fairen Finanzausgleich. Für so wichtige Angebote wie Kinderbetreuung, Sportstätten, Büchereien oder auch die lokale Infrastruktur. Haushaltslöcher der Landes- und Bundespolitik dürfen nicht zu Lasten der kommunalen Gemeinschaften gestopft werden.

Mit über 8 000 Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern stellt die CDU übrigens mehr Vertreter in den Kommunen als SPD, Grüne und F.D.P. zusammen. Bei uns sind kommunale Anliegen gut aufgehoben.

II. Solide Finanzen schaffen

Niemand darf auf Kosten künftiger Generationen leben. Die CDU tritt daher für eine nachhaltige Finanzpolitik und eine Sanierung des Landeshaushaltes ein. Die SPD-Landesregierung steht vor einem finanzpolitischen Scherbenhaufen. Sie hat mehr Schulden aufgenommen als alle bisherigen Regierungen in Niedersachsen. Die Steuereinnahmen unseres Landes haben sich seit 1990 um 50 Prozent erhöht. Dennoch hat Niedersachsen mit über 40 Milliarden Euro den zweithöchsten Schuldenstand aller Bundesländer. Das heißt: 2,3 Milliarden Euro allein an Zinsen muss unser Land zahlen – Jahr für Jahr. Das sind 10,5 Prozent der Gesamtausgaben.

SPD und Finanzpolitik: Abgründe tun sich auf

Beim Regierungswechsel hat die CDU der heutigen Landesregierung 750 Millionen Euro Rücklagen übergeben. Die SPD hat sie verprasst. Und nicht nur das: Verschleudert wurden zusätzlich noch Landesvermögen im Wert von

1,4 Milliarden Euro. Diese einmalig verfügbaren Mittel wurden weder zur Schuldentilgung noch für Zukunftsinvestitionen genutzt – anders als in anderen Bundesländern.

Stattdessen: Bürokratie soweit das Auge reicht. Ein Blick auf die Personalentwicklung verdeutlicht dies: allein in der Landesverwaltung gibt es seit dem Regierungswechsel 1990 ca. 6 000 Stellen mehr. Das Personal in der Staatskanzlei wurde mit der Amtsübernahme des jetzigen Ministerpräsidenten um 20 Prozent aufgestockt. Und die Personalausgaben? Sie betragen derzeit knapp 45 Prozent der Gesamtausgaben des Landes. Während Niedersachsen sich die höchste Personalausgabenquote und damit die teuerste Verwaltung aller westdeutschen Flächenländer leistet, fehlen an den Schulen Lehrkräfte und vor Ort ausreichend Polizei. Geld ist dagegen für teure Gutachten von Unternehmensberatern vorhanden. So hat die SPD-Landesregierung seit 1994 21 Gutachten im Wert von insgesamt 6,2 Millionen Euro bei der Unternehmensberatung Roland Berger in Auftrag gegeben.

Zinsen und Personalkosten verschlingen mehr als die Hälfte (55 %) aller Ausgaben unseres Landes. Die Investitionsquote ist seit 1990 von 13,1 Prozent auf nur noch 9,6 Prozent gesunken. Das heißt: Es gab noch nie so wenig Investitionen in unserem Land wie heute. Tendenz sinkend.

Im August 2002, d. h. nach 12 Jahren Regierungsverantwortung, hat die SPD-Landesregierung endgültig den Offenbarungseid abgelegt. Sie musste eingestehen, dass ihr bei Fortführung der eigenen Politik ab sofort alljährlich ca. 1.000.000.000 Euro fehlen werden – in Worten: eine Milliarde Euro! Jahrelang untätig, versucht sie jetzt die Flucht nach vorn: Gebührenerhöhungen, weitere Verkäufe von Landesvermögen und insgesamt strengste Haushaltsdisziplin sollen das sinkende Schiff retten. Leider sind die Lösungsvorschläge der Landesregierung alles andere als konkret. Sie kündigt lediglich externe Hilfe an. Alles in allem erscheint dies als ein letzter hilfloser Versuch, kurz vor Ende der Legislaturperiode Problembewusstsein und Handlungskompetenz zu dokumentieren. Allein: Wer soll der SPD-Landesregierung das noch glauben? Arbeitskreise, Kommissionen und Unternehmensberater hat es zu Hunderten gegeben. Die Ergebnisse solcher Gutachten sind in den Schubladen verschwunden. Wirkungslos.

Die unsolide Finanzpolitik der SPD-Landesregierung hat große Zukunftschancen unseres Landes vertan. Sie ist zur Konsolidierung einfach nicht in der Lage. Eine deprimierende Bilanz.

Zeit für den Turn around

Wir dagegen können die Kehrtwende schaffen. Wir werden Schulden abbauen, um die Zinslast zu senken. Wir schaffen finanziellen Handlungsspielraum für zukünftige Investitionen und Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze. Wir wollen weg von überwiegend konsumtiven Ausgaben hin zu Investitionen für Wachstum und Beschäftigung.

Thema: Einnahmen

Den Haushalt durch höhere Steuern, überzogene Gebühren und Abgaben zu finanzieren, wäre ein schwerer Fehler. Die wirtschaftliche Entwicklung würde endgültig abgewürgt. Vielmehr kommt es darauf an, die Einnahmen der öffentlichen Haushalte durch wirtschaftliches Wachstum zu verbessern. Dadurch, dass die Menschen wieder mehr in den Taschen haben und ihr Geld investieren, entstehen Arbeitsplätze. Die Wirtschaft wächst. Die Steuereinnahmen des Staates steigen – trotz geringerer Steuersätze. Nur so kann mittelfristig die Sanierung gelingen.

Darüber hinaus sind eiserne Spardisziplin und solide Haushaltsführung natürlich unerlässlich. Unsere Parole für den Umgang mit öffentlichen Mittel lautet: Bescheidenheit, Maßhalten und Effizienz. Politik bedeutet, Prioritäten wieder richtig zu setzen. Um den notwendigen Handlungsspielraum im Haushalt für die Lösung der Zukunftsprobleme des Landes zu schaffen, werden wir konsequent Folgendes umsetzen:

Durch eine Funktional- und Verwaltungsreform werden wir mittelfristig 6 000 Stellen abbauen und die frei werden Mittel dem Fonds zur Verfügung stellen. Auch der Niedersächsische Landtag wird einen angemessenen Beitrag leisten. Seine Mitgliederzahl wird von derzeit 155 auf 135 Abgeordnete verkleinert. Alle Aufgaben des Landes gehören auf den Prüfstand. So wird mit der Aufstellung des ersten Haushalts der CDU-Landesregierung die Beweislastumkehr für alle Ressorts gelten. Nur wer nachweisen kann, dass die Aufgaben zwingend notwendig sind, erhält Haushaltsmittel. Andernfalls wandern die Mittel in den Fonds. Damit werden wir unsere Prioritäten finanzieren.

**Bescheidenheit,
Maßhalten und Effizienz.**

**Wir werden den
Landtag verkleinern.**

Bestehende Landeseinrichtungen, die keine hoheitlichen Aufgaben erfüllen, müssen mindestens kostendeckend arbeiten – einschließlich der Erwirtschaftung des Substanzverbrauches bei den Sachwerten (AfA). Leistungen des Landes, die einen Marktwert besitzen, werden nicht unterhalb dieses Wertes erbracht.

Ein Forderungsmanagement zur Optimierung der Einnahmen des Landes einschließlich einer konsequenten Prüfung von Schadensersatz- und Regressforderungen des Landes, wird zentral organisiert.

Thema: Ausgaben

Für die öffentliche Verwaltung heißt die Devise: zurück zu den Kernaufgaben. Und Schluss mit überflüssigen öffentlichen Aufgaben. Auf den Prüfstand gehören auch die zahlreichen Klein- und Kleinstförderprogramme des Landes. Denn die Verwaltungskosten sind oft höher als die tatsächlich ausgezahlte Hilfe.

Wir werden die Dinge in Bewegung bringen, indem wir sie in Frage stellen: Können private Unternehmen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wirtschaftlicher oder mittels Arbeitsteilung kostengünstiger erfüllen? Die besten Antworten darauf werden wir umsetzen. Zum Beispiel sind die Berechnung und Auszahlung von Beihilfen an Beamte auf die Privatversicherungen gegen Kostenerstattung zu verlagern. Wir brauchen endlich eine moderne und effektive Arbeitsteilung zwischen Bürgern, Wirtschaft und Staat. Die Kommunen in Niedersachsen haben vielfach gezeigt, dass wir dadurch Erhebliches sparen. Und die Leistungen werden oft sogar noch besser. In diesen Zusammenhang gehört auch die Prüfung, ob das Schuldenmanagement des Landes vom Finanzministerium auf eine private Gesellschaft verlagert werden sollte, um eine Optimierung beim laufenden Kreditfinanzierungsaufwand zu erzielen.

Eine Menge Einsparpotenziale bringt darüber hinaus die Stärkung von Eigenverantwortung. Der Verwaltungsaufwand wird geringer, statt staatlicher Detailkontrolle gibt es Vorgaben, die durch anerkannte und zertifizierte Stellen zu überprüfen sind.

Weniger Staat, weniger Bürokratie, weniger Kosten – dafür mehr Freiräume, mehr Effizienz und mehr Betätigungsfelder für private Unternehmen. Dieses Konzept ist zukunftsfähig und nah am Menschen.

**Zurück zu den Kernaufgaben
des Staates.**

**Privates Kapital für
öffentliche Investitionen.**

Die CDU wird sich für eine neue Stiftungskultur einsetzen. Dafür werden wir die entsprechenden gesellschaftlichen und steuerlichen Rahmenbedingungen schaffen. Potenzielle Stifterinnen und Stifter sollen ermuntert werden, einen Teil ihres Vermögens zur Förderung des Allgemeinwohls einzusetzen.

Die CDU wird privates Kapital für öffentliche Investitionen mobilisieren. Mit dem Ziel, den Landeshaushalt zu entlasten. Wichtige und notwendige Vorhaben werden schneller realisiert. Die CDU wird private Finanzierungskonzepte für Investitionsmaßnahmen einschließlich kombinierter Projekte der Public Private Partnership (PPP) entwickeln. Notwendige Vorhaben können vorgezogen bzw. zusätzliche Maßnahmen durchgeführt und damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Strukturen verbessern

Für viele dieser „Maßnahmen der Vernunft“ sind strukturelle Veränderungen notwendig. Ebenso wie es auf der Einnahmeseite notwendig ist, das Finanzverteilungssystem zu ändern, bedarf es auf der Ausgabeseite dringend einer weitestgehenden Abschaffung der Mischfinanzierung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Hier werden in der Praxis vielfach Ausgaben nur deswegen getätigt, weil man Zuschüsse erhalten kann, und nicht, weil die Ausgaben zwingend erforderlich wären. Dem ist Einhalt zu gebieten. Auch hierbei geht es um die Steuern der Bürgerinnen und Bürger, die nur dann verausgabt werden dürfen, wenn es vor Ort den zwingenden Bedarf gibt. Das Ziel muss daher sein, in Verhandlungen mit dem Bund, den Ländern und durch Bundesratsinitiativen zu erreichen, dass die bisherigen Bundesmittel aus den Mischfinanzierungen herausgelöst und den Ländern pauschal zur eigenverantwortlichen Verwendung übertragen werden. Aufgeteilt nach den grundlegenden Verwendungszielen und begleitet durch entsprechende Verwendungsnachweise des Landes gegenüber dem Bund. Auf diesem Weg wird zugleich ein beachtlicher Bürokratieabbau sowohl beim Bund als auch bei den Ländern erzielt, und es wird die unmittelbare politische Verantwortung für den Einsatz der öffentlichen Mittel transparent gemacht. Zugleich ist eine Reform des bundesstaatlichen Finanz-Verteilungssystems erforderlich, mit dem der Finanzbedarf der Länder und der Kommunen besser berücksichtigt wird. Wenn selbst reiche Länder kaum noch in der Lage sind,

verfassungskonforme Haushalte zu verabschieden und ihre Netto-Kreditaufnahme erhöhen, dann ist offenkundig, dass hier etwas getan werden muss.

III. Strukturen effizienter gestalten

Die SPD-Landesregierung hat einen einmaligen Dschungel an Vorschriften geschaffen. In einem Dickicht an Gesetzen, Verordnungen und Erlassen reißt der Staat immer mehr Kompetenzen an sich. Die Folgen: Bevormundung, Überreglementierung und eine alles überziehende Bürokratie.

Für einen schlanken Staat

Diesen Regelungswahn werden wir stoppen. Kostenintensive Gesetze, Verordnungen und Erlasse sind abzuschaffen oder zu ändern. Sie erfordern immer mehr Personal, um die Regelungsflut zu bewältigen. Gleichzeitig hemmen sie Eigeninitiative und Unternehmertum. Dies hat fatale Auswirkungen auf das wirtschaftliche Wachstum. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltungen sind wichtige Partner bei der Inventur und Kritik der Aufgaben. Zu ihren Tätigkeiten gehört die kontinuierliche Überprüfung, welche Regelungen verzichtbar sind.

Die CDU wird Landesgesetze, Verordnungen und Erlasse einer Kosten-Nutzen-Analyse unterziehen. Kein Gesetz tritt mehr in Kraft, ohne dass seine Folgekosten transparent gemacht werden. Zusätzlich werden wir ein Drittel der niedersächsischen Verwaltungsvorschriften abschaffen.

Gesetze, Verordnungen und Erlasse des Landes sind im Regelfall nur noch befristet gültig. Sie müssen gegebenenfalls erneut in Kraft gesetzt werden. Wird keine Frist gesetzt, ist dies zu begründen.

Dienstleistung statt Aktenschungel

Genehmigungsverfahren sind zu straffen und mit garantierten Fristen zu versehen. Die Fachaufsicht ist ebenso abzuschaffen wie das zweistufige Widerspruchsverfahren. Auch die Verbandsklage wird abgeschafft. Statistische Erhebungen und Berichtspflichten sind auf ein Minimum zu begrenzen.

Die CDU-Landesregierung wird die Verwaltung in ein modernes und bürgerorientiertes Service- und Dienstleistungsunternehmen umbauen. Bürger und Unternehmen werden in

**Wir werden ein Drittel der
Verwaltungsvorschriften
abschaffen.**

**Akten sollen laufen –
nicht der Bürger.**

Zukunft nur noch eine einzige Anlaufstelle in der Verwaltung haben. Ganz nach dem Prinzip: Akten sollen laufen – nicht die Bürger. Dort können sie Anträge stellen, Informationen und Beratung einholen. In vielen Kommunen wird dies bereits vorbildlich praktiziert. Die Möglichkeiten, Behördengänge durch Online-Dienste zu ersetzen, sind auszubauen. Dabei wollen wir auch die neuen Möglichkeiten von *e-administration* und *e-government* nutzen.

Eine moderne und bürgerorientierte Verwaltung setzt motivierte und leistungsfähige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voraus. Die CDU wird den Weg der Erneuerung daher gemeinsam mit den Personalvertretungen und den Beschäftigten gehen. Sie sind es, die am besten wissen, wie Verwaltung in ein modernes Dienstleistungsunternehmen umgebaut werden kann. Wir werden Hierarchien abbauen, Verantwortung delegieren und Teamarbeit fördern.

Kompetenz statt Bürokratie

Nach einer umfassenden Aufgabenkritik, Aufgabeverlagerung und Verfahrensreform werden wir die zahlreichen Landesämter und die Bezirksregierungen zu wenigen regionalen Kompetenzzentren entwickeln. Die Verantwortung muss in die Fläche verlagert werden. So können Aufgaben von oben nach unten, von den Landesbehörden auf Landkreise und kreisfreie Städte, von Landkreisen auf Städte und Gemeinden verlagert werden. Aufgaben können so direkt vor Ort erledigt werden. Die Grundregel muss sein: Nur eine Behörde soll sich ortsnah mit der Erledigung einer Angelegenheit befassen. Wir wollen Bürgernähe und Bürgermitwirkung. Die Verlagerung der Aufgaben erfordert die entsprechende finanzielle Ausstattung.

**Kreatives und wirtschaftliches
Handeln in der Verwaltung.**

Die CDU-Landesregierung wird nicht nur moderne Managementmethoden in die Verwaltung einführen, sondern auch die Eigenverantwortung der Mitarbeiter stärken. Denn gefragt sind kreatives und wirtschaftliches Handeln. Aufgaben- und Mittelverantwortung werden im Rahmen der Budgetierung zusammengeführt. Führungsfunktionen werden nur noch auf Zeit vergeben.

Wir setzen auf engagierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Vorschläge für effizientere, intelligente Abläufe und wirtschaftlicheres Handeln einreichen. Besonderes Engagement werden wir durch Leistungszulagen und Prämien honorieren. Wir lehnen einseitige Kürzungsvorschläge, z. B. in der Besoldung der Beamtinnen und Beamten, ab. Durch umfassende

Reformen der Landesverwaltung kann zukünftig die Neueinstellung von Personal auf das absolut erforderliche Maß beschränkt werden. Dies wird die zukünftigen Personalkosten erheblich reduzieren. Diese Politik ermöglicht eine leistungsgerechte Bezahlung des jetzt vorhandenen Personals – eine Abkopplung der Beamtenschaft von der BAT-/BMTG-Entwicklung wird es mit uns nicht geben! Diese Politik erfordert Weitblick von Tarifparteien und Betroffenen: Moderate Abschlüsse sind sinnvoll und erforderlich – dann wird es auch keine betriebsbedingten Beendigungskündigungen geben.

Moderne Informationstechnologien und Qualitätsmanagement sind flächendeckend in der Landesverwaltung einzuführen.

Wir wollen das Haushaltsrecht ändern und unverzüglich ein modernes kaufmännisches Rechnungswesen in der öffentlichen Verwaltung einführen. Die bisherige Rechnungsführung erfasst nur Einnahmen und Ausgaben. Sie trifft weder Aussagen über Kosten und Leistungen noch informiert sie über Vermögen und Schulden.

**Modernes kaufmännisches
Rechnungswesen für die
öffentliche Verwaltung.**

IV. Die Kommunen stärken

Niedersachsen kann nur so stark sein wie seine Kommunen. Seit 1994 wurden dem kommunalen Finanzausgleich Jahr für Jahr zwischen 400 und 600 Millionen Euro durch die Landesregierung entzogen. Dafür ist die SPD-Landesregierung vom Staatsgerichtshof mehrfach verurteilt worden. Gleichzeitig hat sie zahlreiche Kosten ohne entsprechenden finanziellen Ausgleich auf die Kommunen verlagert. Die Handlungsfreiheit ist durch zahllose Gesetze und Verordnungen ständig kleiner geworden. Trotz erheblicher Konsolidierungsbemühungen der Landkreise, Städte und Gemeinden hat sich die Haushaltslage daher dramatisch zugespitzt.

Mit fatalen Folgen: Die Kommunen müssen ihre Leistungen auf breiter Front zurückfahren. Schwimmbäder und Büchereien werden geschlossen, Vereine und Verbände gehen leer aus, Ortsfeuerwehren werden finanziell unzureichend unterstützt, Schulen und Kindergärten fehlt Geld. Der kommunale Straßenbau liegt brach, die Kulturförderung ist marode. Es regnet durch Schuldächer, die Straßenlaternen werden abgeschaltet. In den Kommunen gehen im wahrsten Sinne des Wortes die Lichter aus.

Die SPD-Landesregierung hat die kommunale Selbstverwaltung finanziell ausgetrocknet und über die

Raumordnung erdrückt. Um diese Fehlentwicklung zu stoppen, wird die CDU in Niedersachsen folgende Maßnahmen umsetzen:

Politik auf gleicher Augenhöhe

Wir wollen eine Politik mit den Kommunen machen – und nicht auf deren Kosten. Die CDU will eine Politik „auf gleicher Augenhöhe“ – im Verhältnis von Bund, Ländern und Gemeinden. Wir werden daher das Mitwirkungs- und Beteiligungsrecht der kommunalen Spitzenverbände stärken. Überall dort, wo Gesetzesvorhaben und Rechtsverordnungen die Belange der Kommunen berühren.

„Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.“ Wenn Bund und Land den Kommunen Aufgaben zuweisen, müssen sie dafür auch die erforderlichen Finanzmittel bereitstellen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Maxime – das Konnexitätsprinzip – als Grundsatz in die niedersächsische Verfassung und in das Grundgesetz aufgenommen wird.

Für mehr Eigenständigkeit

Wir wollen die „vorschriftenfreie Gemeinde“. In geeigneten Aufgabenbereichen ist ein Sicherstellungsauftrag des Landes gegenüber den Kommunen völlig ausreichend. Das Land definiert die Ziele, die Kommunen vor Ort bestimmen Details der Umsetzung. So wird es möglich, Projekte optimal an den örtlichen Gegebenheiten zu orientieren. Die Chancen auf praktische, bürgerorientierte und wirtschaftliche Lösungen sind gut. Damit stärken wir die kommunale Demokratie – und die Mündigkeit des Bürgers.

Auch das aktuelle Landesraumordnungsprogramm bevorzugen die kommunale Selbstverwaltung. Die CDU wird daher ein neues Programm aufstellen, das lediglich wesentliche Ziele und Grundsätze für die Entwicklung des Landes festlegt.

Die CDU wird für eine gerechte Verteilung der Einnahmen zwischen Land und Kommunen sorgen. Um die kommunale Selbstverwaltung sinnvoll zu gestalten, muss den Landkreisen, Städten und Gemeinden ein Finanzspielraum für freiwillige Aufgaben verbleiben. Die Größenordnung hierfür: mindestens fünf bis sieben Prozent des Gesamthaushaltes.

Dazu werden die Kommunen schrittweise an den Erfolgen beteiligt, die aus der Sanierung des Landeshaushaltes entstehen.

**Wer die Musik bestellt,
muss sie auch bezahlen.**

Voraussetzung für verbesserte kommunale Finanzen ist eine umfassende Gemeindefinanzreform. Sie muss Entlastungen bei den Ausgaben bringen, die Strukturen der Einnahmen verbessern und die finanzielle Eigenverantwortung stärken. Als Sofortmaßnahme ist die Gewerbesteuerumlage von 30 wieder auf 20 Prozent zu senken.

Städte müssen wieder Zukunft haben

Von den Städten gehen wichtige Impulse aus. Hier lebt man die einzigartige Stadtkultur, die Mischung aus Wohnen, Arbeit, Freizeit, Handel, Kultur und Entertainment. Die europäische Stadtkultur ist in ihrem Reichtum unvergleichlich in der Welt. Sie gilt es zu erhalten. Städte sind am besten geeignet, gesellschaftliche Spannungen aufzufangen und notwendige Integration zu leisten. Hier findet die Begegnung unterschiedlicher Kulturen statt, und es muss Toleranz und Akzeptanz gelebt werden.

**Wir werden unsere Stadtkultur
erhalten.**

Wer den Städten den Handel nimmt, zerstört deren Grundlage. Deshalb sind amerikanische Marktformen auf uns nicht übertragbar. Die Zentren des Handels müssen die Städte bleiben, damit sie u. a. auch ihre großen kulturellen Aufgaben erfüllen können.

Wir wollen unsere Städte modernisieren. Der vielfältige Auszehrungsprozess der letzten Jahrzehnte muss gestoppt werden. Dies geht nur durch die Gestaltung attraktiverer und besserer Umfeldbedingungen, damit insbesondere die historischen Städte nicht zu „down-towns“ verkommen oder verslumen.

Städte und der sie umgebende ländliche Raum sind eine Einheit. Wir wollen ihre Interessen miteinander verschmelzen und sie nicht gegeneinander führen. Wie ein schwaches Herz dem ganzen Körper schadet, so schaden heruntergekommene Städte dem gesamten Raum. Es gilt deshalb alle Anstrengungen zu unternehmen, damit unsere Städte wieder Zukunft haben.

V. Europa verwirklichen:

Die Europäische Union schafft Frieden und Wohlstand. Wir wollen ein Europa, das von unten demokratisch wächst – und sich nicht übermäßig von oben bürokratisch ausbreitet. Unser Leitbild ist ein Europa mit starken Regionen. Die Hälfte aller

**Für ein Europa
mit starken Regionen.**

Entscheidungen, die für uns innenpolitisch relevant sind, werden in Brüssel getroffen. Nicht in Hannover, nicht in Berlin. Darum bedeutet Europapolitik für eine Landesregierung auch Innenpolitik. Wir brauchen deshalb eine wirkungsvolle niedersächsische Einbindung bei Entscheidungsprozessen innerhalb der EU. Nicht nur durch eine kompetente Einwirkung auf Bundesebene, sondern auch durch eine starke Präsenz in Brüssel. Zudem müssen wir verstärkt die Kontakte zu den Beitrittsländern in Ost- und Mitteleuropa ausbauen und diese für Handelskontakte nutzen.

Wir wollen ein Europa der regionalen Vielfalt und des Wettbewerbs. Aber ohne größere Handlungsspielräume für Länder, Regionen und Kommunen wird die europäische Integration keine Früchte tragen. Weder ökonomisch noch politisch. Notwendig ist eine ausgewogene Balance zwischen gemeinschaftlichen Rahmenbedingungen und individuellem Freiraum auf Länderebene. Niedersachsens Regionen und Kommunen brauchen auch in Zukunft substantielle eigene Entscheidungsspielräume.

Klare Linien – eigene Entscheidungen

2003/2004 findet die EU-Regierungskonferenz statt. Der Europäischen Union stehen wichtige Reformen und Veränderungen bevor, vor allem hinsichtlich der Ost-Erweiterung. Wir wollen klar definierte Kompetenzen und Zuständigkeiten – für Europa, die Nationalstaaten und die Länder. Wir werden uns bei den anstehenden Veränderungen dafür einsetzen, den Föderalismus und die kommunale Selbstverwaltung in Europa zu stärken. Gerade die Politik für den ländlichen Raum, die regionale Wirtschaftsförderung, die Vorsorge, Raumplanung und Bildungspolitik müssen vor Ort entschieden und verantwortet werden. Sie gehören in die Hände der Länder.

Mit der EU-Ost-Erweiterung rückt Niedersachsen noch stärker ins Zentrum Europas. Wir unterstützen den zügigen Beitritt der Staaten Mittel- und Osteuropas in die EU, wenn die Kriterien erfüllt sind. Vor allem in kultureller, sozialer und ökonomischer Hinsicht. Um diese Umbruchphase erfolgreich zu gestalten, müssen wir die Menschen in diesem Veränderungsprozess verständnisvoll begleiten. Wir nehmen ihre Sorgen sehr ernst, etwa die Angst vor wirtschaftlichen und finanziellen

Nachteilen und vor steigender Kriminalität. Im Rahmen der EU-Osterweiterung sollen Bildung und Weiterbildung, Infrastruktur, Förderung der Wirtschaft und der Arbeitsmärkte, innere Sicherheit sowie die soziale und kulturelle Entwicklung im Zentrum stehen. Ebenso gilt es, den berechtigten Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen tragfähigen Lösungen zuzuführen.

Um die Handlungsfähigkeit der europäischen Institutionen zu stärken, muss mit der Erweiterung auch eine Vertiefung der EU einhergehen. Die Türkei ist ein wichtiger Wirtschafts- und Sicherheitspartner für Europa. Ihre europäische Orientierung muss daher gefördert werden. Aber die Größe der Türkei, ihre geopolitische Lage an den Nahtstellen weltpolitischer Konfliktzonen, ihre kulturelle Prägung und innere Verfassung sprechen nicht dafür, dass eine Integration der Türkei in die EU mittel- bis langfristig möglich ist. Im Rahmen der EU-Osterweiterung ist eine Einbeziehung der Türkei ökonomisch und politisch nicht zu verkräften. Wer zum jetzigen Zeitpunkt ein konkretes Datum für den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei nennt, missachtet die Kopenhagener Beitritts-erklärungen. Daher ist die gegenwärtige Türkeipolitik der rot-grünen Bundesregierung mit den europäischen Interessen nicht zu vereinbaren.

Die Förderpraxis der EU muss unbürokratischer, einfacher und effizienter werden. Dass nach Informationen der EU-Kommission bei den Strukturfonds allein 82,7 Mrd. Euro an Haushaltsmitteln ungenutzt sind, zeigt, woran die EU-Regionalfonds derzeit kranken: zu viel Bürokratie, zu wenig Effizienz, zu starre Strukturen, zu viel Zentralismus. Die CDU-Landesregierung wird sich dafür einsetzen, dass die Mittelvergabe effizienter und unbürokratischer wird. Wir wollen sicherstellen, dass erhebliche Teile der EU-Mittel nicht durch Verwaltungskosten verbraucht werden, sondern auch tatsächlich für die beabsichtigten Förderzwecke verwandt werden. Im Zuge der anstehenden EU-Strukturpolitik 2006 - 2013 werden wir für Reformen eintreten, die den Mitgliedsstaaten und ihren Regionen eine eigenverantwortliche Gestaltung ihrer Regionalpolitik ermöglicht. Die Staaten müssen individuell entscheiden, wie die Fördermittel am effektivsten einzusetzen sind. Auch nach 2006 müssen für strukturschwache Gebiete in Niedersachsen Fördermittel erhalten bleiben.

Weniger Bürokratie in Europa.

D. Für bessere Bildungsmöglichkeiten

I. Bildung als Schlüssel für die Zukunft einsetzen

Wir haben ein klares Ziel: Die beste Bildung und Ausbildung für die Kinder unseres Landes. So eröffnen wir Zukunftschancen. Wissen, Qualifikation und Kompetenz sind die Grundlagen für beruflichen Aufstieg, persönliche Entfaltungschancen und Wohlstand von morgen. Deshalb werden wir unsere Schülerinnen und Schüler optimal fördern. Dazu gehören eine Unterrichtsgarantie, eine qualifizierte Lehreraus- und -fortbildung, eine moderne Schulausstattung und zukunftsfähige Unterrichtsinhalte. Jeder soll nach seinen Fähigkeiten gefördert werden. Die Zukunftschancen der jungen Generation dürfen nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. Deshalb brauchen wir gute öffentliche Schulen.

Exzellente Bildung für alle.

Doch nach dreizehn Jahren SPD-Regierung ist Niedersachsen auch im Bildungsbereich auf die Verliererstraße geraten. PISA hat uns bewertet – vernichtend: Bei 14 untersuchten Bundesländern schnitt Niedersachsen bedrückend schlecht ab. In der „Königsdisziplin“ Lesekompetenz landeten wir auf dem zehnten Platz, im Bereich der mathematischen und der naturwissenschaftlichen Grundbildung sogar nur auf dem elften. International liegt Niedersachsen hinter Polen – vor Russland und Lettland. Die Ursachen: zahlreiche sozialdemokratische Fehlentscheidungen. Hierzu gehören: ungenügende Unterrichtsversorgung mit zwölf Prozent weniger Unterrichtsstunden pro Schüler als vor dem Regierungswechsel, Stundenkürzungen und Unterrichtsausfall allerorten, Vernachlässigung von Grundfertigkeiten im Unterricht, beliebige statt verbindliche Unterrichtsinhalte und die einseitige Begünstigung von Gesamtschulen. Unter all dem leiden an erster Stelle unsere Schülerinnen und Schüler – und in der Folge unser ganzes Land.

Die PISA-Sieger im innerdeutschen Vergleich, Bayern, Baden-Württemberg und Sachsen, haben gezeigt, wie es funktioniert. Sie haben ein leistungsfähiges Schulwesen, das den Herausforderungen der Zukunft gewachsen ist.

Niedersachsen braucht in der Schulpolitik einen konsequenten Kurswechsel. Damit unsere Schülerinnen und Schüler demnächst zu den Gewinnern künftiger Leistungswettbewerbe gehören. Genau wie unser ganzes Land.

Wir wollen ein begabungsgerechtes und durchlässiges Schulsystem.

II. Das Qualitätsprogramm für unser Schulwesen durchsetzen: die 15 Säulen einer zukunftsfähigen Bildungspolitik

Wir werden Schule und Bildung wieder fit für die Zukunft machen. Unser „15-Punkte-Qualitätsprogramm“ sorgt dafür, dass wir in Sachen Bildung und Wissen wieder besser abschneiden – weltweit.

1. Bildungsauftrag des Kindergartens stärken, frühe Förderung ermöglichen

Die PISA-Studie hat es deutlich gemacht: wir brauchen ein bildungspolitisches Gesamtkonzept, das auch vorschulische Bildung und Förderung einbezieht. Nie wieder sind Kinder so neugierig und aufnahmefähig wie im Kindergartenalter. Wir werden deshalb den Bildungsauftrag des Kindergartens nachdrücklich stärken. Die Ausbildung sozialer und sprachlicher Kompetenzen gehört genauso dazu wie spielerisches Lernen und lernendes Spielen. Eltern brauchen qualifizierte Beratung, wenn die individuelle Förderung ihrer Kinder notwendig wird, etwa bei unzureichenden Deutschkenntnissen. Sprachförderung kann nur gelingen, wenn sie bereits im Kindergarten beginnt. Die Begegnung mit Büchern und Bibliotheken der niedersächsischen Heimat, fremden Sprachen und Kulturen, neuen Medien, Musik und Sport sollte dort selbstverständlich werden. Besonders im letzten Kindergartenjahr sollen Kinder altersgemäß an Lern- und Arbeitsmethoden herangeführt werden. Wir werden deshalb anbieten, dass alle fünfjährigen Kinder eine vorschulische Bildung und Erziehung erhalten. Damit alle Kindergartenkinder dieses für ihre Entwicklung so wichtige Angebot wahrnehmen, sorgen wir für Beitragsfreiheit der Eltern im letzten Kindergartenjahr. Dazu gehört auch, dass eine enge Zusammenarbeit mit den Grundschulen sichergestellt werden muss. Wir werden den gesamten Bereich der Kindergartenpolitik wieder in das Kultusministerium überführen.

**Wir wollen Beitragsfreiheit
der Eltern für das
3. Kindergartenjahr.**

2. Grundschule als Bildungsfundament verstehen

Die Grundschule ist die wichtigste Schulform. Sie schafft die Basis für die gesamte schulische Laufbahn unserer Kinder. Hier machen sie ihre ersten Schulerfahrungen. Ihre weitere Einstellung zur Schule, das Zutrauen, das sie zu sich selbst

**Grundschulen
benötigen mehr Unterricht.**

entwickeln, ihre Leistungsmotivation und Lernfreude werden hier entscheidend geprägt. Ähnlich prägend ist der Einfluss der Grundschule auf die Einstellung der Eltern und das Verhältnis zwischen Elternhaus und Schule. Die Grundschule setzt Maßstäbe. Sie muss entscheidend gestärkt werden. Deshalb setzen wir einen ganz besonderen Schwerpunkt mit zusätzlichem Unterricht und individuellen Förderangeboten, zugeschnitten auf die Kinder. Die Grundschule ist die Schule, die die Kinder einerseits behutsam an das Lernen heranführt. Andererseits muss in der Grundschule wieder intensives Lernen stattfinden. Grundschulen benötigen mehr Unterricht. Die Kinder erhalten von der ersten bis zur vierten Klasse einschließlich der Förderstunden statt bisher im Regelfall 92 künftig 100 Jahreswochenstunden. Es ist nicht zu akzeptieren, dass ein Kind, das in Bayern die Grundschule verlässt, gegenüber einem Kind aus Niedersachsen, faktisch ein halbes Schuljahr mehr Unterricht bekommt. Kinder brauchen wieder Kleingruppenarbeit, brauchen Arbeitsgemeinschaften und einen differenzierten Anfangsunterricht. Dem Förderunterricht ist angesichts der immer unterschiedlicheren Klassenzusammensetzungen größte Bedeutung beizumessen. Immer größere Erziehungsmängel, immer mehr nicht deutsch sprechende Kinder usw. machen das Fördern und Fordern nötiger denn je. Dazu sind wesentlich größere Anstrengungen notwendig. Der Grundschule muss die Funktion zukommen, auf die weiterführenden Schulen vorzubereiten. Dazu gehört die zuverlässige Vermittlung von Arbeitsmethoden und die Aneignung von elementaren Kulturtechniken. Um Leistungen klar beurteilen zu können, befürworten wir ab der zweiten Klasse Zensuren, die durch schriftliche Erläuterungen ergänzt werden. Die Grundschule soll die Eltern im Hinblick auf den weiteren Bildungsweg kontinuierlich und aufmerksam beraten. Am Ende der vierten Klasse erfolgt eine Empfehlung für eine geeignete weiterführende Schule. Die Eltern entscheiden dann in eigener Verantwortung, der Elternwille nach der vierten Klasse ist frei.

3. Sprachförderung verbessern, Deutsch als Kernfach stärken

Die Vermittlung von Lese- und Sprachkompetenz ist eine Kernaufgabe. Als solche muss sie auch gefördert werden. Dies hat nicht erst PISA deutlich gemacht. Kinder mit unzureichenden Deutschkenntnissen haben weniger Chancen auf einen erfolgreichen Schulabschluss. Hier sind Eltern ebenso gefor-

dert wie das staatliche Bildungswesen. Bereits im Kindergartenalter müssen Deutschkenntnisse getestet werden. Bei Defiziten sind Sprachkurse verpflichtend. Es ist sinnvoll, Eltern, die selbst nicht hinreichend Deutsch sprechen, in die Sprachförderung einzubeziehen. Ohne hinreichende Deutschkenntnisse kann die Einschulung später erfolgen, schulbegleitende Förderungen müssen hinzukommen.

Das Fach Deutsch muss in allen Schulformen wieder gestärkt werden. „Häppchenlesen“ darf nicht länger an die Stelle der Arbeit mit längeren Texten treten. Bücher sollten beginnend im Kindergartenalter zum täglichen Leben gehören.

4. Auf lebenslanges Lernen vorbereiten – Ausbildungszeiten straffen

Allgemeinbildung und ein verbindlicher Kanon von Kernfächern und Lerninhalten haben Vorrang vor verfrühter Spezialisierung. Grundlage ist ein solides Wissen, das im Laufe des Lebens immer weiter ergänzt wird. Angesichts des schnellen technischen Fortschritts und wachsender Wissensfülle kommt es darauf an, schon früh das Lernen zu lernen, Wichtiges von Unwichtigem, Primär- von Sekundärkompetenzen zu unterscheiden. Es ist deshalb eine der zentralen Aufgaben von Schule, auf das lebenslange Lernen vorzubereiten.

Kurze Studien- und Ausbildungszeiten als Grundbaustein, der immer wieder durch fortbildende Elemente ergänzt wird – diesem Modell gehört die Zukunft.

Unsere Hochschulabsolventen dürfen nicht wesentlich älter als ihre europäische Konkurrenz sein. Ein Abitur, das bereits nach zwölf Schuljahren abgelegt wird, ist der richtige Weg. Das Mittel: Ein reformierter gymnasialer Bildungsgang, beginnend ab Klasse 5, ohne Unterrichtskürzungen. Eine wertvolle Lebens- und Lernzeit ist ein großer Gewinn, ebenso wie eine höhere Qualität an unseren Gymnasien durch weniger Unterrichtskürzungen.

5. Talente erkennen, Begabungen fördern, Individuen stärken

Wir wollen ein begabungsgerechtes Schulwesen, welches jedem Einzelnen die Chance der besten individuellen Förderung ermöglicht. Deshalb kann die Einheitsschule kein zukunftsfähiges Modell sein. Gefordert ist vielmehr ein geglie-

**Fördern und Fordern
schließen sich nicht aus.**

**Für ein gegliedertes und
differenziertes Schulwesen.**

iertes und differenziertes Schulwesen. Viele Bundesländer haben es bereits leichtfertig geopfert. Auch die SPD-Landesregierung in Niedersachsen steuert auf Einheitschulkurs. Wir wollen dagegen im Anschluss an die vierjährige Grundschule ein begabungsgerechtes Schulwesen. Mit profilierten Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien:

■ eine konsequent auf die Berufsausbildung ausgerichtete Hauptschule mit mindestens fünf Schuljahren,

■ eine sechsjährige Realschule zur Stärkung des Erfolgsmodells „Realschulland Niedersachsen“; mit zusätzlichen Schwerpunkten in Wirtschaft, Technik und Fremdsprachen

■ ein achtjähriges Gymnasium, das bereits nach zwölf Schuljahren das Abitur vermittelt,

■ ein maßgeschneidertes Sonderschulangebot, welches jedem Einzelnen die beste individuelle Förderung sichert – geistige und körperliche Handicaps dürfen nicht zu Benachteiligung und Ausgrenzung führen.

Wir wollen durchlässigere Schulformen mit Einfädelspuren – keine Bildungssackgassen. Wir begrüßen Schulen in freier Trägerschaft, die das öffentliche Schulwesen ergänzen und auch durchaus mit ihm konkurrieren sollen. Dadurch kann die Qualität unseres gesamten Schulsystems nur gewinnen und deshalb brauchen sie angemessene staatliche Förderung.

**Für eine durchlässige
Schulform mit Einfädelspuren.**

Wir wissen: Fördern und fordern schließen sich nicht aus. Sie bedingen einander. Schule muss Freude machen, aber sie fordert auch Einsatz. Erfolgserlebnisse und der Stolz auf eigene Leistungen stärken Selbstwertgefühl und Selbstverantwortung der Kinder und Jugendlichen. Ein unschätzbare Kapital, um eigene Wege zu finden und das Leben selbstständig und sinnvoll zu gestalten.

**6. Mehr Einfälle – keine Ausfälle: die neue
Unterrichtsgarantie**

Schule kann nur dann erfolgreich sein, wenn der vorgesehene Unterricht auch wirklich stattfindet. Eine gute Unterrichtsversorgung ist nicht alles, aber ohne sie ist alles

nichts. Beschwerden von Eltern über andauernde Unterrichtsausfälle zeigen, dass die statistische Unterrichtsversorgung für den Schulalltag wenig aussagt. Nach Elternerhebungen fallen in Niedersachsen bis zu 17 Prozent des Unterrichts pro Tag aus – das entspricht über 250.000 Unterrichtsstunden pro Woche über alle Schulformen hinweg!

Im Interesse unserer Kinder und Jugendlichen wollen wir deshalb eine Unterrichtsgarantie auf Basis der Stundentafeln und Grundsatzerteile durchsetzen.

Die CDU-Landtagsfraktion hat daher in ihrem alternativen Haushaltsantrag 2002 2.500 zusätzliche Lehrerstellen finanziert. Die SPD-Landtagsmehrheit hat dies abgelehnt. Ab dem 2. Februar 2003 haben wir endlich die notwendige Mehrheit dafür.

7. Bildungsabschlüsse als Gütesiegel: Qualität verbessern, Qualität sichern

Internationale Vergleiche (wie TIMSS und PISA) von Schulleistungen dokumentieren, wie wichtig solche Messinstrumente sind. Deshalb müssen länderübergreifende Leistungsvergleiche im Schulwesen auch auf nationaler Ebene selbstverständlich werden. Niedersachsens Schulen sind dafür nicht ausreichend gerüstet. Erforderlich sind umfassende Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Um gleiche Bildungschancen sicherzustellen, brauchen wir verbindliche Maßstäbe für Leistungsanforderungen und auf hohem Niveau. Grundsatzerteile ohne feste Stundentafelvorgaben sind entsprechend zu reformieren. Die Lehrinhalte in den Rahmenrichtlinien sollen Bezug auf die Berufs- und Arbeitswelt nehmen.

Es ist schlichte Realität: Ohne regelmäßige, verbindliche Bewertung und Überprüfung von Leistungen verpassen wir den Anschluss an das internationale Bildungsniveau. Deshalb brauchen wir Zensuren und Zeugnisse. Unverbindliche Berichte über die Lernentwicklung dagegen bringen nicht viel. Damit sorgen wir im Interesse der Schülerinnen und Schüler für ein besseres Rüstzeug, für das Berufsleben und für die hohen Anforderungen der Zukunft. Für die Qualität der Bildungsarbeit ist die jeweilige Schule verantwortlich; die Schulaufsicht unterstützt die Schulen dabei, um die im Grundgesetz geforderte staatliche Verantwortung für unser Bildungswesen zu sichern.

**Verbindliche
Qualitätsmaßstäbe auf
hohem Niveau.**

8. Horizont erweitern: Fremdsprachen lernen, Wirtschaft verstehen, Kultur begreifen

Unsere Welt ist global geprägt, von internationalen Verflechtungen und einer selbstverständlichen Mobilität. Damit unsere Kinder in der Welt von morgen Platz finden und eigene Positionen bestimmen, hat für sie das Lernen von Fremdsprachen elementare Bedeutung. Dies soll bereits frühzeitig in der Grundschule beginnen. Der Erwerb einer zweiten Fremdsprache soll in der Realschule bereits vom sechsten Schuljahrgang an möglich sein, im Gymnasium verpflichtend. Eine dritte Fremdsprache kann beginnend im neunten Schuljahrgang des Gymnasiums gewählt werden.

Das Verstehen wirtschaftlicher Zusammenhänge ist für ein erfolgreiches Berufsleben unverzichtbar. Dazu gehört vor allem auch, Grundlagen der sozialen Marktwirtschaft im Vergleich mit verschiedenen Wirtschaftsordnungen und Wirtschaftssystemen zu verstehen. Wir wollen, dass mehr ökonomisches Grundwissen vermittelt und in Unterrichtsinhalten festgeschrieben wird. Damit werden zugleich die Chancen von Selbstständigkeit, Unternehmertum und Existenzgründung aufgezeigt und gefördert. Über die bestehenden Betriebspraktika hinaus sind die Schulen gefordert, durch Kooperation mit der örtlichen Wirtschaft Schülerinnen und Schüler gezielt auf das Berufsleben vorzubereiten.

Musik- und Kunstunterricht fördern Kreativität und individuelle Begabungen. Sie eröffnen neue Zugänge zur Wirklichkeit, schärfen die Wahrnehmung und schulen sinnlich-geistige Erfahrung in einem ganzheitlichen Sinn. Die Fähigkeit, Dinge in Kontexten zu verstehen, kritisch und differenziert wahrzunehmen, prägen das kulturelle Bewusstsein und Verständnis für die eigenen und fremden Kulturen.

**Stärkung der eigenen Identität
in einem sozialen Kontext.**

Im Kunst- und Musikunterricht findet eine Stärkung der eigenen Identität in einem sozialen Kontext statt. Es wird eine Vielfalt an Lösungs- und Deutungsmöglichkeiten sichtbar und die Fähigkeit zum vernetzten Denken gefördert.

Deshalb wollen wir den musischen Unterricht auf Grundlage unserer Landtagsentschließung besser und gezielter fördern.

Bewegung, Spiel und Sport ist für die gesunde körperliche, seelische und auch für die intellektuelle Entwicklung von Kindern und Jugendlichen unverzichtbar. Wir werden deshalb den Schulsport in Zusammenarbeit mit Sportvereinen aufwer-

ten, um Impulse für lebenslange sportliche Aktivitäten zu geben. Der Sport kann zudem einen wichtigen Beitrag für die Verbesserung der Fähigkeit von Mädchen und Jungen zur Selbstverteidigung und Selbstbehauptung gegen gewalttätige Übergriffe leisten. Wir unterstützen Ansätze, diesen Aspekt in den Sportunterricht der Schulen und in deren pädagogischen Konzepte zu integrieren. Insgesamt wollen wir den Sport aufwerten. Deshalb streben wir die dritte Sportstunde an.

9. Fit für die Zukunft: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik fördern

Mathematik und Naturwissenschaften, Informatik und Technik vermitteln die Schlüsselqualifikationen für unsere Wissens- und Informationsgesellschaft. Ausreichende Kenntnisse, aber auch die notwendige Motivation werden an unseren Schulen oft nicht vermittelt. Wir brauchen mehr Verständnis und Aufgeschlossenheit gegenüber diesen Fächern, als Pflichtaufgabe jeder Schulform beginnend in der Grundschule.

Wir wollen mehr Anschaulichkeit, mehr Praxisbezug, mehr Lebenswirklichkeit.

Wir brauchen mehr Experimentiermöglichkeiten im Unterricht, um die Schülerinnen und Schüler stärker zu motivieren. Entsprechend treten wir für neue Schwerpunkte ein: in den Rahmenrichtlinien, in der Lehrerfortbildung und in den Schulbüchern. Wir wollen, dass naturwissenschaftlicher Fachunterricht erstens durch Fachlehrkräfte und zweitens kontinuierlich erteilt wird.

Es muss Pflichtaufgabe der weiterführenden Schulformen sein, alle Schülerinnen und Schüler aufbauend auf vorhandenen Kenntnissen eine informationstechnische Grundbildung zu vermitteln. Im Übrigen sollen die modernen Informations- und Kommunikationstechniken fächerintegriert und fächerbezogen vermittelt werden. Wie diese im Unterricht der einzelnen Schulformen didaktisch und methodisch sinnvoll einzusetzen sind – dafür brauchen wir umgehend ein pädagogisches Gesamtkonzept.

**Mehr Anschaulichkeit, mehr
Praxisbezug, mehr
Lebenswirklichkeit.**

10. Erziehungspartnerschaft von Eltern und Schule fördern

Die CDU wird den Erziehungsauftrag der Schulen nachhaltig unterstützen. Es gilt den Stellenwert solcher Fächer zu sichern,

die für das Persönlichkeits- und Werteprofil junger Menschen unverzichtbar sind. Dem Religions- und Philosophieunterricht kommt hierbei besondere Bedeutung zu. Er muss jungen Menschen helfen, der Frage nach Gott nachzugehen und Antworten auf die Fragen nach dem Sinn des Lebens zu geben. Der konfessionell gebundene Religionsunterricht gehört daher als ordentliches Unterrichtsfach an die öffentliche Schule. Auch für die Angehörigen anderer Religionen soll ein von Staat und Religionsgemeinschaft gemeinsam verantworteter deutschsprachiger Religionsunterricht angeboten werden. Inhalt und Ziele müssen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung entsprechen. Für alle, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen wollen, ist die Teilnahme am Fach „Werte und Normen“ verpflichtend. Wir verstehen dies als ein Bekenntnis zum ethischen Auftrag der öffentlichen Schulen. Schule darf sich nicht auf bloße Wissensvermittlung beschränken. Sie muss sich ganzheitlichen erzieherischen Herausforderungen stellen. Sie muss die Lebensprobleme ernst nehmen, die sich vor die Lernprobleme stellen. Schule und Eltern müssen eng zusammen arbeiten.

Dazu gehört eine konsequente, gemeinsame Werteerziehung, die die verbindlichen Werte unseres Gemeinwesen offensiv vermittelt. Hierzu gehört auch, sich mit unterschiedlichen Wertvorstellungen auseinander zu setzen. Auch deshalb ist der Religionsunterricht für die Schule der Zukunft unverzichtbar. Sein Kern, die Frage nach Gott und die sie umgebenden Lebensfragen, darf nicht einem bloßen Ethikunterricht geopfert werden.

Gerade unter dem Gesichtspunkt der erzieherischen Verantwortung brauchen wir langzeitliche Bildungsgänge. Wo Lehrkräfte die nötige Zeit, Geduld und Muße haben, gerade auch auf besonders förderbedürftige Schülerinnen und Schüler einzugehen.

Umfassende Medienkompetenz zu vermitteln, ist eine gesellschaftliche Pflichtaufgabe, eine Herausforderung für Eltern und Schüler.

Weil Schulschwänzen Bildungschancen verhindert, wollen wir dagegen mit unserem Programm „Eingreifen statt Wegsehen – konsequentes Handeln gegen Schulschwänzen“ mit Nachdruck vorgehen.

**Konsequente, gemeinsame
Werteerziehung: Religions-
unterricht beibehalten.**

11. Auf engagierte und qualifizierte Lehrkräfte bauen

Ohne engagierte Lehrkräfte kann die Schule der Zukunft nicht gelingen. Sie müssen unter erschwerten Rahmenbedingungen verstärkt Bildungs- und Erziehungsarbeit leisten. Wer ihr öffentliches Ansehen bewusst demontiert und sie in ihrer Arbeit demotiviert, der gefährdet auch den Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule. Lehrkräfte können ihre schwierige Arbeit nur bewältigen, wenn unsere Gesellschaft sich hinter sie stellt, sie positiv begleitet und ihre Autorität stärkt. Lehrerinnen und Lehrer müssen Vorbild sein und in Zusammenarbeit mit den Eltern Fehlverhalten frühzeitig erzieherisch aufgreifen und Werte vermitteln, um die Handlungsfähigkeit von Schule zu sichern. Lehrer und Eltern müssen den Erziehungsauftrag als eine synergetische Aufgabe erkennen. Fehlverhalten müssen auch Lehrer früh erkennen und aufgreifen. Nur auf diese Weise bleibt der Erziehungsauftrag von Schulen überzeugend und diese handlungsfähig.

Ein Schulwesen, das erzieherische Herausforderungen ernst nimmt und individuellen Begabungen gerecht wird, braucht differenziert ausgebildete Lehrer. Allein schon deshalb, weil auch die Schülerschaft immer vielfältiger wird. Wir treten daher für die schulformbezogene und mehrphasige Ausbildung in mindestens zwei Unterrichtsfächern ein und lehnen die bestehende Einheitslehrausbildung ab, da der gleichmacherische „Ausbildungsbrei“, der von allem etwas, aber nichts richtig vermittelt, nicht weiterhilft. Lebensnahe Didaktik und Methodik brauchen in der Lehrerausbildung einen größeren Stellenwert. Lehramtsstudierende müssen frühzeitig und konsequent an die pädagogische Praxis herangeführt werden.

**Lebensnahe Didaktik
und Methodik in der
Lehrerausbildung.**

12. Besonders förderbedürftigen Schülerinnen und Schülern gezielt helfen

Sowohl lernschwache als auch lernstarke Schülerinnen und Schüler brauchen besondere Unterstützung. Dass jeder zehnte Schüler in Niedersachsen die allgemein bildenden Schulen ohne Abschluss verlässt, ist eine Katastrophe. Und auch eine Folge der völlig mangelhaften Unterrichtsversorgung. Vor allem an Sonderschulen und Hauptschulen ist die Situation desolat. Wir wollen individuelle Förderkonzepte und eine konsequente schulische Bildung in enger Verzahnung mit der beruflichen Bildung.

Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf haben Anspruch auf eine angemessene Beschulung und Förderung, die ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen gerecht wird. Maßstab aller Entscheidungen muss immer das Kindeswohl sein. Bei jedem Kind muss über die Feststellung sonderpädagogischen Förderbedarfs geprüft werden, wie ihm am besten geholfen werden kann – durch Besuch einer Grundschule mit sonderpädagogischer Zusatzförderung, einer Sonderschule oder einer Integrationsklasse.

Auch für hochbegabte Schülerinnen und Schüler wollen wir ein Förderangebot, das ihren Begabungen gerecht wird und die Erfüllung des Bildungsauftrages auch für diese flächendeckend sicherstellt. Wir wollen besonders profilierte Gymnasien, damit Schülerinnen und Schüler mit besonderen Begabungsschwerpunkten gefördert werden.

13. Ganztagsangebote erweitern

Wir wollen mehr Ganztagsangebote an unseren Schulen. Deshalb werden wir das Programm „Lernen plus – das Nachmittagsprogramm in der Schule“ umsetzen.

Wir wollen Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsangebote, die flexibel auf individuelle Lebensmodelle und Bedürfnisse eingehen.

Deshalb funktioniert unser Konzept nach dem Baukastenprinzip: Pflichtunterricht am Vormittag und – freiwillig – Mittagessen plus Nachmittagsangebot. Dieses Nachmittagsprogramm aus Bildung und Freizeit gestalten die Schulen gemeinsam insbesondere mit Vereinen und freien Trägern.

14. Berufsbildende Schulen als Träger schulischer Berufsbildung und als Partner der ausbildenden Wirtschaft unterstützen und fördern

Im internationalen Vergleich schneidet unsere Berufsausbildung gut ab – ein wichtiger Standortvorteil. Wir werden die Gleichstellung von allgemeiner und beruflicher Bildung weiterentwickeln und dafür sorgen, dass berufliche Bildungsabschlüsse weitere Aufstiegschancen eröffnen.

Berufsbildende Schulen müssen auch künftig den sich ändernden Anforderungen als Partner der Ausbildungsbetriebe

**Für flexible Bildungs-,
Erziehungs-, und Betreuungs-
angebote.**

gerecht werden. Gerade im Hinblick auf neue Berufe ist auch der schulische Teil der Berufsausbildung zukunftsorientiert und hochwertig weiterzuentwickeln – unter anderem durch veränderte Ausbildungsordnungen und maßgeschneiderte Ausbildungskonzepte.

Diese Maßnahmen wirken qualitätssteigernd. Die Ausbildungsfähigkeit der Schulabgängerinnen und Schulabgänger werden wir durch die genannten qualitätssteigernden Maßnahmen verbessern.

Berufsbildende Schulen sind auch Dienstleister. Sie müssen durch eine sehr gute personelle und sachliche Ausstattung gefördert werden.

Realschulen, Hauptschulen und Sonderschulen müssen noch stärker als bisher an der Berufspraxis ausgerichtet sein und mit den Berufsschulen kooperieren. Wir wollen versuchen, den in den Landkreisen Osnabrück und Grafschaft Bentheim erfolgreichen Ideen- und Aktionswettbewerb in den Hauptschulen „Fit für die Ausbildung“ landesweit umzusetzen. Wir brauchen Förderkonzepte für lernschwache Schülerinnen und Schüler. Schülerinnen und Schüler, die wegen unzureichender Deutschkenntnisse Unterricht und Ausbildung nicht zu folgen vermögen, werden zunächst durch besondere Fördermaßnahmen darauf vorbereitet.

Die Selbstständigkeit der berufsbildenden Schulen muss gestärkt – ihre Eigenverantwortung gefördert werden. Dabei wollen wir insbesondere im ländlichen Raum ein wohnortnahes Berufsschulangebot sichern. Der aktuelle Klassenbildungserlass der SPD-Landesregierung führt nachweislich zu einem Abbau des fachlichen Angebots an den Berufsschulen in der Fläche; Schulstandorte sind gefährdet.

Berufsbildende Schulen brauchen Mittel für ein qualitativ hochwertiges Fortbildungsangebot, um zeitnah für die Änderungen im Arbeitsleben gerüstet zu sein. „Lebenslanges Lernen“ heißt auch hier die Herausforderung – entsprechend sind Fort- und Weiterbildungsangebote zu ermöglichen, in Abstimmung und Ergänzung mit der ortsansässigen Wirtschaft.

Erfolgreiche Zusammenarbeit muss weiterentwickelt und ausgebaut werden – insbesondere mit der ausbildenden Wirtschaft. Betriebe und Berufsschulen sollten noch stärker als bisher Ausbildungsinhalte absprechen und verantwortlich umsetzen.

**Für ein wohnortnahes
Berufsschulangebot.**

15. SPD-Schulgesetz sofort stoppen

Wird das SPD-Schulgesetz umgesetzt, werden unsere Schülerinnen und Schüler darunter leiden. Das angebliche freie Elternwahlrecht nach Klasse 4 wird massiv eingeschränkt. Die Orientierungsstufe wird zur Förderstufe umetikettiert. Mit noch weniger Differenzierungsmöglichkeiten – und ohne Chance einer schulspezifischen Profilierung. Selbstständige Hauptschulen und Realschulen werden Auslaufmodelle – und damit das Erfolgsmodell „Realschulland Niedersachsen“. Viele Schulstandorte werden verschwinden und damit ein wohnortnahes Angebot insbesondere im ländlichen Raum. Auch das Gymnasium wird ohne gymnasiale Eingangsklassen geschwächt. Ein Abitur nach zwölf Schuljahren, das nur im Ausnahmefall möglich ist und dessen Vorbereitung erst ab Klasse sieben beginnt, hat mit seinem sechsjährigen Turbodurchgang das Prädikat „Abitur“ nicht verdient.

**Wir machen
Schulpolitik besser.**

Eine CDU-Landesregierung wird mit einem besseren Schulgesetz unmittelbar nach dem Wahltag die Weichen anders stellen: Die fünften und sechsten Klassen werden an den schulformspezifisch weiterführenden Schulen eingerichtet, vorhandene Räume dafür genutzt. Daher wenden wir uns dagegen, dass weitere Gesamtschulen und andere Einheitsschulen wie Sekundarschulen errichtet werden. Die bestehenden Gesamtschulen sollen nach dem Regierungswechsel 2003 in Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialbildungsgänge differenziert werden.

Wir werden das Abitur nach zwölf Schuljahren konsequent an allen Gymnasien umsetzen – beginnend ab Klasse fünf. Wir werden ein wohnortnahes Schulangebot sichern. Wir werden zusätzliche Nachmittagsangebote an unseren Schulen bedarfsgerecht einrichten. Wir werden für eine bessere Unterrichtsversorgung sorgen und uns ganz besonders um förderbedürftige Schülerinnen und Schüler kümmern.

III. Für eine konsequente Hochschulreformpolitik eintreten

Eine konsequente Hochschulreformpolitik macht unser Bundesland zukunftsfähig. Niedersachsen besitzt große Potenziale im wissenschaftlichen Bereich. Man muss sie nur zielgerichtet nutzen und fördern. Wir haben weltbekannte Universitäten und Forschungseinrichtungen, 18 Hochschulen, Max-Planck-Institute, Einrichtungen der Fraunhofer-Gesell-

schaft und zahlreiche weitere Forschungseinrichtungen – die besten Voraussetzungen für eine hervorragende Wissenschaftspolitik.

Doch die SPD-Landesregierung hat die Hochschulmittel seit 1995 um über 250 Mio. Euro gekürzt. Trotz voller Hörsäle wurden Stellen für Forschung und Lehre massiv gestrichen. Konzepte zur Förderung von Grundlagenforschung? Fehl-anzeige. Das neue Hochschulgesetz fördert nicht die Eigenverantwortung der Hochschulen, sondern eröffnet Einfallstore für staatlichen Dirigismus und entmachtet das Parlament. Die Folgen sind erhebliche Wettbewerbsverzerrung und erschwerte Profilbildung. Die Bertelsmann Stiftung hat im Rahmen ihres Standortvergleiches der Bundesländer gewarnt: „Auch die Hochschulausgaben fallen . . . zu niedrig aus, um mit den süddeutschen Flächenländern auf Dauer um qualifiziertes Lehrpersonal oder Studierende konkurrieren zu können.“ Kaum verwunderlich, dass das renommierte Centrum für Hochschulentwicklung Niedersachsen nur auf Platz 13 von 16 Bundesländern einordnet.

Mehr Eigenständigkeit – mehr Leistung

Wir brauchen Innovationen aus der Hochschulforschung für einen hervorragenden akademischen Nachwuchs, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Niedersächsische Hochschulen haben 45 Nobelpreisträger hervorgebracht. Höchste Zeit, dass wir wieder zu einer Top-Adresse in Forschung und Lehre werden. Angesagt ist deshalb auch hier ein Richtungswechsel: Qualität, Eigenverantwortung, Leistung, Wettbewerb und Internationalität sind die Leitziele unserer Hochschulpolitik. Wir wollen eine vielfältige Hochschullandschaft in Niedersachsen. Mit hochwertigen Studienangeboten und exzellenter Forschung.

Wir wollen eine leistungsabhängige Finanzierung der Hochschulen – im Rahmen von Zielvereinbarungen.

Wir setzen auf Entbürokratisierung, entbinden den Staat aber nicht von seiner Verantwortung für die Hochschulen.

Straffere Studienordnungen und verbesserte Studienbedingungen sollen es ermöglichen, das Studium in der Regelstudienzeit zu absolvieren. Ausbildungsziele und -inhalte der Studiengänge müssen am Arbeitsmarkt orientiert sein. Das Erststudium bleibt gebührenfrei, niemand soll aus finanziellen Gründen auf ein Studium verzichten müssen. Wir lehnen

**Für eine vielfältige
Hochschullandschaft
in Niedersachsen.**

Verwaltungskostenbeiträge, die in den allgemeinen Haushalt abgeführt werden, ab.

Wir wollen hochqualifizierten wissenschaftlichen Nachwuchs sichern. Die Juniorprofessur kann ein Weg zur Qualifikation sein als Alternative zur Habilitation, die sich für viele Studiengänge durchaus bewährt hat. Die Hochschulen sollen im Rahmen von mehr Autonomie selber entscheiden, welchen Weg sie für den jeweiligen Studiengang eröffnen wollen. Bei der Nachwuchsförderung müssen wir den Nachwuchswissenschaftlerinnen bessere Perspektiven bieten. Durch klare Zielvereinbarungen mit den Hochschulen werden wir die Frauenförderung intensivieren.

Abschaffung der ZVS.

Hochschulen brauchen eigene Schwerpunktprofile und sollten zueinander in konstruktivem Wettbewerb stehen. Sie entscheiden eigenständig darüber, welche Studierenden sie aufnehmen wollen. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die zentrale Studienplatzvergabe (ZVS) abgeschafft wird.

Die notwendigen Investitionen schöpfen wir aus dem Zukunftsfonds Niedersachsen: zielgerichtete Investitionen in Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen, für die Verbesserung der Infrastruktur für Forschung und innovative Unternehmensgründung.

Wir wollen Schwerpunkte in der Forschung setzen und bestimmte Zukunftstechnologien gezielt fördern, wie Medizintechnik, Biotechnologie, Umwelttechnik und Verkehrstechnik.

Unsere Hochschulen müssen internationaler werden. Dazu brauchen wir Angebote für mehr Gastwissenschaftler und ausländische Studierende. Wir unterstützen deshalb das internationale Marketing der Hochschulen im Ausland und deren internationale Partnerschaften. Mit Hilfe von Stipendien sollen Studien im Ausland gefördert werden. Wir wollen deshalb über das Angebot eines gesonderten fremdsprachlichen Standardtestes, z. B. im Rahmen der gymnasialen Oberstufe sicherstellen, dass unsere Abiturienten bzw. Studierenden leichter im Ausland einen Studienplatz finden können. Außerdem soll ein Angebot von Deutschkursen an unseren Hochschulen es ausländischen Studierenden schneller ermöglichen, sich an unseren Hochschulen zurechtzufinden.

Wir wollen die niedersächsischen Fachhochschulen weiterentwickeln – mit einem größeren Angebot, besseren Studiengängen und Kooperationen. Fachhochschulen sind aufgrund ihrer Praxisnähe und ihres straffen, zielführenden Studienplans von Studierenden sehr begehrt. Deshalb wollen wir, dass mittelfristig 40 % aller Studienplätze von Fachhochschulen vorgehalten werden.

Wir unterstützen die Berufsakademien, die berufliche und wissenschaftliche Ausbildung verknüpfen, als ein wichtiges praxisnahes Angebot. Deshalb sind sie noch stärker in der niedersächsischen Hochschulstruktur zu verankern.

Wir unterstützen das mit ihnen verbundene privatwirtschaftliche Engagement nachdrücklich.

IV. Erwachsenenbildung fördern

Lebenslanges Lernen prägt die Wissensgesellschaft. Fort- und Weiterbildung muss daher gleichrangig als vierter Bildungsbereich neben Schulbildung, Berufsausbildung und Hochschulstudium treten. Eine enge Verzahnung zwischen diesen Bildungsbereichen ist notwendig. Lebenslanges Lernen ist für unsere Zukunftsfähigkeit entscheidend.

In diesem Zusammenhang kommt der Erwachsenenbildung eine umfassende und damit größere Bedeutung zu. Sie hat eine elementare „Schlüsselfunktion“ für das Gelingen des lebenslangen Lernens, indem sie die individuelle Bereitschaft und Fähigkeit zum Lernen fördert und effektive Rahmenbedingungen für die Teilhabe aller an Lernprozessen schafft.

Angesichts der zunehmenden Anforderungen an die Erwachsenenbildung für die Zukunftssicherung unseres Landes wird sich die CDU für eine angemessene und verlässliche staatliche Förderung der Erwachsenenbildung mit ihren bewährten Grundelementen – allgemeine, politische, kulturelle und berufliche Bildung – einsetzen. Durch eine längerfristige rechtliche Absicherung will sie die Voraussetzungen für mehr Kontinuität und eine hohe Qualität in der Bildungsarbeit mit Erwachsenen schaffen.

V. Politische Bildung unterstützen

Unser Leitbild ist der mündige, politisch gebildete Bürger. Die Zunahme extremistischer Gewalt und radikaler Gruppen in den letzten Jahren verdeutlicht, wie groß der Handlungsbedarf hier ist. Besonders im Jugendbereich wollen wir ein attraktives Angebot schaffen, das für demokratische Ordnung und Toleranz wirbt. Dabei setzen wir auf die erfolgreiche Arbeit der politischen Stiftungen.

Für ein lebenswertes und soziales Niedersachsen

I. Politik für die Menschen gestalten

Wir wollen ein Land des Miteinanders und des sozialen Ausgleichs. Gerade in Zeiten schnellen Wandels müssen sich die Menschen darauf verlassen können, für die Wechselfälle des Lebens gerüstet zu sein. Dazu brauchen wir einen leistungsfähigen Sozialstaat. Niemand darf ausgegrenzt werden, jeder hat in unserer Gesellschaft seinen Platz: Alte und Junge, Gesunde, Behinderte und Kranke, Familien und Allein-erziehende, Arbeitnehmer und Unternehmer.

**Jeder hat in unserer
Gesellschaft seinen Platz.**

Im Interesse des Gemeinwohls fordern wir von allen, so viel wie möglich für die Gemeinschaft beizutragen. Und: Hilfe von der Gemeinschaft nur dann in Anspruch zu nehmen, wenn sie sich nicht selbst helfen können. Solidarität und Selbstverantwortung schließen sich nicht aus, sondern machen erst gemeinsam Sinn. Wer eigenverantwortlich handelt, handelt immer auch solidarisch. Denn er entlastet die Gemeinschaft. Wer solidarisch handelt, handelt immer auch eigenverantwortlich. Denn er dient der Gemeinschaft, zu der er selbst gehört.

Wir stehen für ein soziales und gerechtes Niedersachsen. Die SPD ist nicht mehr der Anwalt der „kleinen Leute“. Sie behauptet, sie wolle den Sozialstaat fortentwickeln. Tatsächlich spielt sie die Menschen gegeneinander aus. Auf der Tagesordnung steht der Leistungsabbau. Die soziale Schuldnerberatung etwa kämpft um ihr Überleben. Drogenhilfe, Selbsthilfe, Betreuungsvereine, familienentlastende Dienste, Behinderte, Aidshilfe u. v. a. sollen immer wieder Kürzungen hinnehmen. Dabei brauchen diese Institutionen wieder finanzielle Sicherheit, die wir ihnen geben werden. Gerade die Betreuungseinrichtungen für in Not geratene Frauen und Kinder wollen wir finanziell verbessern. Bei der Wohnungsbauförderung ist Niedersachsen Schlusslicht der westdeutschen Flächenländer. In den Krankenhäusern fehlen seit Jahren – besonders im ländlichen Raum – wichtige Investitionen. Die Familienpolitik ist zum Stiefkind der SPD geworden.

Höchste Zeit für einen Kurswechsel in der Landespolitik: Sozialpolitik darf kein Randthema im Land bleiben. Es geht um den Kern unseres Zusammenlebens.

Die aktive Bürgergesellschaft ist unser soziales Leitbild. Sozial ist ein Land nicht allein dadurch, dass die Bürger Sozialversicherungsbeiträge zahlen. Sie müssen auch im täglichen Leben füreinander da sein wollen. Persönlich, freiwillig, ehrenamtlich, nachbarschaftlich, ohne Zwang. Eine Gesellschaft wird nicht durch eine aufgeblähte Sozialbürokratie menschlich und lebenswert, sondern erst durch das engagierte und solidarische Handeln seiner Bürgerinnen und Bürger.

II. Einer aktiven älteren Generation Chancen eröffnen

Wir werden die Menschenwürde auch im Alter weiterhin sichern. Eines unserer besonderen Anliegen ist das solidarische Zusammenleben von Jung und Alt. Alter ist kein Verdienst, Jugend aber auch nicht. Wer versucht, Jung und Alt gegeneinander auszuspielen, schadet dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Jung und Alt können vielfältig voneinander profitieren. Politik hat die Aufgabe, der älteren Generation einen sicheren Lebensabend und die Anerkennung der erbrachten Leistungen zu gewährleisten. Und ebenso ist es ihre Pflicht, Zukunftschancen für die junge Generation zu erkennen und zu nutzen. Bildung, langfristig günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen, soziale Sicherungssysteme im Geist des Generationenvertrages – all dies gehört dazu.

Wir sind unseren älteren Mitbürgern dankbar für ihre vielfältigen Lebensleistungen und für viele Errungenschaften unseres Landes. Ältere Menschen haben ihren festen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft und sollen ihr Leben eigenverantwortlich und selbstbestimmt gestalten können. Das unterstützen wir: Mit dem Ausbau einer pflegerischen Infrastruktur werden wir die Lebensqualität im Alter erhöhen. Durch eine sinnvolle Vernetzung der einzelnen Hilfen soll die Eigenständigkeit von alten Menschen möglichst lange erhalten werden. Wenn sie es wollen und können, sollen sie möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung leben können. Deshalb gilt: Vorrang für die geriatrische Rehabilitation. Wir werden sicherstellen, dass Pflegebedürftige gut versorgt und betreut werden. Dazu ist eine grundlegende Überarbeitung der Verordnungen zur Pflegeversicherung mit dem Ziel, die überflüssige Bürokratie mit ihren überzogenen Kontroll- und Dokumentationsverpflichtungen zu reduzieren, notwendig. Beratungsleistungen sollen konzentriert und verbessert werden.

Ältere Menschen haben ihren festen Platz in der Mitte unserer Gesellschaft.

Wir wollen älteren Menschen helfen, in der von ihnen gewünschten Wohnform zu leben. Deshalb fördern wir das generationenübergreifende und das betreute Wohnen. Und im sozialen Wohnungsbau müssen die Bedürfnisse älterer Menschen stärker berücksichtigt werden.

Die Lebenserfahrungen der älteren Generation wollen wir noch besser nutzen. Deswegen ermuntern wir sie zu mehr bürgerschaftlichem Engagement und beteiligen sie an Entscheidungen, insbesondere wenn sie selbst betroffen sind.

Die CDU-Landesregierung unterstützt eine Bundesratsinitiative zur Schaffung eines Seniorenförderungsgesetzes.

III. Verantwortung für die junge Generation übernehmen

Selbstständig und eigenverantwortlich handeln, Pflichten übernehmen und Rechte wahrnehmen, das Leben als Chance begreifen und einen Platz in Gesellschaft und Beruf finden – dazu wollen wir Jugendliche befähigen. Jugendpolitik ist eine Aufgabe für alle Ressorts. Falsch ist es, Jugendpolitik nur als Jugendhilfepolitik zu verstehen und schwerpunktmäßig an Problemjugendlichen auszurichten. Vom Engagement und von der Leistungsbereitschaft der jungen Niedersachsen hängt die Zukunft des Landes ab. Die CDU-Landesregierung wird sich massiv dafür einsetzen, Chancen und Perspektiven für junge Menschen in Niedersachsen in jeder Hinsicht zu unterstützen und zu fördern.

**Das Leben als Chance
begreifen: Engagement
fördern.**

Perspektiven bieten

Jugendlichen, denen der Übergang ins Erwerbsleben nicht sofort gelingt, muss schnell und wirksam geholfen werden. Gescheitert sind Bundes- und Landesregierung mit ihrer Politik, die Anzahl der jugendlichen Arbeitslosen zu reduzieren: 453.000 waren es bundesweit im Mai 2002. In Niedersachsen ist die Jugendarbeitslosigkeit mit zehn Prozent deutlich höher als im Vorjahr. Versprochen hatte die Landesregierung, die Jugendarbeitslosigkeit in diesem Zeitraum zu halbieren.

**Kampf gegen
Jugendarbeitslosigkeit.**

Jugendarbeitslosigkeit ist zumeist die Folge mangelhafter oder fehlender Schul-, Aus- und Weiterbildung. Hier werden die Grundlagen für ein erfolgreiches Berufsleben geschaffen. Zuständig sind die Bundesländer. Niedersachsen muss hier mehr leisten und besser werden.

Jugend aktivieren

Viele Jugendliche engagieren sich in Vereinen und Verbänden. Wir wollen das stärker unterstützen. Neben sinnvoller Freizeit- und Lebensgestaltung finden sie hier wichtige Impulse und Wertorientierung. Sie lernen, Verantwortung zu übernehmen und Solidarität zu zeigen. Die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement von Jugendlichen werden wir verbessern: ehrenamtliche Kräfte erhalten eine qualifizierte Fortbildung und Beratung, ihre Mitsprachemöglichkeiten werden verbessert. Und die Bildungsarbeit der Jugendverbände werden wir stärker fördern.

Wir begrüßen das engagierte Mitwirken von Jugendlichen in unseren Kommunen. Sie lernen auf diese Art, Verantwortung zu übernehmen und an Entscheidungen mitzuwirken, von denen sie heute und morgen betroffen sind. Und die Älteren erfahren mehr über Erwartungen, Ziele und Zukunftsvorstellungen der Jugendlichen.

Um benachteiligte und damit gefährdete Jugendliche werden wir uns besonders kümmern. Sie dürfen nicht ins Abseits geraten. Wir werden deshalb die bewährten Einrichtungen der Jugendsozialarbeit weiter fördern. Ein größeres Augenmerk als bisher wird benachteiligten Mädchen und Frauen sowie Jugendlichen auf dem Lande gelten.

IV. Die Familie bewahren und stärken

Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Staates. Familie ist für die CDU dort, wo Eltern für ihre Kinder und Kinder für ihre Eltern Verantwortung tragen.

Familienstrukturen verändern sich ebenso wie Lebensmodelle. Die CDU will niemandem vorschreiben, wie er zu leben hat. Für die Geborgenheit und Verlässlichkeit bei der Erziehung von Kindern und Jugendlichen bietet die Ehe besonders günstige Voraussetzungen. Denn sie dokumentiert den gemeinsamen Wunsch der Partner nach dauerhafter Gemeinschaft und sichert diese Gemeinschaft rechtlich und finanziell ab. Deshalb wird sich die CDU gemäß dem Verfassungsauftrag nachhaltig für den besonderen Schutz der Ehe und Familie einsetzen und sie gegen finanzielle Benachteiligungen verteidigen. Noch immer ist die Familie das

**Familie ist für die CDU dort,
wo Eltern für ihre Kinder und
Kinder für ihre Eltern
Verantwortung tragen.**

tragfähigste soziale Netz in den Wechselfällen des Lebens. Trotz aller sozialen Sicherungssysteme sind gerade in einer Welt des Umbruchs Zusammenhalt und Solidarität wichtiger denn je.

Viele Modelle – einzigartiger Wert

Eine zukunftsfähige Familienpolitik in Niedersachsen und Deutschland darf sich nicht in der Diskussionen über finanzielle Zuwendungen erschöpfen. Nicht die reine Ökonomisierung, sondern der gesellschaftspolitische Wert der Familien sollte im Zentrum stehen. Wer sich zu Werten der Familie bekennt, darf Erziehung nicht dem Staat überlassen. Dennoch können wir nicht länger hinnehmen, dass Kinder heutzutage ein besonderes Armutsrisiko bedeuten. Kinderreichtum darf nicht arm machen. Deshalb werden wir uns verpflichten, Gesetze insbesondere auf ihre finanzielle Mehrbelastung von Familien kritisch zu analysieren. Schwerpunkt unserer Familienpolitik sind Transferleistungen für die Erziehung von Kindern und die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Das Ziel unserer Politik besteht darin, echte Entscheidungsmöglichkeiten zu eröffnen, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Hier werden wir die Rahmenbedingungen verbessern. Selbstverständlich auch für die Elternteile, die sich ganz der Erziehung der Kinder widmen wollen.

Die Eltern sollen frei entscheiden, ob sie ihre Kinder selbst betreuen oder ob sie dafür Unterstützung von außen in Anspruch nehmen wollen. Mehr als die Hälfte aller Mütter mit Kindern und mehr als ein Drittel aller Mütter mit Kleinkindern sind heute erwerbstätig.

Wir wollen familiengerechte Jobs statt jobgerechte Familien. Die Möglichkeiten des beruflichen Wiedereinstiegs sowie der Teilzeitarbeit für Mütter und vor allem Väter sind noch nicht ausgeschöpft. Es liegt im Interesse der Gesellschaft, das zu verbessern.

Betreuungsangebote vom Kleinkindalter bis zum Ende der Grundschulzeit werden wir ausbauen. Hierzu müssen das Land, kommunale Schul- und Jugendhilfeträger und außerschulische Dritte stärker kooperieren. Wir wollen ein vielfältiges, an Bedarf und Elternwillen orientiertes Angebot: Krippenplätze,

**Ausbau der
Betreuungsangebote.**

Spielgruppen, Elterninitiativen, Tagesmütter, Kindergärten – auch in betrieblicher Trägerschaft –, Horte sowie Ganztags-schulen und weitere Nachmittagsbetreuung.

Zudem werden wir spezielle Förderprogramme initiieren, um Frauen mit Kindern bei beruflichen Qualifizierungsmaßnahmen oder beim Wiedereinstieg in den Beruf zu helfen. Dazu gehören u. a. internetbasierende Kontakthalteprogramme und Weiterbildungsmöglichkeiten von Eltern während der Familienphase. Dabei soll die Abrufbarkeit von Online-Modulen an jedem Ort und zu jeder Zeit genutzt werden, um Eltern zu ermöglichen, trotz räumlicher Bindung und unregelmäßiger Tageseinteilung durch Kleinkinder, individuell den Kontakt zur Arbeitswelt zu halten und einer Dequalifizierung vorzubeugen. Ziel ist es, durch familienfreundliche Rahmenbedingungen qualifizierte Arbeitskräfte im Arbeitsmarkt zu halten und wachsenden Familien Mut zu Kindern zu geben.

Der zentralen Bedeutung der Familie für unsere Gesellschaft widerspricht es, dass Familien wegen ihrer Kinder auf Sozialhilfe angewiesen sein müssen. Die CDU-Landesregierung wird sich deshalb im Rahmen der Bundesratsinitiativen dieses Problems annehmen. Die Familien sollen auch materiell gestärkt werden. Das Kinder- und Erziehungsgeld soll stufenweise in ein neues steuer- und abgabenfreies, einkommensunabhängiges „Familiengeld“ zusammengefasst und aufgestockt werden. Keine Familie soll künftig wegen ihrer Kinder in die Sozialhilfe rutschen.

**Wir wollen das „Familiengeld“
auf Bundesebene einführen.**

Jeder der arbeitet muss mehr Geld haben als derjenige, der nicht arbeitet. Deshalb dient das Familiengeld auch der Verwirklichung des Abstandsgebotes. Wenn die Familienleistungen von der Sozial- und Arbeitslosenhilfe abgekoppelt werden, steigt dadurch der Anreiz für Arbeitslose, sich in den Arbeitsmarkt wieder einzugliedern. Es darf nicht sein, dass eine arbeitslose Person durch Arbeitslosengeld und -hilfe, ergänzt um Sozialhilfe, über mehr Geld verfügt, als wenn sie in einer niedrigen Lohngruppe beschäftigt wird. Gleichzeitig werden die Kommunen durch das Familiengeld von ergänzender Sozialhilfe befreit.

Für eine CDU-Landesregierung ist das Ehegattensplitting keine Subvention, sondern entspricht dem gesellschaftspolitischen Stellenwert von Ehe und Familie. Deshalb werden wir im Bundesrat der Abschaffung nicht zustimmen.

50 „Mehr-Generationen-Häuser“ schaffen

Vorausschauende Sozialpolitik muss Defizite früh erkennen und gegensteuern. Die sich wandelnden Familienstrukturen führen zu einer immer stärkeren Trennung der einzelnen Generationen. Kinder, Eltern, Jugendliche und alte Menschen leben zunehmend isoliert voneinander. Der CDU in Niedersachsen liegt vor allem daran, das verständnisvolle Zusammenleben von Generationen zu unterstützen und das Band zwischen den Generationen zu knüpfen. Deswegen hat die CDU-Landesregierung zum Ziel, in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt ein „Mehr-Generationen-Haus“ zu schaffen. Wir haben Sozialstationen, wir haben Altenbegegnungsstätten, wir haben Mütterzentren, wir haben Jugendzentren, Selbsthilfebüros, Kontaktstellen. Alle leisten gute Arbeit. Aber hier muss das Band zwischen den unterschiedlichen Einrichtungen und damit zwischen Generationen geknüpft werden.

Dies sollen offene Häuser sein, in denen alle Generationen den Tag miteinander verbringen. Tagespflege für alte Menschen, Hausaufgabenhilfe, Krabbelgruppe, Ausbildung junger Mütter, Schülertreffs, gemeinsame Tafeln, Begegnungsräume – dies alles kann unter einem Dach gelebt werden. Neben der Hilfe zur Selbsthilfe, den freiwilligen sozialen Engagement soll dort auch ein professionelles Informationsnetz geschaffen werden. Das „Mehr-Generationen-Haus“ soll ein Netzwerk an Informationen aufbauen, wo man Hilfe bei den Problemen erhält, die das Leben immer wieder aufwirft.

V. Gleiche Rechte und Chancen für Frauen schaffen

Wir wollen die Gleichberechtigung von Frau und Mann in einer partnerschaftlichen Gesellschaft verwirklichen und die immer noch bestehenden Benachteiligungen von Frauen in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft beseitigen. Frauen und Männer sollen sich ihren Neigungen, Begabungen und Wünschen entsprechend entfalten können. Soziale Gerechtigkeit heißt für uns auch, dass Frauen und Männer exakt die gleichen Chancen haben, vor allem auch im Erwerbsleben.

Die umfassende Teilhabe von Frauen an Führungsaufgaben in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft ist unser Ziel. Die herausragenden Qualifikationen von Frauen müssen

sich stärker als bisher in der Erwerbsquote und in der Übernahme von Führungsverantwortung widerspiegeln.

Jährlich wird in Deutschland mehr Haus- und Familienarbeit als Erwerbsarbeit geleistet. Diese Leistung wird überwiegend von Frauen erbracht. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Leistung stärker gesellschaftlich und finanziell anerkannt wird. Die in Haus- und Familienarbeit erworbenen Kompetenzen, wie Flexibilität, Belastbarkeit, Organisationstalent, Kommunikations- und Delegationsfähigkeit, müssen als Qualifikation bewertet und auf dem Arbeitsmarkt anerkannt werden. Dem öffentlichen Dienst kommt hier eine Vorbildfunktion zu.

VI. Verantwortung für Kranke und Behinderte übernehmen

Selbstverantwortung und Solidarität sind für uns auch im Gesundheitswesen wegweisend – sie bedingen einander. Die Starken müssen den Schwachen helfen.

Bei den Krankenhausinvestitionen ist Niedersachsen Schlusslicht. 2001 lagen dem Land 184 Anträge mit einem Volumen von 1,1 Milliarden Euro vor. Demgegenüber stellt das Land 125 Millionen Euro an Investitionskostenförderung zzgl. 100 Millionen Euro an pauschalen Investitionsfördermitteln zur Verfügung, deckt somit rund 20 % des aktuell gemeldeten Bedarfs ab. Nach einer Studie von Oppenheim Research beläuft sich der Investitionsstau in deutschen Krankenhäusern auf insgesamt 25,9 Milliarden Euro, davon entfallen allein 3,3 Milliarden auf Niedersachsen. Die Folge: Die Qualität der Krankenhäuser sinkt, weil wichtige Instandhaltungen und Erneuerungen nicht mehr durchgeführt werden. Medizin und Pflege leiden darunter – und allen voran die Patienten.

Investitionen fördern, wirtschaftlich arbeiten

Die CDU-Landesregierung wird das ändern: Wir sorgen dafür, dass notwendige und sinnvolle Investitionen finanziert werden. Aber auch die Krankenhäuser müssen wirtschaftlicher arbeiten. Sie brauchen moderne Führungs- und Managementstrukturen. Die Zusammenarbeit zwischen Krankenhäusern, niedergelassenen Ärzten, ambulanten Diensten und anderen Angeboten aus dem medizinischen, pflegerischen und sozialen Bereich muss besser verzahnt werden. Das Gleiche gilt für die Verzahnung der Krankenhäuser untereinander. Auch im von der SPD-Landesregierung vernachlässigtem ländlichen Raum brauchen wir eine sichere und flächendeckende medizinische Versorgung einschließlich des Rettungsdienstes.

**Beste medizinische
Versorgung – überall und für
jeden.**

Die CDU-Landesregierung wird die Umsetzung der auf Bundesebene eingeführten Fallpauschalen wachsam begleiten. Wir werden nicht zulassen, dass eine stationäre Unterversorgung in der Fläche entsteht und möglichen qualitativ negativen Auswirkungen für die ambulante Versorgung, Rehabilitations- und Pflegeeinrichtungen entgegenreten. Was nicht geschehen darf, ist ein Verschiebeparkplatz zu Lasten der ambulanten Einrichtungen unter starren Budgetbedingungen.

Die CDU-Landesregierung wird ihre Rahmenkompetenz durch die Krankenhausplanung wahrnehmen und sicherstellen, dass die akute Versorgung in der Fläche gleichmäßig gut ist. Notfallpatienten müssen im ländlichen Raum gleichwertige Überlebens- und Gesundungschancen haben, wie in den Städten. Für planbare Spezial Eingriffe sollen Schwerpunkte gebildet werden, um für Patienten durch hohe Routine und große Erfahrung gute Ergebnisse zu sichern.

Eine qualifizierte und hochwertige Pflege ist grundlegend für ein funktionierendes Gesundheitswesen – stationär wie ambulant. Dazu gehört eine gute Ausbildung der Pflegekräfte, deren Ansehen wir fördern werden.

Unser Ziel ist ein Gesundheitswesen, das dem medizinischen Fortschritt verpflichtet ist und das allen Versicherten zugute kommt – unabhängig von Einkommen, Alter, Art der Krankheit und Familienstand.

Die Gesundheit unserer Kinder schützen! Die CDU-Landesregierung wird eine „Allianz für die Gesundheit unserer

Kinder“ anstoßen. Sie muss Eltern, Kindergärten, Schulen, Vereine, Stadtplaner, die am Gesundheitswesen beteiligten, die Medien und natürlich die Politik umfassen. Es muss oberstes Gebot sein, bei allen politischen Entscheidungen die Belange von Kindern zu berücksichtigen. Übergewicht, psychische Probleme, Drogenabhängigkeit – die gesundheitlichen Risiken für unsere Kinder sind vielfältig. Um aber kein zweites PISA – nun in der Gesundheitspolitik zu erleiden – wird die CDU-Landesregierung ein entsprechendes Programm auflegen.

Pflege sichern, Akzeptanz fördern

Alle Menschen haben das gleiche Recht auf Teilnahme am gesellschaftlichen Leben – ob mit oder ohne Behinderung. Vorhandene Barrieren müssen beseitigt werden. Menschen, die stationär aufgenommen und betreut werden müssen, haben ein Recht darauf, selbstbestimmt zu leben. Die CDU wird die Pflege an den individuellen Bedürfnissen der pflegebedürftigen Menschen orientieren. Den Kassen müssen dafür ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Wir treten für eine Beendigung der schleichenden Leistungseinschränkung in der häuslichen Pflege ein. Menschliche Zuwendung, Beratung und Begleitung müssen von der Pflegeversicherung anerkannt und finanziert werden. Hierzu bedarf es einer Dynamisierung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Pflegeversicherung. Die Angebote zum betreuten Wohnen müssen zahlreicher werden.

Menschen mit Behinderungen brauchen unsere Solidarität. Insbesondere bei der Vermittlung von Beschäftigung müssen wir sie unterstützen. Für den öffentlichen Dienst gelten die gleichen Quoten. Die Landesregierung erfüllt diese Quote nicht. Diese wollen wir für den Landesdienst in fünf Jahren erfüllen. Und wir werden uns dafür einsetzen, dass Menschen mit Behinderungen – auch mit schweren – besser in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Es gibt hier viele hochqualifizierte Arbeitskräfte! Die Einkommenssituation von Menschen mit Behinderungen muss sich wesentlich verbessern. Auch wer in Behinderten-Werkstätten arbeitet, muss mehr von seinem Lohn haben.

Prävention stärken, Forschung unterstützen

Der demografische Wandel ist in den kommenden Jahrzehnten eine große Herausforderung für das Gesundheitssystem. Damit einher geht ein zusätzlicher Bedarf an Versorgung in kurativer Medizin, in Rehabilitation und Pflege. Hier kommen gewaltige Ausgaben auf uns zu. Sie sind aber zu meistern, indem wir die Prävention ernst nehmen. Prävention umfasst alle Maßnahmen, die gesundheitliche Schädigung verhindern, verzögern oder weniger wahrscheinlich machen. Ziel ist es, Krankheit, Behinderung und vorzeitigen Tod zu vermeiden. Prävention ist ein zentraler Ansatzpunkt für bessere Gesundheit, Unabhängigkeit und Mobilität. Nur 4 Prozent der heutigen Gesundheitsausgaben werden in vorbeugende Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten investiert. Mehr Prävention ist daher möglich und sinnvoll, denn viele Erkrankungen lassen sich so vermeiden und 25 bis 30 Prozent der Gesundheitsausgaben dadurch langfristig einsparen.

Vorrangig müssen kostenintensive chronische Volkskrankheiten wie Herz-Kreislauf- und Stoffwechselerkrankungen sowie Erkrankungen des Bewegungsapparates bekämpft werden. Durch Eindämmung von Suchtmittelkonsum, Bekämpfung von Fehlernährung und Bewegungsmangel können gerade diese kostenintensiven chronischen Erkrankungen wirksam bekämpft und unser Gesundheitswesen entlastet werden.

Die höhere Lebenserwartung und gesundheitliche Qualität in den vergangenen Jahrzehnten ist nur zu 20 bis 40 Prozent auf medizinische Maßnahmen zurückzuführen. Der größere Anteil entfällt auf verbesserte Lebens- und Arbeitsbedingungen, auf Hygiene, Ernährung, Bildung, weniger Umweltbelastungen und anderes. Prävention beschränkt sich daher nicht auf das Gesundheitswesen, sondern muss als gesamtgesellschaftliche Herausforderung betrachtet werden. Dieser Aufgabe werden wir uns stellen.

Prävention ist immer dann erfolgreich, wenn sie in der Politik verankert wird. Elemente der Prävention lassen sich in verschiedensten Einrichtungen und Strukturen auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene feststellen. Zukunftsaufgabe der Politik ist es, diese Ressourcen zu erfassen, zu bündeln und zu koordinieren, um sie dadurch effizient und zielgerichtet einzusetzen.

**Medizinische Hochleistungs-
zentren ausbauen.**

Wir wollen unsere medizinischen Hochleistungszentren ausbauen, an denen junge Mediziner unter besseren Bedingungen forschen können. Im Umfeld sollen sich mittelständische Unternehmen ansiedeln, die zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Der Gesundheitsbereich wird der Wachstums- und Arbeitsmarkt von morgen sein – nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung. Dies gilt es zu nutzen und auszubauen.

Der sich abzeichnende Pflegepersonal- und Ärztemangel ist ein sichtbares Zeichen bisheriger Fehlentwicklungen. Die CDU wird den Dialog mit den Krankenhäusern intensivieren, um Arbeitsbedingungen von Pflegepersonal und ärztlichem Personal zu verbessern. Besonders die Entwicklung flexibler und intelligenter Arbeitszeitmodelle mit integriertem Forschungszeitpotenzial sowie die Reduktion von Bürokratie- und Dokumentationslasten stehen im Vordergrund. Heilung und Pflege haben Vorfahrt vor Verwaltung.

VII. Bürgerschaftliches Engagement fördern

Das soziale Klima einer Gesellschaft steht und fällt mit dem Engagement der Bürgerinnen und Bürger – gerade in einer Zeit des sozialen und kulturellen Wandels. Engagement für den Nächsten und für die Allgemeinheit schafft Lebenssinn und Selbstbestätigung. Vereine sind nicht nur nützliche Angebote zur Freizeitgestaltung. Sie sind auch Orte, um „Gemeinschaft zu üben“. Viele Vereine engagieren sich nicht nur für ihre Mitglieder, sondern auch für Randgruppen, internationalen Austausch oder für die Dritte Welt. Dies gilt genauso für die Jugend, die in Vereinen organisiert ist. Wo der persönlichkeitsbildende Charakter der Jugendarbeit ernst genommen wird, wächst soziales Engagement. Gerade angesichts des Trends zur Individualisierung kommt gemeinsam verbrachter Zeit wachsende Bedeutung zu.

Gemeinschaft erleben.

Die CDU setzt sich seit langem dafür ein, das ehrenamtliche Engagement und die gesellschaftliche Arbeit von Vereinen zu stärken. Mehr als jede andere Partei haben wir im Landtag und Bundestag Initiativen zu diesem Thema ergriffen. Ein lebendiges Gemeinschaftsleben braucht Menschen, die sich engagieren. Und Politiker, die sich für die Stärkung des Ehrenamtes einsetzen. Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat beispielsweise mit der Initiative „Musikkultur in

Niedersachsen anerkennen, stärken und fördern“ wegweisende Initiativen ergriffen.

So schaffen wir die Voraussetzungen und Anreize für mehr ehrenamtliches Engagement:

■ Die nachhaltigste und effektivste Möglichkeit, um bürgerschaftliches Engagement zu fördern, ist dessen Einbeziehung bei Gesetzen und Satzungen – und zwar von Anfang an.

■ Um Freistellungen für bürgerschaftliches Engagement und Qualifizierung zu ermöglichen, sollten Arbeitgeber und Arbeitnehmer kooperieren und partnerschaftliche Lösungen anstreben.

■ Qualifikationen, die im Ehrenamt erworben wurden, wirken sich oft positiv auf die berufliche Tätigkeit aus. Sie sollten innerbetrieblich stärker anerkannt werden und auch bei der Einstellung von Bewerbern stärker berücksichtigt werden. Der öffentliche Dienst hat hier Vorbildfunktion.

■ Um mehr bürgerschaftliches Engagement zu erreichen, muss die wirtschaftliche Kraft der Organisationen, Verbände und Vereine gestärkt werden. Menschen, die sich engagieren, sollten keine bürokratischen Hürden zu überwinden haben.

■ Jeder, der sich ehrenamtlich engagiert, übernimmt nicht nur Verantwortung, sondern geht auch gleichzeitig Versicherungs- und Haftungsrisiken ein. Hier ist mehr Schutz gefragt. Staat, Trägerorganisationen und die Versicherungswirtschaft sind gefordert, die Risiken für den Einzelnen zu verkleinern. Dies betrifft besonders Menschen in verantwortlichen Funktionen und mit besonderen Weisungsbefugnissen. Zum Beispiel Vereinsvorstände, Schatzmeister oder Geschäftsführer. Sie müssen gegen Haftungsmaßnahmen abgesichert werden, die kraft ihres Amtes entstehen können.

Alle Maßnahmen, wie z. B. das Spendenabzugsverbot, die die Vereinskultur und die Sponsoringbestrebungen einschränken, lehnen wir ab.

VIII. Heimatvertriebene und Aussiedler beachten

Die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Verbände in Niedersachsen finden in der CDU einen verlässlichen Partner. Weder grenzen wir jemanden aus, noch ignorieren wir ihn –

anders als die SPD-Landesregierung, die diesem großen Teil der Bevölkerung desinteressiert gegenübersteht.

Die SPD verschweigt und verdrängt die bestehenden Probleme, die einem gerechten Ausgleich und einer dauerhaften Verständigung mit den östlichen Nachbarn im Wege stehen. Auch dieses Verhalten wollen wir beenden. Die Vertreibungsdekrete und -gesetze sind Unrecht. Sie stehen im Gegensatz zu Geist und Werten der Europäischen Union und des Völkerrechts. Vertreibung und ethnische Säuberung dürfen nirgendwo Teil der bestehenden Rechtsordnung sein.

Die Vertriebenen und die deutschen Volksgruppen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa haben unvermindert eine entscheidende Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den Nachbarstaaten. Wir fühlen uns gegenüber den nicht in der Bundesrepublik lebenden Deutschen politisch verpflichtet und verantwortlich. Auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die dadurch entstehenden Begegnungen sind besonders förderungswürdig.

Der Bund der Vertriebenen und die Landsmannschaften fordern die Verwirklichung der Menschenrechte, das Recht auf Selbstbestimmung und auf die Heimat im friedlichen Wandel. Dies unterstützen wir.

**Recht auf Selbstbestimmung
und Heimat.**

Wir bekennen uns zur Geschichte aller Deutschen. Mit einem Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin wollen wir dazu beitragen, die Tragödie der deutschen Heimatvertriebenen aufzuarbeiten.

Dem Defizit an Erinnerung und Geschichtsbewusstsein wollen wir entgegenwirken. Deshalb schließen wir uns der Forderung nach einem Gedenktag am 5. August an: dem Tag der Verkündung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen im Jahr 1950. Dieser Tag soll alljährlich den Opfern von Vertreibung, Deportation und Zwangsarbeit gewidmet sein. Die Darstellung von Vertreibung und Flucht sowie der gesamten deutschen Geschichte und Kultur sowie der Heimat- und Siedlungsgebiete der Vertriebenen gehören in den Schulunterricht.

Wir wollen die Projekte der Vertriebenen und ihrer Verbände in Niedersachsen angemessen fördern. Die Vertriebenen müs-

sen in öffentlichen und pluralistischen Gremien wieder mehr Berücksichtigung finden, auch in der Arbeit der Landesmedienanstalt.

Das Schlesiertreffen soll wieder in der Landeshauptstadt Hannover stattfinden. Wir wollen unsere Patenschaft zu den Schlesiern wieder mit Leben erfüllen.

Die Spätaussiedler sind mit ihren kinderreichen Familien, ihrer guten Altersstruktur und ihrem Fleiß ein Gewinn für unser Bundesland. Ihre Beschäftigung wirkt sich auch positiv auf den Arbeitsmarkt und die Rentenkassen aus.

Deutsche Aussiedler sind bis in die jüngere Vergangenheit oft unterdrückt worden, gerade weil sie Deutsche bleiben wollten. Die Geschichte und das Schicksal der Deutschen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa ist ein Teil unserer Geschichte. Wir tragen für diese Menschen eine besondere Verantwortung. Dies gilt sowohl für diejenigen, die nach Deutschland aussiedeln, als auch für jene, die in ihrer jetzigen Heimat bleiben wollen.

Integration statt Isolation – danach handeln wir. Die Eingliederung der Spätaussiedler und ihrer Familien ist für uns eine zentrale Herausforderung. Besondere Integrationsprobleme bereiten die männlichen Jugendlichen. Deshalb ist es wichtig, dass sie an gezielten Integrationsmaßnahmen, insbesondere Sprachkursen teilnehmen. Hier spielt die frühzeitige Vermittlung der deutschen Sprache eine Schlüsselrolle. Sie ist die Grundlage für eine erfolgreiche schulische und berufliche Ausbildung und somit Ausgangsbasis für die Schaffung von Lebensperspektiven der jungen Aussiedlergeneration. Maßnahmen, die auf Spracherwerb ausgerichtet sind, müssen daher im Vordergrund stehen. Integrationsverweigerung kann nicht akzeptiert werden. In Anlehnung an das Pilotprojekt des Landes Baden-Württemberg werden wir in einem Modellprojekt „Eingliederungslotsen und Eingliederungsvereinbarung“ die Bemühungen zur individuellen Integrationsbegleitung für Spätaussiedler verbessern. Der Eingliederungslotse begleitet die Integration der Spätaussiedler, vermittelt sie in die verschiedenen Maßnahmen und steht als fester Ansprechpartner für alle Eingliederungsfragen zur Verfügung. Er arbeitet gemeinsam mit den Spätaussiedlern einen individuellen Förderplan, dessen Einhaltung er über einen längeren Zeitraum

Integration statt Isolation.

überwacht.

Der Garantiefonds des Bundes fördert Sprachkurse für Spätaussiedler in der Regel nur bis zum Alter von 27 Jahren. Erfahrungen aber zeigen, dass auch ältere Spätaussiedler hochmotiviert sind, Deutsch zu lernen und eine qualifizierte Arbeit anzunehmen. Deshalb treten wir dafür ein, dass für die 27- bis 30-jährigen Spätaussiedler in jedem Regierungsbezirk ein Sprachkurs mit berufsorientierten Anteilen realisiert wird.

Wir unterstützen den Bund der Vertriebenen, die Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, die Wohlfahrtsverbände, Vereine und die Kirchen bei ihrer Beratungs- und Betreuungsarbeit.

IX. Integration fördern und fordern

Integration und Zuwanderung müssen in die richtige Balance gebracht werden. Eine stärkere Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung ist daher im nationalen Interesse unverzichtbar. Ohne Toleranz keine Integration – sie ist Grundlage, um mit fremden Kulturen und Traditionen zu harmonisieren. Unsere Grundsätze für eine moderne Integrationspolitik sind Fördern und Fordern. Wir brauchen ein gedeihliches Miteinander. Wir müssen aufeinander zugehen. Die vorbehaltlose Akzeptanz unserer Rechtsordnung und unserer Werteordnung ist entscheidende Voraussetzung für ein friedliches Zusammenleben. Damit ist auch eine Religionsausübung, die sich gegen unsere Werte richtet, nicht vereinbar. Auch Andersgläubige müssen bereit sein, unsere auf christlichen Werten beruhende Gesellschaftsordnung und Kultur in ihrem Kern auch für sich selbst zu akzeptieren. Dies gilt insbesondere für die Rolle der Frau in der Gesellschaft und für die Entwicklungschancen von jungen Mädchen.

Fördern und Fordern.

Isolierte Parallelgesellschaften und multikulturelle Gesellschaftsexperimente lehnen wir ab – dafür müssen sich alle Beteiligten noch mehr als bisher ins Zeug legen. Viele unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger sind problemlos in unsere Gesellschaft integriert. Sie tragen ganz erheblich zu unserer wirtschaftlichen Entwicklung bei. Es gibt aber auch Anlass zur Sorge: Zahlreiche Jugendliche – vor allem aus der zweiten oder gar dritten Generation von Einwandererfamilien – haben nur ungenügende Sprachkenntnisse. Und deshalb keine Perspektive am Arbeitsmarkt.

Die Ghettobildung in den Städten nimmt zu. Dies alles birgt sozialen und politischen Sprengstoff. Wir müssen diese Fehlentwicklungen stoppen und gegensteuern.

Ohne Spracherziehung geht hier nichts. Schon in der Vorschule sollte sie beginnen. Dafür werden die pädagogischen Angebote in Kindergärten gezielt ausgebaut.

Zusammenleben erleichtern

Für leistungsschwache Schülerinnen und Schüler werden wir vor Ausbildungsbeginn Kurse anbieten, die der Berufsorientierung und -information bis hin zum Bewerbungstraining dienen. Zudem sollen sie bei der Suche nach geeigneten Lehrstellen helfen.

Für Ausländer, die dauerhaft in unserem Land bleiben, gibt es verpflichtende Integrationskurse. Inhalte sind etwa deutsche Sprache und Grundzüge unserer Geschichte und der Rechtsordnung. Sie sollen eine erste gesellschaftliche und berufliche Orientierung bieten. Wird die Teilnahme an solchen Kursen abgelehnt, werden die Sozialleistungen gekürzt.

Die Mitwirkung von Ausländern in Vereinen und Verbänden ist wichtig für die gesellschaftliche Integration. Sportvereine sind hier beispielhaft. Wo immer interkultureller Austausch und Kontakt möglich sind, sollten sie gepflegt werden. Deshalb unterstützen wir Kulturprojekte, die in diese Richtung zielen, etwa Theaterarbeit, internationale Chöre, Schreibwerkstätten, Museumsprojekte und Videowettbewerbe. Sie führen Fremde zusammen und schaffen gegenseitiges Verständnis und Toleranz.

X. Rückenwind dem Sport geben

Sport und Sportorganisationen leisten für unseren Staat Unverzichtbares. Während viele in Versuchung sind, nur noch an sich zu denken, werden hier Gemeinschaft und Teamgeist gelebt. Persönlichkeitsbildung, Wertevermittlung, gesellschaftliche Integration und gesundheitliche Vorsorge – diese großen Leistungen des Sports verdienen Anerkennung und Unterstützung.

Leider ist auch in der niedersächsischen Sportförderung einiges im Argen. Im Vergleich zu anderen Bundesländern liegen wir, was die Sportförderung pro Kopf und Vereinsmitglied angeht, an vorletzter Stelle. Die Förderung des Leistungssports

ist völlig unzureichend. Und das Investitionsprogramm für Sportstätten benötigt dringend eine Frischzellenkur. Die Mittel reichen nicht einmal aus, um auch nur die wichtigsten Vorhaben angemessen zu fördern. Deshalb hat die CDU-Landtagsfraktion durch Entschließungsanträge konkrete Vorschläge gemacht, wie die Mangelsituation in Niedersachsen verbessert werden kann, damit Vereinsförderung, aber auch die Vorbereitung auf die Olympischen Spiele besonders im Hinblick auf die Einbeziehung niedersächsischer Wettkampfstätten bei einer Olympiabewerbung für 2012 gesichert werden kann.

**Für Olympia 2012
in Hamburg und Cuxhaven.**

Wir unterstützen die Bewerbung Hamburgs für die olympischen Sommerspiele 2012 und die anschließenden Paralympics unter der Einbeziehung niedersächsischer Sportstätten. Ebenso unterstützen wir die Bewerbung Cuxhavens als Austragungsort für die Segelwettbewerbe. Das Projekt 2012 ist eine große Chance für den Norden, der jetzt 30 Jahre nach München 1972 dran ist.

Wir unterstützen nachdrücklich all jene, die ehrenamtlich für den Sport tätig sind, die stillen Stars, die ohne viel Aufsehen ihre Pflicht erledigen. Doch wir müssen die Rahmenbedingungen für Ehrenämter dringend verbessern. Sinnvolle Vorschläge sind hier von den Landessportbünden gekommen. Etwa zu dem Thema, wie die wirtschaftliche Kraft der Vereine gestärkt werden kann, wie bürokratischer Ballast abgeworfen werden kann, wie Vereine ihre Freiräume erweitern können. Besonders die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist hier mit Entschließungsanträgen, Gesetzentwürfen und einer Großen Anfrage immer wieder aktiv geworden. Um den unverzichtbaren Beitrag der Sportorganisationen für eine lebendige, leistungsfähige und solidarische Bürgergesellschaft zu würdigen.

Die gewaltigste Aufgabe haben wir noch vor uns: die Sanierung der öffentlichen Haushalte. Dabei verpflichten wir uns dazu, dass der Sport nicht zu kurz kommt, sondern möglichst noch besser als bisher gefördert wird. Vor allem den Kommunen werden wir es wieder finanziell ermöglichen, Vereinen besser zu helfen und die Sportstätten ausreichend auszustatten.

XI. Kulturpolitik ausbauen

Förderung von Kunst und Kultur ist Aufgabe des Landes, der Gemeinden und der Landkreise – so haben wir es in unserer Landesverfassung festgeschrieben. Kunst und Kultur spielen eine wichtige Rolle in unserer Gesellschaft. Sie erhöhen die Lebensqualität. Sie bieten Freiraum für individuelle Begabungen, sind Orte der geistigen Auseinandersetzung, wo Sinne und differenzierte Wahrnehmung geschult werden. Menschen aller Altersgruppen finden hier Orientierung für verantwortungsvolles Handeln und einen Rahmen, in dem sich Kreativität mobilisieren lässt.

Kunst und Kultur sind so verstanden nicht luxuriöse Zutaten, sondern Bestandteil eines menschenwürdigen Lebens.

Damit leisten sie auch einen entscheidenden Beitrag zur Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Theater, Museen, Galerien, Bibliotheken, Archive, Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Musikschulen – dies sind die geistigen Zentren unserer Region. In ihnen wird das Kulturerbe gepflegt. Sie regen an zur Auseinandersetzung mit existenziellen Fragen. Zusammen mit Vereinen, Initiativen und freien Gruppen eröffnen sie vielfältige Möglichkeiten für eine selbstbestimmte Freizeitgestaltung. Schließlich steigern sie die Attraktivität für Fremdenverkehr und Wirtschaft ganz erheblich.

Wir stehen zu einem erweiterten Kulturbegriff und wollen neben den klassischen Kultureinrichtungen auch freie Initiativen und künstlerische Aktivitäten unterstützen. Wir setzen uns für die kulturelle Vielfalt der Region ein. Dazu gehört auch die Pflege der niederdeutschen und der saterfriesischen Sprache.

Für die Erhaltung unserer Städte und Ortsbilder werden wir uns einsetzen und die Denkmalbesitzer bei der Pflege historischer Bausubstanz unterstützen. Kulturförderung muss eine öffentliche Pflichtaufgabe bleiben – auch im Zeichen knapper Kassen. In diesem Zusammenhang kommt auch den Landschaften und Landschaftsverbänden eine herausragende Rolle zu, die wir auch für die Zukunft unterstreichen. Die Substanz der institutionellen Kultur wird von uns garantiert.

Kulturförderung muss eine öffentliche Pflichtaufgabe bleiben – auch in Zeiten knapper Kassen. Das bedeutet, dass die

**Kulturelle Vielfalt
der Regionen.**

Substanz der institutionellen Kultur garantiert wird. Die Förderung freier kultureller Initiativen und Projekte ist notwendig. Ausgaben für kulturelle Zwecke verstehen wir als Investitionen – nicht als Subventionen. Neue Formen des Kultursponsorings unterstützen wir ebenso wie attraktive Anreize zum Ausbau des Stiftungswesens. Unser Ziel ist eine ausgewogene und maßgeschneiderte Kulturförderung. Benachteiligungen des ländlichen Raumes wollen wir abbauen – durch das Programm „Kulturförderung im ländlichen Raum“.

Wir erkennen die Kulturarbeit von Kindern und Jugendlichen nachdrücklich an – und auch die oft damit verbundene, ehrenamtliche Leistung. Wir wollen, dass die Bildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche weiter ausgebaut werden – etwa durch die Zusammenarbeit mit Museen und Theatern. Die Arbeit der Jugendkunstschulen unterstützen wir ebenso wie die der Musikschulen.

Thema Musikkultur: traurige Nachrichten gibt es hier zu melden. Berücksichtigt man die Preissteigerungen, sind die Mittel zur Musikkultur seit 1990 um fast 20 % gekürzt worden. Oft droht sie an den Rand gedrängt zu werden – in öffentlichen Diskussionen, die oft von reinem Nützlichkeitsdenken geprägt sind.

Hier ist Einhalt geboten. Denn die Förderung der Musikkultur ist Aufgabe einer vorausschauenden Landespolitik.

Wir werden Niedersachsen zu einem Musikland machen! Dieses Ziel wollen wir durch die Schaffung eines Landeskultur- und Musikfestivals unterstreichen. Eine halbe Millionen Menschen engagieren sich bei uns im Bereich der Musik, viele von ihnen ehrenamtlich. Sie alle wollen wir künftig besser unterstützen. In unserer Landtagsinitiative haben wir dies zum Ausdruck gebracht. Eine gezielte Förderung in Kindergärten, Musikschulen, Schulen und Hochschulen, eine nachdrückliche Förderung des Ehrenamtes sowie eine bessere Landesförderung sind unser Anliegen.

**Ein Landeskultur- und
Musikfestival schaffen.**

XII. Christliche Werte stärken – Religionsgemeinschaften achten

Christliche Kirchen und Religionsgemeinschaften haben in der modernen Gesellschaft Bedeutung. Sie helfen den Menschen bei der Sinnsuche, geben Orientierung und Wertmaßstäbe für ihr Handeln und helfen Menschen in Not.

Vorbildliche Dienste leisten sie darüber hinaus in vielen sozialen, karitativen und erzieherischen Bereichen.

Die Selbstständigkeit der Kirchen und Religionsgemeinschaften muss bewahrt bleiben. Auch die Freiheit, ihrem Verkündigungsauftrag in der Gesellschaft ungehindert nachzukommen. Wir unterstützen nachdrücklich den Beitrag der Kirchen in unserer Gesellschaft. Wir heißen den Einsatz ihrer Mitglieder für unsere Gemeinschaft und unser Gemeinwohl willkommen. In den christlichen Werten sehen wir die Grundlage unserer freiheitlichen Demokratie, vor allem in der Unantastbarkeit der Würde des Menschen – das gemeinsame Anliegen der CDU in Niedersachsen und der christlichen Kirchen. Daher setzen wir uns insbesondere für die weitere profunde und umfassende Vermittlung der christlichen Werte ein.

Wir sind dankbar, dass nach den nationalsozialistischen Verbrechen wieder jüdische Gemeinden in Niedersachsen entstanden sind. Juden und Christen sind durch unauflösliche Gemeinsamkeiten miteinander verbunden. Die jüdischen Gemeinden sind Teil unserer Kultur und für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Mit gesellschaftlichen Engagement tragen sie darüber hinaus zu weltweitem Ansehen Deutschlands bei.

Unter uns leben viele Menschen anderer Religionszugehörigkeiten. Wir achten auch ihre religiösen Überzeugungen und respektieren ihren Wunsch nach freier Religionsausübung im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung.

Die Schöpfung bewahren.

F. Für Umwelt-, Tier- und Naturschutz

I. Lebendige Natur – saubere Umwelt bewahren

Wir wollen die Schöpfung bewahren. Umwelt und Natur sind ein hohes Gut. Wir müssen uns sorgsam um sie kümmern und sie für nachfolgende Generationen erhalten. Wir brauchen eine stärkere und wirksamere Umweltpolitik als bisher – aber weniger Bevormundung, Bürokratie und Kostenbelastung. Wir setzen uns deshalb für eine konsequente, auf Langfristigkeit ausgerichtete Umweltpolitik ein, die mit den Menschen gemacht wird – und nicht gegen sie.

II. Das Prinzip Nachhaltigkeit durchsetzen

Für uns sind die Prinzipien von Wirtschaftlichkeit, Sozial- und Umweltverträglichkeit gleichrangig. Wir dürfen die natürliche Umwelt nur so viel in Anspruch nehmen, wie Nachhaltigkeit garantiert ist. Dies gilt besonders für Luft, Wasser, Boden, Lebewesen und Landschaft. Wir dürfen nur so viel nutzen und verbrauchen, dass auch künftige Generationen noch die gleichen Lebenschancen haben. Dieser Maßstab verbietet Ausbeutung und Raubbau. Daher dürfen Wirtschaftswachstum und Umweltbelastungen nicht proportional zueinander steigen. Unsere Umweltpolitik ist darauf ausgerichtet, beides immer mehr zu entkoppeln. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bekennen wir uns zu einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft. Sie muss einen leistungsfähigen Markt, sozialen Ausgleich und sichere natürliche Lebensgrundlagen miteinander verbinden.

Umwelttechnik gezielt fördern.

Forschung und Technologie sind dazu da, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu voranzutreiben, das nicht mehr, sondern weniger Umweltbelastungen, Energie- und Rohstoffverbrauch mit sich bringt. Dazu brauchen wir eine moderne Umweltpolitik. Eine Politik, die die Umwelttechnik maßgeblich voranbringt. Nur so können wir weltweite Umweltprobleme lösen helfen, nur so können wir gleichzeitig den wirtschaftlichen Nutzen einer sinnvollen Umweltpolitik aufzeigen. Auch darum ist Umwelttechnik für uns so wichtig: Sie ist Zentrum unserer Offensive, Zukunftstechnologien in Niedersachsen zu fördern.

III. Naturschutz weiterentwickeln

Natur- und Biotopschutz braucht keine Prestigeobjekte. Wir wollen uns auf die wirklichen Kernaufgaben konzentrieren: den nachhaltigen Landschafts- und Artenschutz. Dieser beginnt gerade im Kleinen. Deshalb unterstützen wir die erfolgreiche Arbeit der Umweltverbände. Der Natur- und Landschaftsschutz muss gemeinsam mit den Betroffenen umgesetzt werden. Und nicht gegen sie.

Nach dem Muster erfolgreicher Vorhaben aus den süddeutschen Bundesländern wollen wir für den Natur- und den Landschaftsschutz verstärkt Fördermittel der EU einsetzen. Dies dient auch der Schaffung zusätzlicher Einkommensquellen für die bäuerliche Landwirtschaft und es gibt dem sanften Tourismus weitere Impulse.

Wir werden die bisher stark hoheitlich ausgeprägte und häufig an reinen Prestigeprojekten ausgerichtete Naturschutzpolitik der derzeitigen Landesregierung durch eine breit angelegte Neukonzeption verbessern. Sowohl mit den erfolgreich arbeitenden Naturschutzverbänden als auch mit den betroffenen Grundeigentümern und Pächtern wollen wir neue Wege der Konsensfindung vor Ort beschreiten, das Instrument des Vertragsnaturschutzes stärker nutzen, die Gründung von Landschaftspflegeverbänden und kommunalen Umweltstiftungen initiieren und voranbringen.

Durch neue Zielkonzepte und eine Umschichtung von Fördermitteln werden wir trotz knapper öffentlicher Mittel den Natur- und Landschaftsschutz ausweiten und gleichzeitig für mehr Akzeptanz sorgen.

So wollen wir

- über eine Bundesratsinitiative die Bedingungen bei den EU-Flächen-Stilllegungsprogrammen dahingehend ändern, dass mit einer Vernetzung von Stilllegungsflächen eine Verbesserung des Artenschutzes und des Landschaftsbildes sicher gestellt wird;

- erreichen, dass über eine Erweiterung von Richtlinien weitergehende Maßnahmen zur Erhaltung, Pflege und Entwicklung von Natur und Landschaft, z. B. Feuchtwiesen-, Hecken- und Kopfbaumpflege- und Streuobstwiesenprogramme mit Pro-Land-Mitteln gefördert werden können;

- die vielen ökologisch auswertbaren Nadelwaldflächen für Ausgleichsmaßnahmen in Wert setzen. Dies schafft artenrei-

**Naturschutz mit den
Menschen gestalten.**

che Mischwälder, schont wertvolles historisches Ackerland, erleichtert den Kommunen die oftmals schwierige Suche nach Ausgleichsflächen und stellt gleichzeitig eine ökonomische Verbesserung für die Forstwirtschaft dar.

Durch weitere Maßnahmen werden wir den Bodenverbrauch und die Versiegelung soweit wie möglich verringern. Im Sinne des vorbeugenden Bodenschutzes werden wir mittelfristig die Forderung der Wissenschaft umsetzen, nach der der Eintrag von Schadstoffen in Böden auf ein Gleichgewicht zwischen unvermeidlichen Einträgen und unbedenklichen Austrägen zu begrenzen ist.

Bodenschonende Wirtschaftsweisen, wie z.B. bestimmte Formen der Minimalbodenbearbeitung, sparen Energie und schützen vor Erosion. Ihre weitere Verbreitung in der Praxis werden wir fördern.

Gewässer und Grundwasser brauchen langfristigen Schutz. Sie sind Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen. Ziel muss es sein, Schadstoffe in Gewässern weiterhin zu vermindern und die Oberflächengewässer in ihrem natürlichen Zustand zu erhalten.

Für Niedersachsen als Küstenland hat der Nordseeschutz existenzielle Bedeutung. Vor allem in der Schiffssicherheit gibt es viel zu verbessern. Umfassender Schutz an der Küste und an den Tidenströmen Ems, Weser und Elbe ist die wichtigste Voraussetzung für den Erhalt der Kulturlandschaft – und damit für die Lebensgrundlage der Menschen. Hochwassergefahren sind vor allem auch im Binnenland nicht gebannt. Deshalb: Retentionsräume sind freizuhalten. Maßnahmen, die Retention verbessern, tun Not. Wir brauchen einen sicheren Hochwasserschutz für Wohngebiete.

IV. Energieversorgung und Klimaschutz sichern

Wir wollen eine nachhaltige und zukunftsfähige Energieversorgung sichern, indem wir verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen in neue Energieerneuerungssysteme schaffen werden.

Die von Rot-Grün verfolgte Energiepolitik der einseitig technologiebezogenen Zielvorgaben, der starren staatlichen Regulierung und der dauerhaften Subventionierung führt zu überhöhten Kosten und gefährdet Arbeitsplätze. Wir setzen uns

für einen marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen ein, mit dem die Nachhaltigkeits- und Umweltziele zu den langfristig niedrigsten volkswirtschaftlichen Kosten erreicht werden.

Eine staatliche Anschubfinanzierung und die Förderung der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien werden wir durchführen, wenn durch einen Innovationsschub neue Arbeitsplätze und wirkliche Wertschöpfungseffekte sowie zusätzliche Exportchancen mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten sind. Im Flächenland Niedersachsen mit einem erheblichen Anteil kommunaler Energieversorgungsunternehmen sind dies z. B. Techniken zur direkten Biomassenutzung sowie zur Erzeugung gasförmiger und flüssiger Energieträger aus pflanzlichen und tierischen Stoffen; Technologien auf der Basis der Brennstoffzelle zur Stromerzeugung und als Kfz-Antrieb; Speichersysteme, die geeignet sind, das unzuverlässige Windstromangebot wirtschaftlich und bedarfsgerecht bereitzustellen; Beratungs- und Motivationsprogramme für Handwerker und Gebäudeeigentümer sowohl hinsichtlich des Einsatzes neuer energiesparender Technologien als auch der Durchführung von Altgebäudesanierungen; Systeme zur Nutzung der Sonnenenergie mit höheren Wirkungsgraden und reduzierten Kosten.

Die weitere Ausweisung von Vorrangflächen für Projekte der erneuerbaren Energien, insbesondere der Windenergie, gerade an den Küsten unseres Landes ist notwendig und muss auch bundesweit erfolgen. Gesichtspunkte der Raumordnung, des Natur- und Landschaftsschutzes, des Tourismus sowie der Fischerei müssen dabei allerdings berücksichtigt werden.

In Abwägung zwischen der permanenten Klimaschädigung durch Verbrennung fossiler Energieträger und dem beherrschbaren Risiko der friedlichen Nutzung der Kernenergie halten wir uns die Option „Kernenergie“ auch weiterhin offen. Für den Klimaschutz ist es notwendig, Kohlendioxidemissionen deutlich zu verringern. Durch den Betrieb von Kernkraftwerken wurden weltweit im Jahre 2001 etwa 10 % der gesamten Kohlendioxidemissionen vermieden. Die friedliche Nutzung der Kernenergie ist bei qualifiziertem und verantwortlichem Umgang mit der Technik sicher und umweltfreundlich. Die Neu- und Weiterentwicklung anderer CO₂-freier Energiequellen ist voranzutreiben.

Wir stehen auch zu unserer Verantwortung für eine sichere Endlagerung radioaktiver Abfälle. Es ist weiter zu überprüfen, ob sich der Salzstock Gorleben als Endlager eignet. Eine endgültige Entscheidung darüber muss nach abschließender wissenschaftlicher Bewertung fallen. Wer dieser vorgreift, verbaut sich mögliche Optionen und handelt mit Blick auf künftige Generationen verantwortungslos. Standortgemeinden von Endlagereinrichtungen sollen für das Vorhalten der dafür erforderlichen Infrastruktur und zum Ausgleich der dadurch verursachten Beeinträchtigungen, z. B. durch das erhöhte Verkehrsaufkommen und für Rufschäden, Ausgleichszahlungen vom Bund erhalten. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass am Ende der Wertschöpfungskette nur noch Kosten und keine Gewinne und damit auch keine Steuern entstehen.

V. Tierschutz verbessern

Die CDU räumt dem Tierschutz einen hohen Stellenwert ein. Tierschutz ist keine isolierte nationale Aufgabe, sondern er erfordert Solidarität über Grenzen hinweg. Wir fordern diese im Bereich der Tiertransporte, bei Tierversuchen in der Forschung, bei der art- und sachgerechten Nutztierhaltung und bei der Zucht und Haltung von Heimtieren.

Die CDU-Landesregierung wird sich für hohe Strafen bei Verstößen gegen das Tierschutzgesetz, insbesondere im Bereich der Tiertransporte einsetzen.

Wir wollen durch Aufklärung der Verbraucher dazu beitragen, dass sie durch ihr Einkaufsverhalten auf Tierschutzbedingungen Einfluss nehmen.

G. Für eine Stärkung des ländlichen Raums

I. Ländlichen Raum stärken

Eine gigantische Fehlentwicklung nimmt in Niedersachsen ihren Lauf: die verhängnisvolle Konzentration auf die Ballungsräume. Die SPD-Landesregierung hat den ländlichen Raum in den letzten Jahren massiv vernachlässigt. Dabei leben hier mehr als 5,2 Millionen Menschen – das sind zwei Drittel unserer niedersächsischen Bevölkerung.

Behörden ziehen ab, Polizei verschwindet, Bahn und Post ziehen sich zurück. Geschäfte, Krankenhäuser und Produktionsorte machen dicht, Standorte des Bundesgrenzschutzes und der Bundeswehr werden geschlossen. Der ländliche Raum blutet immer mehr aus.

Das Ausmaß der Arbeitsplatzverluste in den ländlichen Regionen ist alarmierend, in Handwerk, Handel wie Gewerbe. Fehlende und mangelhafte Verkehrsverbindungen tun ihr übriges. Gerade der Straßenbau ist hier für eine funktionierende Infrastruktur extrem wichtig. Hinzu kommt, dass auch Unternehmen ihre Ansiedlung von einem leistungsfähigen Straßennetz abhängig machen. Deshalb kann es nicht angehen, dass die Mittel für Landesstraßen seit 1990 um fast 50 % gekürzt worden sind. Immerhin sind dies die „Hauptverkehrsadern“ im ländlichen Raum. Das Radwegeprogramm liegt ebenfalls brach. Ortsumgehungen, die Verkehrssicherheit und dörfliche Lebensqualität bedingen, werden immer wieder aufgeschoben.

Es darf auch nicht sein, dass die Menschen erst viele Kilometer zurücklegen müssen, um notwendige und alltägliche Dinge zu erledigen, wie Einkäufe oder Bankgeschäfte. Hier müssen wir mit Dorfläden und Service-Stationen den Menschen entgegenkommen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Dorf- und Nachbarschaftsläden erhalten bleiben. Vor allem, um die Lebensbedingungen der nicht mobilen Bewohner in der Fläche zu erleichtern. Wir wollen auch, dass bei Standortverlagerungen von Behörden künftig ländliche und strukturschwache Gebiete bevorzugt werden und streben einer entsprechenden Regelung im Landesraumordnungsprogramm an. In diesem Zusammenhang ist das Zentrale-Orte-Konzept im ländlichen Raum maßvoll zu öffnen.

**Der ländliche Raum muss
auch in Zukunft attraktiv
bleiben.**

Die Fördermittel für die ländlichen Räume wurden in den letzten Jahren drastisch reduziert – oder sogar komplett eingestellt.

Trotz der europäischen Förderprogramme „Ziel 2“ und „ProLand“ sind die Finanzströme gezielt in die Ballungszentren gelenkt worden. Wir werden diese Missstände beseitigen.

Die Perspektiven für die Bevölkerung in ländlichen Regionen sollten genauso gut sein wie diejenigen für die Bewohner von Ballungsräumen. Die Potenziale sind da. Im ländlichen Raum sind die jungen Leute, der Nachwuchs, das humane Kapital. Hier gibt es eine mittelständisch geprägte Wirtschaft und dezentrale Strukturen. Je globaler unsere Wirtschaft wird, desto stärker ist der Zwang zu kleinen Einheiten, zu überschaubaren Größen. Das Örtliche und Vertraute, die Region und Heimat bekommen in der globalisierten Welt einen neuen Stellenwert.

**Wir schaffen ein Ministerium
für den ländlichen Raum.**

Um dem ländlichen Raum gerechter zu werden, wollen wir das jetzige Landwirtschaftsministerium in ein Ministerium für den ländlichen Raum umstrukturieren. Es wird um die Abteilung Wasserwirtschaft aus dem jetzigen Umweltministerium sowie um die Referate für Raumordnung aufgewertet. Dieses neu gestaltete Ressort soll im Kabinett Vetorecht haben. Auf diese Weise – durch den zuständigen Minister im Landeskabinett – werden wir verhindern, dass dem ländlichen Raum weitere Nachteile entstehen.

II. Die Landwirtschaft als einen wichtigen Arbeitgeber erhalten

Die niedersächsische Landwirtschaft ist trotz des erheblichen Strukturwandels nach wie vor einer der wichtigsten Arbeitgeber in unserem Land und die tragende Säule des ländlichen Raumes! Nach der Automobilindustrie ist die Landwirtschaft bei uns der zweitwichtigste Wirtschaftszweig. Jeder fünfte Erwerbstätige arbeitet im Agrar- und Ernährungssektor bzw. im vor- und nachgelagerten Bereich.

Unsere Vorstellungen von der Land- und Forstwirtschaft lauten: Sie arbeitet nachhaltig, flächendeckend und wettbewerbsfähig. Sie erzeugt qualitativ hochwertige Nahrungsmittel in regionaltypischer Vielfalt unter den Augen der Verbraucher. Tiere hält sie artgerecht und schützt sie als unsere Mitgeschöpfe. Pflanzen werden umweltschonend angebaut,

unsere lebens- und liebenswerte Natur- und Kulturlandschaft sorgsam geschützt und gepflegt. Das gilt für alle landwirtschaftlichen Produktionsformen im Rahmen der guten fachlichen Praxis.

Die SPD-Landesregierung hat immer wieder versprochen, unsere bäuerlichen Familienbetriebe zu unterstützen. Das Gegenteil ist richtig. Der Agraretat ist seit 1990 um die Hälfte zurückgefahren worden. Erstmals in der Geschichte Niedersachsens verschenkt das Land in diesem Jahr Bundesmittel in Höhe von 25 Mio. Euro aus der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz (GA), weil die Landesregierung sich weigert, die Gegenfinanzierung von 16 Mio. Euro sicherzustellen. Das ist ein Armutszeugnis für die SPD-Regierung!

Es ist unbegreiflich, in welchem Ausmaß Landes- und Bundesregierung die Landwirtschaft vernachlässigt und das Sterben der Bauernhöfe beschleunigt haben. Zukunftspessimismus und ein historisches Rekordtief bei Investitionen auf den Höfen kennzeichnen die Lage. Viele Betriebe stehen ohne eigenes Verschulden vor dem Ruin.

Das Gegeneinander von moderner, nachhaltiger sowie ökologischer Landwirtschaft muss aufhören. Beide Bewirtschaftungsformen haben ihre Berechtigung und verdienen unsere Unterstützung.

Alle niedersächsischen Bäuerinnen und Bauern brauchen Zukunftsperspektiven. Wir wollen den Landwirten ein verlässlicher Partner sein. Besonders die junge Generation erwartet hier ein ermutigendes Signal:

Es muss sich wieder lohnen, Landwirt zu sein

Wir wollen eine Offensive, die unseren Bauern Kostenentlastung und Standortsicherheit bringt. Ziel ist es, die Produktionskosten zu senken und Märkte besser zu erschließen.

Wir wollen sämtliche Auflagen und Vorschriften hinsichtlich ihrer Notwendigkeit und ihres Nutzens überprüfen. Reiner Bürokratismus ist hinderlich, effizientere Abläufe in Behörden sind wünschenswert. Genehmigungsverfahren für landwirtschaftliche Investitionsprojekte müssen zukünftig viel schneller ablaufen.

Offensive für die Bauern

**Für gleiche Wettbewerbs-
bedingungen in Europa.**

Die Wettbewerbsbedingungen für unsere Landwirtschaft müssen rigoros verbessert, EU-Richtlinien in nationales Recht umgesetzt werden – einheitlich in ganz Europa. Wir produzieren alle für den gleichen Markt. Deshalb müssen in allen Mitgliedsstaaten dieselben Standards für Wettbewerb, Natur-, Gesundheits-, Verbraucher- und Tierschutz gelten. Nationale Alleingänge, wie z. B. bei der Umsetzung der europäischen Umweltschutz-Vorschriften durch die rot-grüne Bundesregierung lehnen wir ab. Sie belasten unsere Landwirtschaft mit unzumutbaren Wettbewerbsnachteilen.

So ist die deutsche Landwirtschaft im EU-Vergleich bei der Mineralölsteuer massiv benachteiligt. Hier fordern wir, entweder Wettbewerbsneutralität herzustellen oder – durch eine entsprechende Bundesgesetzgebung – den Steuernachteil für die deutschen Landwirte auszugleichen. Auch die Ökosteuer belastet die deutschen Landwirte einseitig.

Die Bundeszuschüsse für das agrarsoziale System sind gekürzt worden. Unsere Landwirte müssen daher erheblich höhere Beiträge in Kauf nehmen. Wir fordern deshalb eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des agrarsozialen Sicherungssystems. Vor allem sind nötig: eine Reform der landwirtschaftlichen Unfallversicherung, die Wiedereinführung der Vorruhestandsregelung und eine Senkung der Verwaltungskosten.

Die im Agrarbereich durch die so genannten Modulation vorgesehenen Kürzungen von EU-Fördermitteln werden wir wieder vollständig der Landwirtschaft zuführen, unter anderem zur Finanzierung der oben beschriebenen Maßnahmen.

Wir fordern weiter eine Reform der Gemeinschaftsaufgabe. Die Mittel müssen neben den notwendigen Maßnahmen für Küsten- und Hochwasserschutz im Binnenland wieder auf die agrarstrukturellen Schwerpunkte konzentriert werden. Wie etwa einzelbetriebliche Förderung, verbesserte Marktstrukturen, Flurneuordnung und die Wiedereinführung der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete.

III. Landwirtschaft und Naturschutz verbinden

Wir wollen die Erfahrungen der Landwirtschaft verstärkt für den Naturschutz nutzen. Die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes ist ein Rückschlag. Denn Erfolge werden für den Naturschutz nur mit der Landwirtschaft erreicht – nicht gegen sie.

Wir werden dafür sorgen, dass folgende Dinge gesetzlich verankert werden:

- eine gerechte Ausgleichsregelung für Naturschutzleistungen, die über die gute fachliche Praxis hinausgehen,

- eine Stärkung des Vertragsnaturschutzes.

Landwirtschaftliche Produktion vermindert CO₂ und produziert Sauerstoff. Dieser Effekt kann noch erheblich gesteigert werden durch den gezielten Anbau von Energie- und Rohstoffpflanzen. Damit leistet die Landwirtschaft aktiven Klimaschutz. Wir werden uns dafür einsetzen, dass diese Beiträge zum Gemeinwohl angemessen honoriert werden.

Der Wald erfüllt für das Allgemeinwohl vielfältige Funktionen im Hinblick auf Naturschutz, Artenschutz, Trinkwasserschutz, Klimaschutz und Erholung. Die Erträge aus der Waldbewirtschaftung sind in den letzten Jahrzehnten dramatisch zurückgegangen. Etwa 50 % des Waldes liegt in Privateigentum, daher haben insbesondere die Privateigentümer die Einbußen zu tragen. Um den vielfältigen hohen sozialen Ansprüchen auch in Zukunft gerecht zu werden, muss der Privatwald wieder fit gemacht und gefördert werden. Wir wollen z. B. die Bildung von forstwirtschaftlichen Vereinigungen zur Bündelung vieler kleiner Zusammenschlüsse vorantreiben mit der Zielsetzung, über die Beratung das Programm LÖWE weiter auszudehnen und die Vermarktung von Holzprodukten zu optimieren. Die forstfachliche Betreuung ist von erheblicher Wichtigkeit und muss auch künftig gefördert werden.

Wir werden zukunftssträchtige Technologien bei der energetischen Nutzung von Biomasse stärker fördern und die Rahmenbedingungen für den Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen verbessern. So sind z.B. der Bau von Holzheizkraftwerken und Biogasanlagen sowie der Einsatz von Bioölen und Bioverpackungen nachhaltig zu unterstützen. Hier müssen wir für marktgerechte, aber auch attraktive Preise für den nachwachsenden Rohstoff sorgen.

Wir streben an, dass Niedersachsen bei der Forschung zum Thema regenerierbarer Energieträger Spitzenreiter in Deutschland wird. Damit bieten wir der Landwirtschaft moderne, zukunftsweisende Einkommensquellen, leisten einen Beitrag für unsere Umwelt und schaffen Wachstumspotenzial für unsere Wirtschaft.

IV. Verbraucher schützen

Die Nahrungsmittelproduktion muss sich an den berechtigten Ansprüchen der Verbraucher orientieren. Es ist gemeinsame Aufgabe von Staat und Wirtschaft, für Sicherheit und Qualität zu sorgen. Für alle, auch für importierte Nahrungsmittel müssen die nach dem Stand der wissenschaftlichen Erkenntnisse notwendigen Standards für gesunde Nahrungsmittel gelten. Die „gläserne Nahrungsmittelkette“ ist Grundlage des gegenseitigen Vertrauens: Sicherheit und Transparenz – vom Erzeuger bis zum Endverbraucher.

Gläserne Nahrungsmittelkette

Qualitätssicherung auf Erzeugerseite ist wichtig, um das Vertrauen der Verbraucher wieder aufzubauen. Die jüngsten Lebensmittelskandale führen zu gravierenden wirtschaftlichen Schäden in der Landwirtschaft. Das Vertrauen der Verbraucher ist geschwunden. Es muss alles getan werden, um solche Katastrophen künftig zu vermeiden. Dazu gehört auch, für zuverlässige Informationen zu sorgen. Nur durch schnelles Erkennen und Eingreifen lassen sich die Gefahren für den Verbraucher reduzieren und Krisenmanagement betreiben. Wir werden dafür sorgen, dass die zuständigen Kontrollstellen für Düngung, Pflanzenschutz, Futter- und Lebensmittel gut ausgestattet sind und systematisch zusammenarbeiten. Verbraucherschutz ist bei uns in den besten Händen.

V. Die Europäische Union nutzen

Die Landwirte müssen sich darauf verlassen können, dass die Agenda-Beschlüsse vom Dezember 1999 bis zum Ende der Vertragslaufzeit im Jahre 2006 gültig sind.

Die Vorschläge von EU-Kommissar Fischler – im Kern geht es um die Entkopplung der Produktion von den Direktbeihilfen – sind auch unserer Meinung nach Grundlage für die EU-Agrarpolitik nach 2006.

Unsere Bauern müssen jedoch planen können, sie brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Deshalb fordern wir, dass zukünftige Reformschritte langfristig angelegt werden. Die Änderungen der gemeinsamen Agrarpolitik für die Zeit nach 2006 werden wir kritisch prüfen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass nachteilige Entwicklungen, auch in den vor- und nachgelagerten Bereichen durch geeignete Maßnahmen aufgefangen werden.

Einheitlichkeit brauchen wir auch bei Zulassungsbedingungen und Vorschriften für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Die europäische Mittelzulassung und ihre Nutzbarkeit sind unser Ziel. Nicht nur im Interesse der deutschen Landwirtschaft, sondern genauso des deutschen Verbrauchers, der europäische Produkte konsumiert.

H. Für ein sicheres Niedersachsen

I. Freiheit und Sicherheit schaffen

**Freiheit ist ohne Sicherheit
nicht denkbar.**

Nicht erst seit dem 11. September 2001 hat die innere Sicherheit für die CDU höchste Priorität. Freiheit ist ohne Sicherheit nicht denkbar. Es ist die erste Aufgabe des Staates, die Sicherheit seiner Bürger zu gewährleisten, damit sie in Frieden und Freiheit leben können. Wer die Freiheit der Bürger gegen ihre Sicherheit ausspielt, wird am Ende beides verlieren. Dauerhafte Erfolge bei der Kriminalitätsbekämpfung sind nur zu erzielen, wenn die politisch Verantwortlichen die innere Sicherheit als zentrales Anliegen der Bevölkerung verstehen und sich konsequent dafür einsetzen. Das Vertrauen der Bürger in den demokratischen Rechtsstaat basiert nicht zuletzt darauf, dass er die innere Sicherheit wohlüberlegt, wirksam und schnell gewährleistet.

Die Wahrung von Recht und Gesetz bildet den Grundstock für die Freiheit und die Lebenschancen der Menschen. Ohne innere Sicherheit gibt es keine Lebensqualität, können Menschen sich nicht entfalten, bleibt die persönliche Freiheit ein leeres Versprechen. Die innere Sicherheit hat deshalb den Charakter eines sozialen Grundrechts. Sie ist darüber hinaus ein eminent wichtiger Standortfaktor. Dazu bedarf es des staatlichen Gewaltmonopols. Die polizeiliche Kriminalstatistik der letzten zehn Jahre belegt: Ein wirklicher Durchbruch bei der Bekämpfung der Kriminalität ist in Niedersachsen nicht gelungen. Vielmehr stagnieren die Kriminalitätszahlen auf hohem Niveau oder haben in einzelnen Bereichen sogar zugenommen. Es ist erschreckend: die Kriminalitätsbelastung im Vergleich zum Vorjahr ist angestiegen und die Aufklärungsquote sogar gefallen. In Bayern werden zwei von drei Straftaten aufgeklärt – in Niedersachsen nur jede zweite.

Jeder Bürger hat einen Anspruch auf Sicherheit. Gerade in einem demokratischen Rechts- und Sozialstaat besitzt die persönliche Sicherheit einen elementaren Stellenwert. Sie darf nicht vom sozialen Status abhängen. Niedersachsen muss daher mehr für die innere Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger leisten. Gefragt ist ein strategischer Gesamtansatz in der inneren Sicherheit und kein zielloser Sicherheitsaktionismus.

Kriminelle müssen mit Nachdruck verfolgt, gestellt und rasch verurteilt werden. Die Devise „Opferschutz vor Täterschutz“ darf nicht zur leeren Floskel verkommen. Die

Rechte der Bürger und insbesondere der Opfer von Verbrechen haben Vorrang vor möglichen Erleichterungen für überführte Straftäter. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der sich die Bürger sicher fühlen und ohne Angst vor Verbrechen frei bewegen können. Ein entschlossenes und frühzeitiges Eintreten gegen Rechtsverletzungen, Ordnungsstörungen und Verwahrlosung unterstützen wir nachdrücklich.

II. Mehr Polizei vor Ort einsetzen

Um wirksam Bürger zu schützen und Verbrechen zu bekämpfen, sind einige Voraussetzungen für unsere Polizisten vonnöten: gute Ausbildung, moderne Ausstattung, leistungsgerechte Bezahlung und bürgernaher Einsatz. Allerdings ist Niedersachsens Polizei an ihre Grenzen gestoßen – was Arbeitsbelastung und Überstunden betrifft.

Polizeipräsenz stärken.

1 000 zusätzliche Polizeistellen

Für das subjektive Sicherheitsempfinden muss die Polizei vor Ort präsent sein. Nur: Nach 13 Jahren SPD Landesregierung hat Niedersachsen die geringste Polizeidichte in ganz Deutschland. Ein Polizist für 452 Einwohner, auf dem Land sogar oft nur für 900 Einwohner – eine desolate Situation. Diese fatale Entwicklung hat sich in den letzten Jahren zugespitzt. Die SPD-Landesregierung hat seit 1995 580 Planstellen eingespart und mehr als 400 Stellen im Polizeibereich nicht besetzt.

Wir werden diese miserable Personalsituation anpacken. In den nächsten vier Jahren werden wir 1 000 zusätzliche Polizeistellen schaffen, die Ausbildungskapazitäten umgehend entsprechend erhöhen.

Wer heute allerdings eine Polizeianwärterin oder einen Polizeianwärter einstellt, kann diesen erst in drei bzw. fünf Jahren einsetzen. Deswegen ist ein rasches Notprogramm erforderlich: 500 Beamte mit mittlerem Bildungsabschluss werden wir so qualifiziert ausbilden, dass sie sofort danach bestimmte vollzugspolizeiliche Aufgaben übernehmen können. Ferner ist zu prüfen, inwieweit Aufgaben, die nicht zwingend von Polizeivollzugsbeamten wahrgenommen werden müssen, auf Angestellte übertragen werden können.

Die Bereitschaftspolizei in Niedersachsen werden wir personell verstärken, damit die vorhandenen Einsatzstärken wieder dem Soll entsprechen. Die Landesbereitschaftspolizei ist ganz wesentlich für öffentliche Sicherheit und Ordnung zuständig. Deswegen ist es fatal, wenn die Regierung die reale Personalstärke bis zu einem Drittel unter die Soll-Stärke herunterfährt.

Auch bei der Ausbildung des Nachwuchses leistet die Bereitschaftspolizei einen unschätzbaren Dienst. Ihre Mindestverweildauer muss deshalb eingehalten werden. In Anbetracht ihrer bisherigen Belastungen – etwa bei Castor-Großdemonstrationen – braucht sie zusätzlich personelle Verstärkung.

Wir wollen für Niedersachsen die beste Polizei. Mit dem „Zukunftsprogramm Polizei“ werden wir für eine bessere materielle und technische Ausstattung der Polizei sorgen. Wir werden unsere Polizei bis 2006 mit Digitalfunk ausstatten und jedem Beamten eine moderne Schutzweste zur Verfügung stellen.

Zukunftsprogramm Polizei

Wie in anderen Berufszweigen ist auch hier Spezialisierung in der Ausbildung gefragt. Gerade der Generationswechsel bei den Kriminalbeamten und zunehmende organisierte Kriminalität erfordern eine gezieltere Ausbildung. Sinnvoll ist es daher, nach dem Grundstudium an den Fachhochschulen eine Aufteilung vorzunehmen: in die Schwerpunkte „Kriminaldienst“ und „Schutzpolizeidienst“.

Mit neu organisierten schlankeren Strukturen in den Behörden werden wir dafür sorgen, dass unsere Polizisten für die Bürger kompetente und effiziente Ansprechpartner sind. Grundsätzlich sollten Organisationsstrukturen den räumlichen Zuschnitten der Landkreise entsprechen.

Im Wege der Aufgabenverlagerungen weg von den Bezirksregierungen werden wir bis zu zehn Polizeidirektionen im Lande schaffen, die neben den behördlichen noch weitere Aufgaben übernehmen: Koordination und spezielle Aktivitäten, um Schwermriminalität zu bekämpfen. Ferner wollen wir die Kommunikation zwischen Bürger und Polizei verbessern: durch „Bürgerbüros“ der örtlichen Polizei im ländlichen Raum.

III. Befugnisse für die Polizei erweitern – ein neues Gesetz für Sicherheit und Ordnung

Die Polizei muss zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung die Möglichkeit erhalten, bereits bei dringenden Gefahren für die öffentliche Sicherheit, Wohnungen betreten zu dürfen. In Anbetracht der wachsenden Bedrohungen durch Terrorismus und organisierte Kriminalität ist es notwendig, die Befugnisse der Polizei zur Wohnraum- und Telekommunikationsüberwachung zu erweitern. Ferner sollte in das neue Polizeigesetz eine ausdrückliche Regelung des so genannten finalen Rettungsschusses aufgenommen werden. Damit soll die unzumutbare Situation für unsere Polizeibeamten beendet werden, trotz korrektem Verhalten in gesetzliche Grauzonen zu gelangen und nur mithilfe des Notwehrparagrafen straffrei zu bleiben. Zudem muss der Begriff der „öffentlichen Ordnung“, der in der Regierungszeit von Rot-Grün abgeschafft wurde, als zu schützendes Rechtsgut wieder in das Gesetz aufgenommen werden, um den Polizeibehörden ein Vorgehen bei Verstößen gegen ungeschriebene Ordnungsvorstellungen zu ermöglichen.

Auch wollen wir Sicherheit und Ordnung in den Städten und Gemeinden, unter anderem auf der Grundlage von kommunalen Gefahrenabwehrverordnungen, konsequent durchsetzen. Gerade auf lokaler Ebene, wo sich zuerst kleinkriminelle Strukturen auswirken, sind Ursachen und kriminalitätsfördernde Umstände zu beseitigen. Deshalb fordern und fördern wir die Einrichtung von kommunalen Präventionsräten. Wir wollen an gefährdeten Orten die Videoüberwachung gezielt einsetzen.

IV. Auch Bagatelldelikte sind Straftaten

Innere Sicherheit gibt es nicht ohne die Wahrung des Rechtsbewusstseins der Menschen. Deshalb darf es eine „Entkriminalisierung“ so genannter Bagatelldelikte wie Ladendiebstahl, Schwarzfahren oder Graffiti-sprayen nicht geben. Wir werden das Gewaltmonopol des Staates wahren und gegen jeden Versuch verteidigen, es zu untergraben. Wir wollen eine konsequente Strafverfolgung unabhängig vom Umfang des Schadens, der durch die Straftat verursacht wird. Alle „Bagatelldelikte“ müssen unmittelbar durch den Staat verfolgt werden.

Wir wollen gerade im Bereich der Kleinkriminalität die Sanktionsquote erhöhen und die Strafverfahren beschleunigen. Dabei ist es notwendig, ein abgestimmtes Verfahren zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft zu fördern.

V. Kinder- und Jugendkriminalität abbauen

Seit Beginn der 90er-Jahre ist die Kriminalität von Jugendlichen stark angestiegen. Knapp ein Drittel aller Tatverdächtigen waren 2001 unter 21 Jahren. Wir wollen verhindern, dass junge Menschen in kriminelle Strukturen abdriften und sich ihr Leben verbauen. Dazu brauchen sie Perspektiven; diese aufzuzeigen, ist eine Aufgabe von Politik und Gesellschaft. Eine gute Schulausbildung, die sichere Aussicht auf einen Ausbildungsplatz, Chancen auf dem Arbeitsmarkt sind zentrale Aspekte, die Kriminalität verhindern helfen.

Eine kluge Strategie der inneren Sicherheit besteht aus mehr als rein repressiven Maßnahmen und gesetzlichen Drohungen. Verantwortungsbewusste Politik muss jungen Menschen Chancen eröffnen, in der Gesellschaft positiv mitzuwirken. Eine Erziehung, die Werte vermittelt und zu sozialer Kompetenz anleitet, ist immer noch die beste Form der Prävention. Dies geschieht nicht nur in Familien, Kindergärten und Schulen, sondern auch in Freizeiteinrichtungen, kirchlicher Jugendarbeit und zahlreichen Vereinen. Hier werden elementare Beiträge geleistet. Nicht nur die Gesellschaft, sondern auch die Politik hat diese Einrichtungen nach Kräften zu unterstützen.

Prävention verbessern.

Studien haben gezeigt, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen dem Beginn einer kriminellen „Karriere“ und dem fortgesetzten Fernbleiben aus der Schule. Die CDU will diesem Problem aktiv begegnen. Speziell ausgebildete Jugendbeamte der Polizei werden sich um gefährdete Jugendliche und notorische Schulschwänzer kümmern und diese in den Unterricht zurückbringen, um ggf. frühzeitig ein Abgleiten in die Kriminalität zu verhindern. Diese Aktivitäten der Polizei erfolgen allerdings ausschließlich in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit Eltern, Schulen und Behörden.

Zusätzlich wollen wir ambulante Familienhilfen besser fördern. Denn intakte Familien erziehen eher gewaltfreie Kinder. Ferner müssen die bestehenden offenen Heime finanziell gesichert und nach Bedarf ausgebaut werden. In besonders schweren Fällen muss jedoch auch die Möglichkeit einer sicheren geschlossenen Heimunterbringung gewährleistet sein.

Zur Bekämpfung der Jugendkriminalität sind aber auch Sanktionsmöglichkeiten im Jugendstrafrecht erforderlich. So sollten z. B. ein „Warn- oder Einstiegsarrest“, d. h. die Möglichkeit der Verhängung von Jugendarrest neben einer Bewährungsstrafe und die Verankerung des Fahrverbots als Erziehungsmittel möglich sein. Straftäter zwischen 18 und 21 Jahren sind in der Regel nach dem Erwachsenenstrafrecht abzuurteilen. Das Jugendstrafrecht ist nur in begründeten Ausnahmefällen anzuwenden. Für hochgradig gefährdete und kriminelle Kinder und Jugendliche muss im Rahmen erzieherischer und therapeutischer Gesamtkonzepte eine geschlossene Heimunterbringung ermöglicht werden. Da gerade bei jungen Straftätern die erzieherischen Sanktionen der Tat auf dem Fuß folgen muss, sind Maßnahmen zur Beschleunigung von Jugendgerichtsverfahren notwendig. Wir fordern darüber hinaus kriminalpolizeiliche Sondereinheiten in besonders belasteten Gebieten, die in enger Abstimmung mit Sozialarbeitern, Jugendämtern sowie den Schulen gegen Kinder- und Jugendkriminalität vorgehen.

Zudem sind gerade bei der präventiven Bekämpfung der Jugendkriminalität in Aussiedler- bzw. Ausländerfamilien die integrativen Maßnahmen zu verbessern. Das Erlernen und Beherrschen der deutschen Sprache ist ein Schlüsselfaktor, um ein Abdriften in die soziale und kulturelle Isolation zu vermeiden. Nur so kann den sich herausbildenden Parallelgesellschaften der Boden entzogen werden.

VI. Organisierte Kriminalität bekämpfen

Besonderes Augenmerk verdient die Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Die Ermittlungstätigkeit von Polizei und Staatsanwaltschaft wird durch die vielfach konspirativen Strukturen der organisierten Kriminalität erschwert. Den Strafverfolgungsbehörden sind die Hintermänner häufig bekannt. Aufgrund der besonderen abgeschotteten Arbeitsebenen und Methoden fehlen aber die Beweise. Die Strafverfolgung ist deshalb bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität auf effektive verdeckte Ermittlungsmethoden angewiesen. Um in Gerichtsverfahren verlässliche Zeugen zu bekommen, ist es erforderlich, die Zeugenschutzprogramme sowohl für inländische als auch für ausländische Zeugen zu verbessern, um so jegliche Gefährdung und Bedrohung zu verhindern.

Organisierte Kriminalität ist „Kontrollkriminalität“. Kriminelle Strukturen müssen zunächst erkannt werden. Das hängt ganz entscheidend davon ab, mit welcher Intensität und mit welchen rechtlichen Befugnissen sie bekämpft werden können. Nur erfahrene, speziell ausgebildete Kriminalbeamte und Staatsanwälte sind Garanten für den Erfolg im Kampf gegen die organisierte Kriminalität. Dazu benötigen sie Ermittlungstechnik, die auf dem neuesten Stand ist.

Um eine wirkungsvolle Bekämpfung der organisierten Kriminalität gewährleisten zu können, fordern wir den Einsatz von akustischen und optischen Mitteln der elektronischen Wohnraumüberwachung ohne Beweiserhebungsverbot für bestimmte Berufsgruppen, einheitliche Rechtsgrundlagen in allen Bundesländern zum Einsatz von verdeckten Ermittlern, die Wiedereinführung der Kronzeugenregelung sowie die Rücknahme der Einschränkung bei der Überwachung von Mobiltelefonen. Zudem wollen wir den Verfassungsschutz bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität einbinden und die Initiativermittlung der Polizei zulassen. Ebenso müssen die Beweislastumkehrung bei der Bekämpfung der „Geldwäsche“, die Vermögensabschöpfung krimineller Gewinne und die Aufhebung des Steuergeheimnisses in Fällen der organisierten Kriminalität ermöglicht werden.

VII. Drogenmissbrauch nicht tolerieren

Ein weiterer Schwerpunkt im Bereich der inneren Sicherheit kommt der Bekämpfung der Rauschgiftkriminalität zu. Die polizeiliche Kriminalstatistik 2001 hat deutlich vor Augen geführt, dass sich die Rauschgiftkriminalität weiterhin auf hohem Niveau hält. Illegaler Rauschgifthandel hat im Vergleich zum Vorjahr weiter zugenommen. Niedersachsen braucht deshalb eine konsequente Anti-Drogen-Politik. Von 1992 bis 2001 ist in Niedersachsen die Anzahl der Rauschgiftdelikte von 13 228 auf 23 240 (75,7 %) angestiegen. Jeglicher Verstoß, auch der von Verbrauchern, muss geahndet werden. Unkontrollierte Drogenabgabe und straffreier Drogenhandel darf es nicht mehr geben. Die Union lehnt alle Forderungen nach Liberalisierung der Freigabe von weichen Drogen ab.

Keine Freigabe von Drogen.

Dagegen werden wir Drogenabhängigen auch künftig durch Beratung, Angebote zum Entzug und durch Therapie- und Rehabilitationsmaßnahmen helfen, von ihrer Sucht loszukom-

men. Methadon darf nur unter strenger ärztlicher Kontrolle abgegeben werden. Die Aufklärung junger Menschen über die Folgen des Konsums von Drogen, insbesondere auch von Ecstasy und anderen Designerdrogen, muss intensiviert werden. Dealen ist kein Kavaliersdelikt. Gerade auch an Schulen muss der Kampf gegen Drogen zum Schutz der Jugendlichen intensiviert werden.

Erstes Ziel einer verantwortlichen Drogenpolitik muss es sein, die Anzahl der Drogenkonsumenten möglichst gering zu halten. Die CDU in Niedersachsen hält dabei an den bewährten drei Säulen Prävention, Strafverfolgung und Therapie fest. Der Kampf gegen Drogen muss entschlossen fortgesetzt werden, durch Einschränkung der Nachfrage, durch Vorbeugung, durch Hilfe für Abhängige und konsequentes Vorgehen gegen Dealerkriminalität. Gerade auch im Hinblick auf den Jugendschutz werden wir den so genannten Ameisenhandel der Kleindealer entschlossen bekämpfen. Wir befürworten daher auch seit längerem die Verabreichung von so genannten Brechmitteln, d.h. Substanzen, die bei mutmaßlichen Drogendealern den Ausstoß verschluckter Drogenmengen hervorrufen. Offene Drogenszenen wird es in Niedersachsen bei einer unionsgeführten Regierung nicht geben.

VIII. Opferschutz konsequent verwirklichen

Wir wollen den Schutz und die Betreuung von Kriminalitätsoptionen verbessern und das Risiko, Opfer eines Verbrechens zu werden, reduzieren. Hierzu setzen wir einerseits auf Aufklärung und Prävention und andererseits auf die stärkere Berücksichtigung der Opferbelange in Ermittlungsverfahren und die nachsorgende Betreuung von Opfern. Die Rechte der Opfer im Verfahren gegen jugendliche und heranwachsende Täter müssen verbessert werden. Es dient dem Schutz der Bevölkerung vor gefährlichen Rückfalltätern, wenn künftig die nachträgliche Sicherungsverwahrung von Sexualstraftätern gesetzlich ermöglicht wird, von denen mit großer Sicherheit bei einer Haftentlassung Gefahren für Leib und Leben anderer Menschen ausgehen.

Kriminelle müssen konsequent verfolgt, gestellt, überführt und schnell, ihrer Tat angemessen, verurteilt werden. Bei Wiederholungstätern ist dabei besonders auf ein Strafmaß mit vorbeugender Wirkung zu achten. Strafverfahren müssen, wo immer möglich, weiter beschleunigt werden. Kriminelle

Opferschutz vor Täterschutz.

Ausländer sind unverzüglich des Landes zu verweisen. Eine Abschiebung und eine Haftverbüßung im Ausland soll bereits bei einem Strafraum von einem Jahr Freiheitsstrafe möglich sein. Wir räumen den Rechten der Bürger und insbesondere der Opfer von Verbrechen Vorrang vor möglichen Erleichterungen für überführte Straftäter ein.

IX. Sichere Haftanstalten ausbauen

Eine der wichtigsten Aufgaben des Staates ist es, unsere Gesellschaft vor gefährlichen Straftätern zu schützen. Werden sie zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, müssen sie in unseren Haftanstalten durch einen konsequenten Strafvollzug sicher untergebracht werden.

Dabei gibt es derzeit Probleme: überalterte Haftanstalten, schlechte Ausstattung – personell wie materiell, permanente Überbelegung – all das verursacht Sicherheitsrisiken. Hier ist Entschärfung gefragt.

Konsequenter Strafvollzug.

Nur durch zusätzliche, moderne und sichere Haftplätze kann der Überbelegung begegnet werden. Die CDU bekennt sich auch in Zeiten finanzieller Engpässe zum Bau neuer Haftanstalten.

Der Anteil an ausländischen Strafgefangenen ist hoch. Hier bedarf es zusätzlich einer konsequenten Abschiebung straffälliger Ausländer zur Vollstreckung der Haft- bzw. Reststrafe im jeweiligen Heimatland. Die rot-grüne Bundesregierung hat die entsprechenden Abkommen zwischen Deutschland und den jeweiligen Heimatländern lange verzögert – ein schneller Abschluss ist bitter nötig.

Zur weiteren Entlastung der Haftanstalten wollen wir Ausreiseeinrichtungen schaffen, in denen die Rückführung ausreisepflichtiger Ausländer, die nicht ausreisen wollen, optimiert werden sollen.

Ein weiterer Schritt gegen die Überbelegung ist das Verhängen von Hausarrest mit elektronischen Fußfesseln und die Verurteilung zu gemeinnütziger Arbeit anstelle einer Freiheitsstrafe. Sinnvoll ist diese Lösung immer dort, wo keine Gefahren für die Öffentlichkeit zu erwarten sind, etwa bei Freiheitsstrafen für nicht bezahlte Geldbeträge.

X. Die Gerichte entlasten

Der Geschäftsanfall der Gerichte steigt vor allem durch zunehmende zivilrechtliche Bagatellstreitigkeiten kontinuierlich an. Die Folgen: überlastete Gerichte, lange Prozesse, hohe Kosten.

Diese Entwicklung wollen wir beenden. Darum setzen wir uns vorrangig dafür ein, die sachliche und personelle Funktionsfähigkeit unserer Gerichte sicherzustellen und die Gerichtsverfahren einfacher, effizienter und schneller zu gestalten. Dabei ist die flächendeckende Einführung digitaler Techniken (*e-justice*) voranzutreiben. Auch die Einführung außergerichtlicher Streitschlichtungs- und Mediationsverfahren für Streitigkeiten können zur Entlastung der Gerichte beitragen. Hierbei kann nach vereinfachten Regeln verfahren werden. So können im Ergebnis Streitigkeiten vermieden oder viel schneller und kostengünstiger beigelegt werden. Ebenso wird ein solches Verfahren für ein besseres Miteinander der Bürger sorgen, weil im Gegensatz zu förmlichen Gerichtsverfahren ausschließlich auf einvernehmliche Lösungen zwischen den Streitparteien abgezielt wird.

XI. Extremismus bekämpfen

Die Ereignisse des 11. September 2001 haben es schmerzhaft vor Augen geführt: eine wirksamere Bekämpfung von Extremismus, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist dringend notwendig. Entschlossenheit ist dabei ebenso wichtig wie Besonnenheit.

Extremisten und Terroristen dürfen keine Chance in unserem Land haben. Um unsere Demokratie gegen sie zu schützen, werden wir ihnen mit allen rechtsstaatlich gebotenen Mitteln entgegentreten. Gewalt gegen Ausländer und Minderheiten werden wir unnachsichtig verfolgen.

Jede politische Zusammenarbeit mit extremistischen Parteien lehnen wir ab. Alle demokratischen Parteien fordern wir auf, dies ebenfalls zu tun – überall in Deutschland. Wir werden gegen politisch extremistische islamistische Vereinigungen in Niedersachsen vorgehen. Dies schließt die Möglichkeit eines Verbots solcher Organisationen ausdrücklich ein.

Um den Extremismus in Niedersachsen wirkungsvoll zu bekämpfen, werden wir ein Anti-Terror-Programm auflegen, das nicht nur einen technischen und personellen Ausbau vorsieht,

**Extremismus entschlossen
bekämpfen.**

sondern auch die Informationsvernetzung und -sammlung der mit der Bekämpfung von Extremismus betrauten Stellen verbessert.

Zudem werden wir uns im Bundesrat dafür einsetzen, dass ein neues Zuwanderungsgesetz bei der Gewährung eines dauerhaften Niederlassungsrechts und der Einbürgerung von Ausländern die Regelanfrage beim Verfassungsschutz vorsieht.

XII. Den Verfassungsschutz stärken

Die SPD hat unter ihrer Regierungsverantwortung das Personal des niedersächsischen Verfassungsschutzes nahezu halbiert. Wir werden sowohl die personellen und materiellen Ressourcen als auch die gesetzlichen Grundlagen des Landesamtes für Verfassungsschutz den neuen Herausforderungen für die innere Sicherheit anpassen. Nur ein starker Verfassungsschutz wird einen wichtigen Beitrag als Informations- und Frühwarnsystem in unserem Land leisten können. Wir werden die technische und personelle Ausstattung des Verfassungsschutzes zielgerichtet forcieren, damit vor allem die Nachrichtenbeschaffung und -auswertung im ausländischen Extremismus und Terrorismus verbessert und das neue Aufgabenfeld „Organisierte Kriminalität“ ermöglicht werden kann.

XIII. Korruption bekämpfen

Korruption wird zunehmend problematisch – auf unterschiedlichen politischen Ebenen. Erhebliche materielle Schäden, ein unterhöhltes Vertrauen des Bürgers in Staat und Gesellschaft – die Auswirkungen sind komplex.

Ohne ein funktionierendes Rechtssystem gibt es keine dauerhafte Garantie für soziale Leistungen und Infrastruktur. Eine Verwaltung, die sich bestechen lässt, eine Wirtschaft, die korrupt ist, sind der beste Nährboden für die organisierte Kriminalität und eine ernste Bedrohung für den Rechtsstaat.

Korruption zu bekämpfen, hat deshalb für uns eine herausragende Bedeutung. Ressortübergreifend werden wir eine Arbeitsgruppe einsetzen, die Konzepte zur Vorbeugung und Bekämpfung der Korruption erarbeitet. Unter Einbeziehung des Sachverständigen aller Strafverfolgungsbehörden, der Ministerien, des Landeskriminalamtes und der Leiter anderer Behörden

sind Vorschläge zur besseren Korruptionsvorsorge und zur Bekämpfung der Korruption zu erarbeiten.

Wir fordern zudem, die Kronzeugenregelung auch bei Korruptionsverdacht einzuführen. Wir regen bei der Korruptionsbekämpfung wie bei der Steuerhinterziehung das Instrument der straflosen Selbstanzeige an. Zudem werden wir eine direkte Zusammenarbeit der Staatsanwaltschaften mit dem Landeskriminalamt in Fragen der Korruptionsbekämpfung und -vorsorge unterstützen. Wir werden gezielt Vorbildungsschulungen zur Erkennung von Korruptionsfallen und Gefahren im öffentlichen Dienst durchführen lassen. Generell fordern wir die Einführung eines Ehrenkodex für alle kommunalen Mandats- und Amtsträger, Abgeordneten, Regierungsmitglieder und politischen Beamten.

**Kronzeugenregelung auch bei
Korruptionsverdacht.**

XIV. Computerkriminalität angehen

Wir werden eine Offensive gegen die zunehmende Computerkriminalität in die Wege leiten. Dazu gehört die gezielte Aus- und Fortbildung der Polizeibeamten auf allen Ebenen, die Gewinnung von EDV-Spezialisten durch die Schaffung attraktiver Beschäftigungsverbindungen, die systematische Auswertung des Internets auf strafbare Inhalte durch eine „virtuelle Streife“ sowie die Verstärkung der Vorbeugung und der Beratung bei Computerkriminalität.

XV. Bevölkerung schützen

Mit den Terrorangriffen in den USA ist eine neue Dimension der Bedrohung deutlich geworden. Diese neue Bedrohungssituation erfordert eine Neuorientierung des Katastrophenschutzes. Wir brauchen den Auf- und Ausbau eines Zivil- und Katastrophenschutzes auf einem Niveau, das den neuen Herausforderungen und Bedrohungen gerecht wird und das einen umfassenden Schutz der Bevölkerung garantiert. Wir wollen eine Bündelung der katastrophenschutz- und rettungsrechtlichen Zuständigkeiten im Geschäftsbereich des Innenministeriums.

Niedersachsen hat dem Schutz der Bevölkerung in den vergangenen Jahren nicht die Aufmerksamkeit zukommen lassen, die er eigentlich gebraucht hätte. Wir müssen jetzt umdenken. Der Staat muss die Förderung von Selbstschutzmaßnahmen bei den Hilfsorganisationen und in den Schulen deutlich stärken.

Dies setzt zunächst die Ausstattung der Aufgabenträger im Katastrophenschutz und der in diesem Bereich tätigen Hilfsorganisationen mit den für eine sachgerechte Aufgabenwahrnehmung erforderlichen Mitteln voraus. Dabei sind das Land und der Bund gemeinsam gefordert, neben der Bereitstellung der finanziellen und sachlichen Mittel, die Ausbildungsangebote mit entsprechenden Einrichtungen für die Helfer auszubauen und die Rahmenbedingungen für ehrenamtliche Tätigkeit grundlegend zu verbessern. Gerade die niedersächsischen Landesfeuerwehrschulen sollten verstärkt unterstützt werden. Auch wollen wir verstärkt Ausbildungskapazitäten im Katastrophen- und Zivilschutz mit dem Ausbau von Ausbildungseinrichtungen schaffen. Zu diesem Zweck sollte Niedersachsen gemeinsam mit dem Bund und den anderen Bundesländern eine Sicherheitspartnerschaft eingehen, um ein leistungsfähiges integriertes Hilfeleistungssystem mit vernetzten und einheitlichen Führungs- und Kommunikationsstrukturen aufzubauen. Zudem werden wir eine Arbeitsgruppe Zivilschutz zur Koordinierung von Schutzmaßnahmen in Terrorsituationen einrichten. Außerdem sollte eine ressortübergreifende Sondergruppe im Innenministerium zur Risikoermittlung von Angriffen auf Kernreaktoren und vergleichbare Großanlagen geschaffen werden.

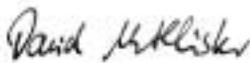
Ferner unterstützen wir die mehr als 150.000 haupt- und ehrenamtlichen Helfer der Feuerwehren und der verschiedenen Organisationen des Katastrophenschutzes, die landesweit bis in die kleinsten Gemeinden hinein häufig unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit Menschen retten und Schadensereignisse vom Feuer bis zum Hochwasser bekämpfen. Wir werden dafür sorgen, dass die Feuerwehren vor Ort erhalten bleiben.

Nachwort

Liebe Niedersachsen,

nach einer spannenden Debatte innerhalb und außerhalb unserer Partei, einer umfangreichen Befragung unserer Mitglieder und in enger Abstimmung mit Expertenkommissionen haben wir am 23. November 2002 auf dem Landesparteitag in Oldenburg einstimmig unser Regierungsprogramm beschlossen. Niedersachsen kann mehr – unter dieses Motto hat die CDU in Niedersachsen ihr Programm für die Legislaturperiode 2003 bis 2008 gestellt. Es steht für Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit. Die Union beweist auf mehr als 100 Seiten, dass sie die richtigen Konzepte hat, um die Chancen für unser Land wieder besser zu nutzen. Wir werden Niedersachsen voranbringen – mit einer besseren Wachstumsstrategie für Arbeit, Wirtschaft, Finanzen, Sicherheit, Bildung, Landwirtschaft, Gesundheit und soziale Gerechtigkeit. Die CDU hat in ihrem Zukunftsteam mit Christian Wulff an der Spitze die richtigen Köpfe, um dieses Regierungsprogramm nach dem 2. Februar 2003 in Taten und Erfolge umzusetzen. Wir machen Niedersachsen. Besser.

Ihr



David McAllister MdL
Generalsekretär

Schlagwortverzeichnis

Arbeit

Arbeitgeber

Arbeitslose

Arbeitsplätze

Ausbildungsplatz

Aussiedler

Bauwirtschaft

Berufsakademie

Eigenheimzulage

Ernährungswirtschaft

EU / Europa

Existenzgründer

Familie

Feuerwehr

Forschung

Gesundheit

Gesundheitsland

Gewerkschaft (en)

Handwerk

Hochschule

Infrastruktur

Integration

Jugend (liche)

Kinder

Kommunen

Krankenhaus

Kunst

Landwirtschaft

Marktwirtschaft

Medien

Mittelstand

Musik

Niedersachsen

Olympia

Pflege

Polizei

Religion

Schule

Senioren

Sozialstaat

Sport

Standort

Tourismus

Transrapid

Umwelt

Universität

Vereine

Vertriebene

Verwaltung

Zukunftstechnologie

Impressum

Herausgeber:

CDU in Niedersachsen

Verantwortlich:

David McAllister, MdL

Generalsekretär

CDU in Niedersachsen

Böttcherstraße 7

30419 Hannover

Telefon: (05 11) 27 99 10

Fax: (05 11) 2 79 91 56

E-mail: info@cdu-niedersachsen.de

www.cdu-niedersachsen.de

Besser-Hotline: (0 18 05) 02 02 20 03 (12 Cent pro Minute)

Hannover im Dezember 2002

